Nr. 42. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 19. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die ersten Gehversuche.

—st.— **Wien**, 17. Februar.

Das östreichische Abgeordnetenhaus ist nunmehr mehr als zwei Wochen versammelt, aber es ist noch immer nicht klar, was werden wird. Groß sind die Aussichten freilich nicht. Schon die Präsidentenwahl war das erste Zeichen der Nichtlebensfähigkeit dieses entkräfteten Parlaments. Das Abgeordnetenhaus zerfällt in mehr als zwanzig Parteien, und nur drei davon — der Polenklub, der Czechenklub und die deutsche Volkspartei — zählen mehr als fünfzig Mitglieder. Es wäre also das natürlichste gewesen, den Präsidenten und die zwei Vicepräsidenten diesen drei Parteien zu entnehmen. — Schon deshalb, weil sie auch die drei größten Nationen darstellen. Aber die Polen wollen vorläufig für nichts eine Verantwortung übernehmen, nur der deutsche Kandidat, der Reichenberger Abgeordnete Prade, stieß auf den heftigsten Widerspruch der slavischen Rechten. Deren Kandidat war der gewesene Präsident, der deutschklerikale Fuchs; aber diesen wollten wieder die Deutschen nicht, vornehmlich deshalb, weil er durch die Ultraquisierung des stenographischen Protokolls den slavischen Ansprüchen überflüssig nachgegeben hat. Beide Gruppen siegten — indem auch der gegnerische Kandidat durchfiel. Wo zwei sich streiten, freut sich der Dritte, und dieser Dritte war ein mährischer Graf Namens Vetter von der Rihil, ein Abgeordneter, der schon vier Jahre im Hause sitzt, ohne daß er jemals den Mund geöffnet hätte, dessen Partei aus drei Mitgliedern besteht und der von zwölf Wählern — des Großgrundbesitzes natürlich — gewählt worden ist. Als sich der Mann für seine Wahl bedankte, ging ein Gefühl der Erleichterung durchs Haus; der Mann konnte sprechen! Thatsächlich hat sich das östreichische Abgeordnetenhaus einen Menschen zum Präsidenten gewählt, den es vorher noch niemals reden gehört hat!

Den Präsidenten hat nun das Haus eine Woche, aber es will noch nicht recht gehen. Eine Frage allerdings, die der Beantwortung der Thronrede, wäre glücklich umschifft worden. Wie überall so hilft man sich auch hier mit einem Surrogate. In Oestreich war es früher üblich, die Thronrede, mit der der Reichsrat eröffnet wird — das geschieht hier nur am Beginn einer Legislaturperiode, nicht aber zu Anfang jeder Session — durch eine Adresse zu beantworten. Das vorige Mal ist es allerdings dazu nicht gekommen; der vom Ausschusse fertiggestellte Bericht ist damals durch die Obstruktion vereitelt worden. Nun war diesmal zu einer Einigung im Ausschusse gar keine Aussicht, denn das Haus hat heute weder eine Majorität noch eine Minorität; es ist ein Haufen zusammenhangloser Parteien. Man zog es also vor, statt einer politischen Adresse eine ganz triviale Loyalitätskundgebung zu inscenieren; das Präsidium des Hauses wird dem Kaiser nur mündlich versichern, daß das Haus bereit sei, dem Rufe zur Arbeit zu folgen. Richtiger wäre zu sagen: daß das Haus ebenso wünsche wie der Kaiser, daß gearbeitet werde. Mit dem bloßen Wünschen belebt man aber keine Leichname.

Die eine Sorge wäre das Parlament los, zwei andre Konflikte hängen aber wie eine Wolke drohend über seinem Haupte. Der eine betrifft das vom Präsidenten geübte Censurrecht an Interpellationen. Um diesen ganz merkwürdigen Streitfall zu verstehen, muß man sich folgendes vergegenwärtigen: In Oestreich herrscht bekanntlich bezüglich der Presse das sogenannte objektive Verfahren. Der Staatsanwalt hat das Recht, jede Druckschrift, die einen strafbaren Inhalt enthält, mit Beschlag zu belegen. Er ist aber nicht gezwungen, die subjektive Verfolgung des Thäters einzuleiten — da alle Preßdelikte in Oestreich zur Kompetenz der Schwurgerichte gehören, unterläßt er sie auch gewöhnlich — sondern kann von dem Gerichte das Erkenntnis verlangen, daß die Druckschrift den oder jenen strafbaren Thatbestand begründe, deshalb verboten werde und die konfiszierten Exemplare zu vernichten seien. Da es die Gerichte dabei nicht mit lebendigen Menschen, sondern mit papiernen Zeitungen zu thun haben, so „erkennen" sie immer, wie der Staatsanwalt verlangt — zumal da bei Nichtbestätigung der Konfiskation der Staat schadenersatzpflichtig wäre. Daraus geht hervor, daß die Freiheit der östreichischen Presse völlig der Willkür der Staatsanwalte ausgeliefert ist — die die Zeitungen, je nach der politischen Stimmung und nach ihrer persönlichen Veranlagung, drangsalieren wie sie mögen. Gegen diese Preßwillkür haben nun die Zeitungen eine eigentümliche Notwehr ersonnen. Die konfiszierten Artikel werden nämlich „immunisiert", das heißt, zum Objekt einer Interpellation an den Minister gemacht, wobei natürlich die „Frage" an den Minister die Nebensache, die Verlesung im Hause und die darauffolgende Einschmuggelung ins stenographische Protokoll die Hauptsache ist. Eine Interpellation ist nämlich ein Teil der Verhandlungen des Reiches, über die zu berichten straflos ist. Der „immunisierte" Artikel ist also wieder verbreitungsfähig; der Saatsanwalt ist überlistet und die Zeitung hat noch die Lacher auf ihrer Seite. Dieses hübsche System ist schon recht alt, wird aber immer allgemeiner — wenn es auch nie an Versuchen gefehlt hat, dem so beschaffenen „Mißbrauch" des Interpellationsrechts zu steuern. Graf Vetter hat nun in einer Interpellation, in der der konfiscierte Artikel eines socialdemokratischen Blattes enthalten war, einige Stellen unterdrückt, das heißt, er hat selbst zu konfiscieren begonnen. Das will man sich aber einleuchtenderweise nicht gefallen lassen, und so wird es in der nächsten Sitzung recht heiß werden — vorausgesetzt, daß der Präsident nicht rechtzeitig Buße thut und die nachträgliche Aufnahme der von ihm unterdrückten Stellen verbirgt.

Dieser Streit ist aber vergleichsweise eine Kleinigkeit gegen die schwierige Frage der Verfassung des stenographischen Protokolls. Mit dem östreichischen Abgeordnetenhause, dessen Abgeordnete zumindest acht Nationalitäten angehören — genau läßt sich das gar nicht feststellen — steht die Sache nämlich so, daß seine Verhandlungssprache gesetzlich gar nicht festgelegt ist. Thatsächlich kann jeder Abgeordnete in welcher Sprache immer reden und wirklich wurden auch schon czechische, polnische, slovenische, kroatische Reden gehalten. Das stenographische Protokoll ist aber deutsch; die in einer andren als in der deutschen Sprache gehaltenen Reden werden nicht stenographiert und kommen nicht ins Protokoll. Es heißt dann einfach: Der Abgeordnete N. hielt eine Rede in czechischer Sprache — selbst wenn die Rede, was schon vorgekommen ist, fünf Stunden gedauert hat. Dieser Grundsatz des einsprachigen Protokolls ist nun unter dem Präsidium Fuchs bei den Interpellationen durchbrochen worden. Nicht etwa aus Bedürfnis, sondern weit mehr aus nationalem Starrsinn wurden czechische, polnische usw. Interpellationen eingebracht, und da diese nicht stenographiert werden müssen, so bewilligte das frühere Präsidium deren Aufnahme ins Protokoll. Daß die Sache ein Unfug ist, liegt auf der Hand. Denn eine Interpellation ist ja keine Privatsache zwischen den interpellierenden Abgeordneten und dem interpellierten Minister, sondern sie ist eine Angelegenheit des ganzen Hauses, muß also in einer Sprache verfaßt sein, von der wenigstens angenommen werden kann, daß sie alle Mitglieder des Hauses verstehen, und das ist nach der Sachlage nur die deutsche. (Obwohl, beiläufig gesagt, im östreichischen Abgeordnetenhause heute mindestens hundert Leute sitzen, die deutsch entweder gar nicht oder nur sehr notdürftig verstehen.) Allerdings muß man wieder gerechterweise den zweihundert Nichtdeutschen zubilligen, daß ihr Anspruch berechtigt ist, sich im Parlament auch ihrer Muttersprache zu bedienen — wenn auch ein vielsprachliches Parlament ein Widerspruch in sich ist. Der natürliche Ausweg wäre die Uebersetzung: daß die nichtdeutschen Interpellationen entweder nur in der deutschen oder wenigstens mit ihr dem Protokoll einverleibt werden. Aber dagegen sträubt sich der Chauvinismus der Deutschen, die darin eine Konzession an die Czechen, und der der Czechen, die darin eine Wegradierung ihrer Sprache erblicken wollen. Vorläufig wird noch ein Ausweg gesucht; ob er bis Mittwoch, wo das Haus, das jetzt Faschingsferien hält, wieder zusammenkommen wird, gefunden werden kann, ist bei der Verstocktheit der Chauvinisten aller Lager freilich sehr zweifelhaft.

Es wäre noch zu berichten von dem klugen Exposé, womit Herr v. Böhm-Bawerk, der gelehrte Finanzminister, den Staatsvoranschlag begründet hat, von den weitausgreifenden Eisenbahnvorlagen, die die Regierung dem Hause unterbreitete — aber die ernsten und sachlichen Dinge sind in Oestreich noch immer Utopien. Wie die politische Sachlage beschaffen ist, so ist auf Gesetzwerdung all dieser Vorlagen blutwenig Hoffnung. Das kaum geborne Parlament hat den Tod im Leibe, und nie wird es einen kräftigen, seines Daseins frohbewußten Atemzug thun können. Es ist ein unmögliches Parlament, das für die Abgeordneten keine andre Bestimmung zu haben scheint, als die Centralstelle ihrer Demagogien abzugeben. In der ersten Sitzung nach der Konstituierung sind von den Abgeordneten eingebracht worden: **239 Anträge** und **131 Interpellationen.** Diese Zahlen zeigen schon, daß die Abgeordneten ihre Thätigkeit nicht ernst nehmen. Wer soll es dann thun?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Februar.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Bei dem Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin" entspann sich eine recht öde und oberflächliche Debatte über die hiesigen Straßenbahnunfälle seit Einführung des elektrischen Betriebs, über die Höflichkeit bezw. Unhöflichkeit der Berliner Schutzleute und über die Stellung der Kriminalkommissare. Doch fehlte den Verhandlungen der große Zug; nicht einmal die im Sternberg-Prozeß hervorgetretenen Mißstände gaben zu eingehenden Betrachtungen Anlaß. Neues erfuhr man aus den Reden des Ministers, der mehr als ein Dutzend mal in die Debatte eingriff, kaum. Erwähnenswert ist höchstens noch die Forderung des Abg. Dr. Langerhans (frs. Vp.) auf Errichtung eines Gesundheitsamts für Berlin. Beim Kapitel Polizei-Verwaltung in den Provinzen teilte der Minister mit, daß in Hannover ein theoretischer Kursus zur Ausbildung von Polizeikommissaren errichtet sei. Die vielfachen Klagen über polizeiliche Uebergriffe wies Herr v. Rheinbaben ziemlich schroff zurück, indem er kurzer Hand darum ersuchte, die Zeit des hohen Hauses nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen. Gewiß ein einfaches Mittel, um einer Antwort enthoben zu sein! Beim Kapitel Gendarmerie endlich, wozu Anträge auf Besserstellung dieser Beamten vorlagen, erfuhr man aus dem Munde des Ministers, daß die Gendarmen sehr wichtige Stützen des Staats sind, daß sie die Autorität des Staats bis in die letzte Hütte hineintragen und bei Krawallen und Streiks gegen die Arbeiter verwendet werden sollen. Deshalb dürften sie auch nicht mit Arbeitern zusammen wohnen, sondern müßten besondere Dienstwohnungen haben. In einer Abendsitzung unterhielten sich die hohen Herren weiter über die Bedeutung der Gendarmen. —

Eine Wendung des Chinakriegs

scheint bevorzustehen. Eine Wendung zum Schlimmeren, so komisch die Annahme klingen mag, daß die Situation in China sich noch verschlimmern könne.

Man hat eingesehen, daß es so in China nicht weiter gehen kann. Die Verhandlungen schleppen sich hoffnungslos in die Länge. China kann die Forderungen der Khakimächte nicht erfüllen, die Khakimächte aber wollen von ihren unerfüllbaren Forderungen nicht abstehen. Die Situation wird noch dadurch verschärft, daß von den Mächten keine der andern über den Weg traut, daß jede die andre hinweg zu drängen sucht und daß nach China ein Weltgeneralissimus geschickt worden ist, der für seine hohe Mission und seine Feldherrngabe keine Bethätigung finden konnte.

Lange Zeit suchte man die Misere zu vertuschen. Alles stand in China vortrefflich. Waldersee brauchte nur auf der Bildfläche zu erscheinen, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Seine Waffenthaten flößten China einen solchen Schrecken ein, daß es den Khakimächten alle, selbst die unmöglichsten Forderungen schleunigst bewilligen und freundschaftlichst alle Kriegskosten bis zum letzten Pfennig berappen würde. Die Friedensverhandlungen reiften langsam zwar, aber sicher einem befriedigenden Ende entgegen.

Schließlich aber konnte man das vollständige Scheitern all der schönen China-Illusionen nicht länger verhehlen. Man konnte die schreienden Dissonanzen des verstimmten diplomatischen Orchesters nicht länger als die lieblichste Harmonie ausgeben. Das Gerücht, daß der Kaiser über die Haltung der Mächte seinen Chinaprojekten gegenüber aufs äußerste empört sei, blieb unwidersprochen, und der „Kreuz-Zeitung" entrang sich das Geständnis, daß die Stellung Waldersees in China nachgerade völlig unhaltbar und seines Rangs unwürdig geworden sei.

Durfte man aus dieser Katzenjammer-Stimmung auf eine raschere Beendigung des China-Abenteuers schließen? Der Entschluß, sich aus der verfahrenen Affaire kurz entschlossen mit einem blauen Auge zurückzuziehen, wäre zu einleuchtend gewesen, als daß man ihn hätte für wahrscheinlich halten können. Besser kalkuliert man schon, wenn man sich auf das Unerwartete, Verblüffende gefaßt macht.

Und das Unerwartete ist inzwischen Ereignis geworden! Statt sich zurückzuziehen, will man die Krise zur gewaltsamen Katastrophe treiben! Der Worte mit China sind genug gewechselt, jetzt soll es Thaten sehen.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Peking vom 16. d. M.:

Angesichts des **ungewissen** und **schwebenden Ganges** der Friedensverhandlungen hat Feldmarschall Graf Waldersee alle Befehlshaber der verbündeten europäischen Truppen ersucht, für **Ende Februar neue Expeditionen in größerem Maßstabe vorzubereiten,** um die Provinz Tschili endgültig von chinesischen Soldaten zu säubern.

Dasselbe Blatt meldet aus Peking: Das deutsche Kommissariat gab Befehl, binnen **18 Tagen 1000 Transportwagen** für eine **Frühjahrs-Expedition** bereit zu stellen.

Eine noch weit alarmierende Meldung bringt Laffans Bureau:

Dasselbe berichtet, daß der vom Grafen Waldersee für Ende Februar geplanten Expedition sich eine **solche zu Wasser anschließen soll.** Die Expedition soll gegen die Stadt **Hankau** gerichtet werden, falls die Kaiserin Witwe die Bedingungen ablehnen sollte. Sämtliche Pässe in den Gebirgen zwischen Peking und Schansi seien von chinesischen Soldaten besetzt und stark befestigt. Chinesische Soldaten lungerten in großer Zahl umher. Die **Expedititon** werde eine **sehr schwierige** sein, aber ein **Widerstand** der **Chinesen** werde diesmal das **Ende der Dynastie und des Kaiserreichs selbst sein.**

Es handelt sich hier also nicht mehr um einen Zug gegen die sogenannten **Boxer,** sondern um die **offizielle Kriegserklärung** an China selbst. Bereits vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß Waldersee ein **Ultimatum** an den Hof gerichtet habe. Erschien es bisher nicht glaubhaft, daß Waldersee über die Köpfe der die Friedensverhandlungen führenden internationalen Diplomatencorps hinweg China mit dem Krieg bedrohe, so verliert angesichts der geplanten Expeditionen nach dem Innern Chinas diese Meldung bedeutend an Unwahrscheinlichkeit.

Im Gegenteil, es scheint, als ob der deutsche Generalissimus thatsächlich in den Falten seiner Toga Krieg oder bedingungslose Unterwerfung bereit halte.

Da aber China den Khakimächten die Köpfe der „Hauptschuldigen" gar nicht opfern kann, steht der Krieg in drohender Aussicht!

Dieser im Innern Chinas zu führende Krieg würde aber etwas ganz andres sein, als die Jagd auf die zersprengten Boxerhaufen in der Küstenprovinz Petschili. Aus dem Manöverieren mit scharfen Patronen könnte dann blutiger, bitterer Ernst werden!

Verhängnisvoller aber könnten noch die **internationalen Verwickelungen** werden, die dieser Krieg gegen die Dynastie und das Reich selbst herbeiführen müßte. Würden Rußland, Amerika und Japan ruhig Gewehr bei Fuß stehen, wenn eine deutsch-englische Armee sich anschickte, die Dynastie und das Reich zu zertrümmern, um ein gärendes Chaos zu schaffen, das Hundertmillionenvolk gewaltsam in eine Revolution zu stürzen, deren Erschütterungen mindestens für Rußland unabsehbare Gefahren mit sich bringen könnten? Wir glauben es nicht.

So steht die Entwicklung der China-Affaire wiederum auf dem Punkt, eine furchtbare Gefahr für den Weltfrieden zu werden! —

* * *

Deutsches Reich.

Der Zolltribut.

Eine interessante Berechnung stellt das „Hamburger Echo" an, um die Größe und Bedeutung der von den Junkern begehrten Wuchergabe klar erscheinen zu lassen. Unser Parteiblatt schreibt:

Es handelt sich in diesem Kampf um Steigerung der Grundrente. Die Grundrente ist der Faktor, durch welchen der Verkaufswert der Grundstücke bestimmt wird. Güter, die im Anfang

des vorigen Jahrhunderts für 100 000 Mark gekauft wurden, schätzte man am Schlusse des Jahrhunderts auf eine Million Mark. Die neuen 900 000 Mark hatten die Besitzer nicht durch Arbeit oder Sparsamkeit erworben, sondern durch das Entstehen neuer Absatzmärkte und Vervollkommnung der Verkehrsmittel war der Reinprofit auf das Zehnfache gestiegen und deshalb schätzte man auch den Wert des Grundstücks auf das Zehnfache obwohl das Land nicht besser geworden ist. In der Grundrente drückte sich der Wert des Bodens aus und darum ist jede Steigerung der Grundrente eine Vermögenssteigerung für den Grundbesitzer. Eine solche Vermögenssteigerung herbeizuführen ist das Streben der Junker. Wird ein Grundstück um 100 000 Mark im Wert gesteigert, dann kann der Besitzer mehr Hypotheken aufnehmen. Darum ist die Preissteigerung des Getreides nur für die gegenwärtigen Besitzer von Vorteil. Die Nachfolger müssen den Besitz für den Preis der kapitalisierten Grundrente übernehmen, und da sie höhere Beträge an Zinsen zu zahlen haben, werden sie bald in derselben „Notlage" sein wie die gegenwärtigen Besitzer, und daher gezwungen sein, weitere Preissteigerungen zu fordern. Es kann daher kein so hoher Zollschutz gewährt werden, der für die Zukunft ausreichen würde.

Will man die Höhe der gestellten Forderungen ganz erkennen, dann muß man ermitteln, wieviel die Bodenrente und dadurch der Verkaufswert des Bodens steigt. Die Ertragsfähigkeit stellt sich nach der Erntestatistik für die Jahre 1880 bis 1898 wie folgt: Von je einem Hektar wurde im Durchschnitt geerntet Roggen 1050 Kilo, Weizen 1400 Kilo, Gerste 1840 Kilo und Hafer 1180 Kilo. Nach neueren Ermittelungen sind diese Mengen zu niedrig angegeben und müßten bei Roggen um 18 Proz., bei Weizen um 12 Proz., bei Gerste um 19 Proz. und Hafer um 21 Proz. höher sein. Wir halten uns an die alten Zahlen.

Von der Erntemenge ist die Einsaat in Abzug zu bringen, und zwar für einen Hektar Roggen 170 Kilo, Weizen 177 Kilo, Gerste 150 Kilo und Hafer 160 Kilo. Es lieferte demnach ein Hektar an Ueberschuß über die Einsaat bei Roggen 880 Kilo, Weizen 1223 Kilo, Gerste 1190 Kilo und Hafer 1020 Kilo. Bei jeder Mark Preissteigerung erhöhte sich also der Ertrag des einzelnen Hektars um so viel Pfennige, als Kilo Getreide an Reinertrag gewonnen werden. Berechnet man dies an der 1900 bebauten Fläche, so würde jede Mark Preiserhöhung den Jahresertrag wie folgt steigern:

Es waren 1900 bebaut mit	Hektar	Steigerung des Geldertrags bei einer Preissteigerung von einer Mark
Roggen	5 953 595	52 391 636 M.
Weizen	2 047 884	25 045 621 „
Gerste	1 669 904	19 871 857 „
Hafer	4 121 021	42 034 414 „

Bei einer Bebauung wie im Jahre 1900 würde die Ernte der genannten vier Getreidesorten **bei einer Preissteigerung von nur einer Mark** schon

139 343 528 Mark

mehr bringen. Diese Summe kapitalisiert, würde den Wert darstellen, den die jetzigen Besitzer des Bodens gewinnen. Rechnet man nun den zwanzigfachen Betrag der so gesteigerten Grundrente als gesteigerten Wert des Bodens, dann würde bei jeder Mark Steigerung des Preises für 100 Kilogramm Getreide der Roggenboden pro Hektar um 176 M., der Weizenboden um 244,6 M., der Gerstenboden um 238 M. und der Haferboden um 204 M. pro Hektar im Preise steigen.

In der letzten Jahresversammlung des Bunds der Landwirte wurde als „gerechter Ausgleich" eine **Steigerung von 4 Mark** gefordert. Würde man die hierdurch entstehende Steigerung der Grundrente mit dem zwanzigfachen Betrage kapitalisieren, dann würde die dadurch herbeigeführte **Wertsteigerung des Bodens** für dessen Besitzer

einen Gewinn von 10 747 486 728 M.

bedeuten. Also die siegenden Agrarier fordern eine Summe, die mehr als das Zweieinhalbfache von dem beträgt, was das siegreiche Deutschland 1871 von dem besiegten Frankreich forderte. Rechnen wir die Summen, die in dem Kompromiß des Grafen Klinckowström gefordert werden, nämlich eine Zollerhöhung für Roggen von 1,50 M., für Weizen von 2,50 M., für Gerste von 1,00 M. und für Hafer von 2,00 M. pro Doppelcentner. Danach wird der Geldertrag für einen Hektar sich erhöhen bei Roggen um 13,20 M., bei Weizen um 30,57 M., bei Gerste um 11,90 M. und bei Hafer um 20,40 M. Diese Beträge, mit dem zwanzigfachen Betrage kapitalisiert, würden folgendes Bild ergeben:

	Hektar	pro Hektar M.	Also Gesamtwertsteigerung des Bodens M.
Roggenboden	5 953 595	264	1 421 749 080
Weizenboden	2 047 884	611,50	1 252 285 815
Gerstenboden	1 669 904	238	397 437 152
Haferboden	4 121 021	408	1 681 376 578
		Summa	**4 752 848 625**

Also auch Klinckowström will die Besiegten nicht so billig davon kommen lassen, wie Deutschland das besiegte Frankreich davon ließ. 1871 hielt man die 5 Milliarden Franks = 4 000 000 000 M. für eine unglaublich hohe Summe. Damals hat man nicht gedacht, daß nach noch nicht drei Jahrzehnten die werkthätige Bevölkerung verurteilt werden soll, ohne daß ein Krieg vorhergegangen ist, eine noch höhere Summe an die Junker zu zahlen. Denn in der That ist eine Erhöhung der Getreidezölle nur ein **Kapitalgeschenk an die Grundbesitzer.** Durch Erhöhung der Bodenrente steigt der Bodenwert. Mancher Junker wird sich das Kapital auszahlen lassen, indem er neue Hypotheken auf sein Grundstück eintragen läßt. In andren Fällen wird das Kapital ausbezahlt werden, wenn bei Erbteilungen dem Erben das Grundstück zu dem neuen Wert angerechnet oder wenn es durch Verkauf in andre Hände übergeht.

Als 1810 in Preußen die Leibeigenschaft aufgehoben wurde, mußten die „Befreiten", statt Hand- und Spanndiensttage zu leisten, bares Geld zahlen. Man nannte es „stehende Gefälle". Diese stehenden Gefälle wurden später abgelöst, wodurch die Junker den Bauern Milliarden abnahmen. Jetzt führt man die stehenden Gefälle durch die Getreidesteuer wieder ein und macht das Volk tributpflichtig, welches nie Leibeigene der Junker gewesen ist. Hätte man die Beträge, welche zur Zeit der Bauernbefreiung erhoben wurden und die Summen, die jetzt schon dem Volke durch 21jährige Wirkung der Getreidezölle abgenommen sind, genommen und damit die Junker expropriiert, dann würde heute schon der Grund und Boden Gemeingut der Gesellschaft sein. Auf dem Lande würde ein freies Volk auf freiem Grunde leben. Vielleicht rüttelt der jetzige Raubzug die Massen auf und stellt der Forderung der höheren Getreidezölle die Forderung „Vergesellschaftung des Grund und Bodens" entgegen.

Der Kampf ums Brot.

Im Reußischen Landtag stand am Donnerstag eine Interpellation der socialdemokratischen Abgeordneten wegen der Stellung der Regierung zu der geplanten Erhöhung der Getreidezölle zur Verhandlung. Abg. Leven begründete die Interpellation. Nach ausführlicher Darlegung der Schädlichkeit der Getreidezölle für die ärmere Bevölkerung wies er darauf hin, daß dieselben in Reuß j. L. auch den meisten Bauern nur Schaden bringen, denn von den 8519 landwirtschaftlichen Betrieben haben 5018 Betriebe nur bis 5 Hektar Grundbesitz, diese müßten selbst noch Getreide zukaufen. Auch von den 1072 Betrieben mit 5 bis 10 Hektar können bei der Bodenbeschaffenheit, namentlich im Oberlande, nur ganz wenige einige Centner verkaufen. Selbst die Mittelbauern in einer Anzahl von 1049 mit einem Besitz von 10—20 Hektar können nicht so viel verkaufen, daß ihre Lage durch erhöhte Getreidezölle sehr wesentlich gebessert würde. Es haben demnach nur die Besitzer von mehr denn 20 Hektar ein Interesse an den Getreidezöllen, aber diese auch ein um so größeres, weil diese **384 Grundbesitzer den größten Teil der gesamten Anbaufläche** besitzen. Diese Klasse, die es am wenigsten nötig habe, schreie am lautesten nach Getreidezöllen.

Staatsminister Engelhardt erklärte, noch keine Kenntnis zu haben, in welchem Umfange eine Erhöhung der Getreidezölle eintreten soll; die reußische Regierung sei auch im Bundesrate nicht ausschlaggebend; im übrigen wisse er über diese Frage auch nichts neues zu sagen.

Außer dem socialdemokratischen Abgeordneten sprach der freisinnige Abg. Kelb gegen die Getreidezölle, während die Vertreter der Höchbesteuerten Staatsanwalt Ruckdeschel und Kommerzienrat Weber sich für eine mäßige Zollerhöhung aussprachen, weil die „Landwirtschaft" derselben bedürftig sei.

Charakteristisch war das Auftreten des Abgeordneten Gutsbesitzer Lautenschläger. Er schob die hohen Brotpreise auf die Bäcker und rechtfertigte die agrarischen Bestrebungen mit den Lohnforderungen der Arbeiter. Im gleichen Atemzuge versicherte er, die kleinen Bauern mit fünf Hektar Grundbesitz befänden sich in guten Verhältnissen und: die Landwirtschaft müsse ohne Zollerhöhung zu Grunde gehen. Er forderte das Ministerium auf, für erhöhte Getreidezölle einzutreten. Und dieser Mann ist Mitglied des Fortschrittlichen Landesvereins für Reuß j. L. und keiner seiner Parteigenossen trat ihm entgegen, sie überließen dies vielmehr den Socialdemokraten, die dies um so gründlicher besorgten. Bereits im Sommer 1900 ist Herr Lautenschläger bei der Beratung des Kontraktbruch-Gesetzes vollständig entgleist, indem er sehr eifrig für dieses Ausnahmegesetz wirkte. Trotzdem ist er heute noch immer Mitglied der freisinnigen Volkspartei.

Durch das Eintreten dieses Abgeordneten für die Getreidezölle war eine Mehrheit gegen dieselben im Landtage nicht zu erlangen. Es haben also die sechs Schwahen Nachfolger gefunden, auch Fortschrittler wollen dabei sein, wenn es gilt, dem armen Volke das Brot zu verteuern.

* * *

Aus Hessen wird uns geschrieben:

Auch dem hessischen Landtag wird demnächst Gelegenheit geboten, sich mit den Getreidezöllen zu beschäftigen, und zwar auf Veranlassung des hessischen Antisemitenhäuptlings, Reichs- und Landtags-Abgeordneten Köhler, welcher in der zweiten Kammer beantragte, dieselbe möge durch Beschluß die Regierung ersuchen, ihre Bundesratsmitglieder dahin zu instruieren, daß dieselben bei den Handelsvertragsverhandlungen einem **Minimalzoll von mindestens 7 M.** auf 100 Kilogramm jeder der vier Hauptgetreidearten zustimmen.

Im Stile der Cirkusredner des Bundes der Landwirte ist die Begründung abgefaßt, welche dem Antrag mit auf den Weg gegeben wurde. Da heißt es u. a.: „Angesichts des frevelhaften Beginnens vieler im Interesse des Großkapitals arbeitender in- und ausländischer Journalisten und Politiker, die bestrebt sind, die verbündeten Regierungen einzuschüchtern und die öffentliche Meinung zu fälschen, die Städter und das Proletariat gegen die Bauern und diese selbst wieder gegen die Großgrundbesitzer aufzuhetzen, erachte ich es für eine heilige Pflicht jedes wahren Freundes des Volks und des Vaterlands in dieser entscheidenden Zeit, da es zum allerletztenmale dem Gesetzgeber anheimgestellt sein wird, durch Stellungnahme bei den Handelsvertrags-Entwürfen über Leben und Tot des deutschen Bauernstands, und damit über Stehen oder Fallen der Monarchie, also über Frieden oder blutige Revolution zu entscheiden . . ." Also von einem Getreidezoll von mindestens 7 M. hängt der Bestand der Monarchie in Deutschland ab. Bis jetzt haben die Ordnungsparteiler aller Schattierungen stets behauptet, und bei allen Fest-, Tisch- und sonstigen Reden wurde darauf hingewiesen, daß die Monarchie unauflöslich mit dem deutschen Volk verbunden sei! Es ist somit nur materielles Interesse, das die festeste Stütze der Throne, die Landwirtschaft, mit den Fürsten verbindet, denn, sorgt die Regierung oder vielmehr der Kaiser nicht dafür, daß die Getreidezölle erhöht werden, dann hört die Liebe zum „angestammten Fürstenhause" auf und die Monarchie hat aufgehört zu existieren!!

Herrn Köhlers Antrag wird gewiß im hessischen Landtag vielseitige Gegenliebe finden, da die Landwirtschaft eine große Zahl der Abgeordneten stellt, die seitens der Ultramontanen und Nationalliberalen auf Unterstützung rechnen können. Unsre Genossen werden indessen die sich bietende Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, die Brotwucher-Politik in ihrem wahren Wesen dem Volke zu zeigen. —

* * *

Westelbische Agrarier. In einer Versammlung des Rheinischen Bauernvereins zu Villip führte der Referent aus, daß es sehr gefährlich für die Bauern werden könnte, wenn sie sich durch Versprechungen von wohlwollenden Freunden, welche immer von mäßigen Zöllen redeten, einschläfern und beruhigen ließen. Es kommt alles darauf an, fuhr er fort, was man unter dem Wort „mäßig" versteht:

„Wir wollen ja auch nur mäßige Zölle, aber sie müssen vor allem genügend sein. Wenn sich aber der Abgeordnete Schmitz im Abgeordnetenhause dagegen verwahrte, daß das Centrum einen Zollsatz von 8 Mark für das Getreide verlange, dann steht zu befürchten, daß diese Partei unter „mäßig" einen Zollsatz versteht, der für uns nicht genügend ist; denn 8 Mark ist der geringste Zoll, den wir für unser Getreide haben müssen. Besser keinen Zoll, als einen ungenügenden. Für uns Bauern erwächst darum die Pflicht, an den maßgebenden Stellen energisch vorstellig zu werden, damit unsre gerechte Forderung mit Erfolg vertreten wird. Heute werden in Berlin Millionen Flugblätter von unsren Gegnern verbreitet und zu einem Entrüstungssturm gegen die Brotwucherer aufgereizt, und nur mit Mühe und Not sind die Bauern in ihrer großen Mehrheit so weit aufzurütteln, daß sie begreifen lernen, welche hohe Interessen für sie auf dem Spiele stehen . . ."

8 M. Mindestzoll! Die westelbischen Großbauern sind durchaus auf der Höhe ostelbischer Bescheidenheit.

Das weltpolitische Strohfeuer, das die Flotteninteressenten vor einem Jahre anzündeten, scheint schnell verflackert zu sein. Wenigstens sieht sich der Bezirksausschuß des Deutschen Flotten-Vereins genötigt, heftig in die erlöschende Glut zu blasen. Der Ausschuß versendet gegenwärtig, ein Rundschreiben, in dem es heißt:

„Die Aufgabe des „Deutschen Flotten-Vereins" ist es, die Ueberzeugung von der dauernden Notwendigkeit einer großen und schlagfertigen Deutschen Flotte im ganzen deutschen Volke zu verbreiten. Nachdem durch die Annahme des Flottengesetzes von 1900 der **erste** grundlegende Erfolg der rührigen Arbeit des Flotten-Vereins erzielt ist, gilt es jetzt in den weitesten Kreisen immer mehr und mehr die Erkenntnis von der Notwendigkeit der **dauernden Unterhaltung einer starken, schlagfertigen deutschen Seekriegsmacht** zu wecken und zu festigen. Es steht zu befürchten, daß die **antinationalen und socialistischen Elemente, überhaupt alle Feinde des Reichs,** mit stiller, aber unermüdlicher Arbeit über kurz oder lang alle Errungenschaften auf diesem Gebiete wieder in Frage stellen, falls nach Annahme der letztjährigen Flottenvorlage **das Interesse für die Flotte im Volk erlahmt.** Um dieses zu vermeiden, sollte jeder patriotisch denkende Mensch, so weit er dem Flottenverein noch nicht angehört, Mitglied desselben werden."

Ein solches Interesse hat es im Volke überhaupt niemals gegeben, sofern nicht die Flottenagitatoren unter Volk die Hoffnuweliere,

---

Zur Rückkehr der Verbannten.

Endlich, nachdem über 10 Jahre seit Aufhebung des Socialistengesetzes ins Land gegangen sind, hat man sich an zuständiger Stelle entschlossen, die Verfolgung der letzten Opfer jenes Ausnahmegesetzes gegen die arbeitende Klasse außer Kraft zu setzen und die Erneuerung der Steckbriefe gegen Eduard Bernstein und Julius Motteler zu unterlassen. Damit ist den beiden jahrelang Vertriebenen die Rückkehr in die Heimat und in den Kreis ihrer Verwandten und Freunde wieder möglich geworden. Dem Genossen Bernstein, der als erster den Heimatsboden wieder betrat, haben wir vor einigen Tagen bereits den Willkommengruß entgegengebracht.

Genosse Motteler, den die Regelung privater Verhältnisse noch in London zurückhält, wird erst in einigen Wochen seine Uebersiedelung bewerkstelligen. Der Name des Genossen Bernstein ist in den letzten Jahren in- und außerhalb der Partei viel genannt worden. Seine litterarischen Erzeugnisse gehören zu den verbreitetsten Produkten der parteigenössischen Litteratur. Weniger bekannt ist sein Kampf- und Exilgenosse Julius Motteler. Und doch muß, wenn unsre ältesten Streiter genannt werden, der Name Motteler mit aufgeführt werden.

Wir sind gewiß, daß es besonders unsre jüngeren Genossen interessiert, einiges aus dem Leben dieses Parteiveteranen zu erfahren. Julius Motteler ist am 18. Juni 1838 geboren, befindet sich also jetzt im 63. Lebensjahr. Seine Jugend verlebte er in Eßlingen i. W., wo er auch das Pädagogium besuchte und später die Tuchmacherei erlernte und als Kaufmann praktisch ausgebildet wurde. Er kam nach Augsburg, wo er als Buchhalter thätig war, und ging 1859 nach Crimmitschau, wo er in gleicher Stellung in einer Bigoguespinnerei Stellung fand. Hier trat Motteler ins politische Leben ein; er wurde Mitglied des Nationalvereins, Mitbegründer des Crimmitschauer Arbeiterhort, Bildungsvereins und andrer ähnlicher Vereine in Sachsen. Als gewandter Redner und fröhlicher Erzähler war der junge Handwerker und Kaufmann überall ein gern gesehener Gast.

Nachdem der Nationalverein sich immer mehr als großpreußischer Agitationsherd erwiesen und die ehrlich demokratischen Elemente sich von ihm getrennt hatten, schloß sich Motteler der neugegründeten demokratischen Sächsischen Volkspartei an, die von Bebel, Liebknecht, Schraps, Rechtsanwalt Freitag, Professor Roßmäßler u. a. ins Leben gerufen wurde. Die Wahlkämpfe für den Norddeutschen Reichstag 1867 sahen Motteler schon als einen der eifrigsten Agitatoren für die Kandidaten seiner Partei.

Kleinlich und gehässig, wie das sächsische Unternehmertum von jeher war und heute mehr als je ist, rächte es sich für die demokratische Thätigkeit des jungen Motteler dadurch, daß es ihn um seine Stelle brachte. Der Gemaßregelte gründete nun mit mehreren Freunden zusammen die Spinn- und Web-Genossenschaft „E. Steßfest u. Co." in Crimmitschau, in deren geschäftliche Leitung er eintrat. Eine Anzahl von Schneider-Produktiv-Genossenschaften in Deutschland und der Schweiz und zahlreiche Konsumvereine wurden damals unter thätiger Mithilfe Mottelers ins Leben gerufen.

Auf dem Nürnberger Arbeitertag 1868 trat Motteler mit Liebknecht und Bebel für das Programm der Internationalen Arbeiter-Association ein, und ein Jahr später finden wir ihn unter den Mitbegründern der Socialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programm). Von der Zeit ab nahm er an allen Parteitagen teil bis zu seiner Auswanderung 1879 nach der Schweiz.

Auf dem Mainzer Parteitag 1872 wurde er zum Vorsitzenden gewählt. Zu den Reichstagswahlen 1874 von den Genossen des sächsischen Reichstags-Wahlkreises Zwickau-Werdau-Crimmitschau, aufgestellt, den bis dahin Rechtsanwalt Schraps (linksstehender Demokrat) vertrat, wurde Motteler mit 8941 gegen 7531 Stimmen gewählt. Derselbe Wahlkreis schickte Motteler auch drei Jahre später wieder in den Reichstag. Dort ergriff er wiederholt das Wort, besonders in Arbeiterschutzfragen und gegen den Militarismus.

Vom Jahre 1874 ab bis zum Verbot durch das Socialistengesetz leitete Motteler die Expedition und Buchhandlung des „Volksstaat" später „Vorwärts" in Leipzig.

Im Winter 1879 übersiedelte Motteler nach Zürich, um dort die geschäftliche Leitung des soeben gegründeten Partei-Organs „Socialdemokrat" zu übernehmen. Als die Leiter des „Socialdemokrat", infolge diplomatischen Drucks von Berlin aus, aus der Schweiz ausgewiesen wurden, siedelte Motteler mit Bernstein, R. Fischer und Tauscher nach London über. Das gehaßte Blatt erschien dort, wo Preußen nichts tau seggen hat, ruhig weiter und Motteler als „roter Postmeister" sorgte unermüdlich und mit Geschick und Erfolg dafür, daß den deutschen Socialdemokraten ihr Centralorgan weiter zuging, das zwar im Auslande erscheinen mußte, dafür aber um so ungeschminkter über deutsche Zustände die Wahrheit sagen konnte. Was Motteler im Verein mit seinen Gehilfen Derossi, Polli und später Joos und Fischer aufstellen mußten, um den Schnüfflern nach dem „Schweizer Käse" ein Schnippchen zu schlagen, das zu erzählen, unternimmt vielleicht einmal einer, der dabei gewesen ist. Hier mag nur konstatiert sein, daß trotz aller Macht- und Geldmittel, die der deutschen Reaktion besonders auch aus dem Reptilienfonds zur Verfügung standen, es dieser nie gelungen war, hinter die Geheimnisse der Expedition des „Socialdemokrat" zu kommen, die unter Leitung des Genossen Motteler stand. Jetzt steht die Grenze, deren Polizeikordon er während dieser Jahre mit seiner, von der Reaktion ebenso gehaßten und verfolgten, wie von den Bestellern und Empfängern mit Begeisterung erwarteten und verschlungenen Ware immer wieder durchbrochen hat, dem Verbannten selbst offen. Eduard Bernstein und Julius Motteler an ihre Namen knüpft sich eine der opfervollsten aber erfolgreichsten Episoden der deutschen socialdemokratischen Bewegung, des Befreiungskampfs des deutschen Proletariats. Mögen die wieder in unsre Mitte zurückkehrenden Genossen Ersatz für ihre im jahrelangen Exil gebrachten Opfer finden, in den stolzen Erfolgen, die die Socialdemokratie während dieser Zeit trotz alledem und alledem errungen hat.

Bankiers, Kommerzienräte, Fabrikdirektoren verstehen, die den erwähnten Aufruf unterzeichnet haben.

Andrerseits deutet das Rundschreiben nicht nur darauf hin, daß die ganze weltpolitische Raserei künstliche Mache gewesen, sondern es verrät auch deutlich, daß die Flottenlieferanten das Bedürfnis nach neuen, rasch sich häufenden Aufträgen haben, daß man **folglich darauf hinarbeitet, die Dauzeit der marinistischen Milliardenvorlage nach Möglichkeit abzukürzen.**

Freilich haben die Patrioten in der Zeit der Khaliblamage und des Brotwuchers wenig Aussicht, den Widerstand der „antinationalen und socialistischen Elemente" zu brechen! —

Der Gegenbesuch des Königs Edward beim deutschen Kaiser soll in Homburg erfolgen, wo Wilhelm II. längere Zeit verweilen wird.

Da entgeht also der Berliner Stadtverordneten-Versammlung die Gelegenheit, einmal wieder die Stadt patriotisch dekorieren zu lassen. —

Die Verfassungs-Feinde. Konservative und agrarische Organe, wie „Kreuz-Zeitung" und „Deutsche Tageszeitung" jubeln dem Polizeiminister von Rheinbaben zu, weil er sich grundsätzlich dagegen erklärt hat, daß Socialdemokraten oder solche Leute, die ihr „zuneigen", als mittelbare Staatsbeamte bestätigt werden.

Diese Presse begründet diese ausnahmegesetzliche Behandlung damit, daß ja die Socialdemokratie antimonarchisch sei und somit die Grundlage der Verfassung nicht anerkenne. Wenn das ein Grund ist, so dürfen auch die Konservativen und die ihr zuneigen, zum Beispiel die Regierung, nicht im Staatsdienst geduldet werden. Denn die konservative Partei ist bekanntlich Feindin der wirklichen Grundlage der Reichsverfassung, des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Und was die preußische Verfassung anlangt, so hat ja der Justizminister selbst dafür plädiert, wenn es die „Bedürfnisse der Bevölkerung" erfordern, vom Buchstaben der Verfassung abzuweichen.

Will also die konservative Presse die Anerkennung der Verfassung entscheidend dafür sein lassen, ob Mitglieder einer gewissen Partei ein Staatsamt bekleiden dürfen, so müssen sie folgerichtig Ausschluß der Konservativen und Absetzung des Justizministers fordern, während die Socialdemokraten bisher in keinem Falle durch ihr praktisches Verhalten sich in Widerspruch mit der Verfassung gesetzt haben. —

Die „Kreuz-Zeitung" und China. Die „Kreuz-Zeitung" schreibt in ihrer Wochenschau:

„Im Reichstage ist die Chinavorlage endgültig in dritter Lesung angenommen worden, ohne daß sich die Gegner, die anfangs, wie man sich erinnert, gelärmt, den Versuch gemacht hätten, ihren Widerstand fortzusetzen. Nur der Abgeordnete Bebel konnte es sich nicht versagen, auch bei dieser Gelegenheit wieder einen jener brutalen, dem nationalen Selbstgefühl ins Gesicht schlagenden Angriff gegen unsre Politik und Heeresleitung zu richten, die er mehr und mehr zu seiner Specialität entwickelt, die aber freilich gerade dadurch nach und nach abstumpfend wirken und bei weitem nicht mehr den Eindruck hervorbringen, den sie in früheren Zeiten im Hause und außerhalb desselben leider vielfach gemacht."

Hat die „Kreuz-Ztg." schon wieder vergessen, daß sie in der Chinafrage eigentlich mit Bebel ganz einverstanden ist?

Vielleicht liest sie zur Auffrischung ihres Gedächtnisses die von ihr gerühmte Schrift des Prof. Baelz noch einmal durch.

Werbungen für Transvaal scheinen von den Engländern allerorten betrieben zu werden, so finden wir in einem der Politik sonst nicht gewidmeten Blatte, dem „Centralblatt der schweizerisch akademischen Turnerschaft" Nr. 8, Zürich Januar 1901, die folgende Notiz auf Seite 185 unter Personalnachrichten: W. B . . . weilt zur Zeit in London, um sich auf die Abreise nach Transvaal vorzubereiten. Die englische Regierung hat ihm das Kommando über eine berittene Freiwilligentruppe übergeben. Seine Adresse usw." Ob der Eidgenosse W. B . . . ., der im Solde Chamberlains gegen die tapferen Boeren zu Felde ziehen will, direkt von Wilhelm Tell oder von Winkelried abstammt, vermögen wir nicht zu sagen.

Aber auch in Deutschland scheinen die englischen Menschenhändler ihr Unwesen zu treiben. In Saarbrücken wurden bereits zwei Männer, namens Stoffel und Momsen, welche junge Glasbläser für London engagierten, verhaftet, da sie verdächtig sind, als Werber zu operieren. Zehn Leute aus St. Johann waren bereits engagiert. Aus Völklingen und Diedenhofen wird Aehnliches gemeldet.

Man sollte auf diese gewissenlosen Burschen überall ein wachsames Auge haben! —

Sehr schwül wird es auch bereits dem konservativen „Reichsboten" bei dem Spiel mit dem Feuer, das durch die Weltmachtpolitiker in Afrika und Asien getrieben wird. Seine bange Beklemmung erklärt sich in folgender Jeremiade:

„Wenn man zu der Haltung der Mächte gegenüber den Vorgängen in Südafrika noch die andre in Ostasien hinzunimmt, wo sie allzusammen von den Chinesen am Narrenseil herumgeführt werden, ohne daß sie wüßten, wie sie aus dieser Affaire wieder herauskommen können, die sich noch dazu immer mehr zu einer Quelle des Streites zwischen den Mächten selbst auszuwachsen droht, so muß einem für die Autorität der Regierungen angst und bange werden.

An Südafrika gehen sie vorüber wie der Levit an dem Hohlweg nach Jericho, und nehmen es den Völkern noch übel, wenn sie thun, was die Obrigkeiten selbst thun sollten. Wenn man das alles übersieht: den grausamen Raubkrieg Englands in Südafrika, das müßige Zuschauen der Mächte und ihrer aller Verhalten in Ostasien, so drängen sich einem die ernstesten Befürchtungen für die Zukunft auf. Es kann nicht ausbleiben, daß in dieser mit Habsucht, Neid, Herrschsucht, Furcht und Mißgunst erfüllten Stickluft sich **die Gewitter von selbst entwickeln.** Die Reibungen beginnen ja schon allerorten. Die Diplomaten reklamieren stolz die Realpolitik, weisen die Politik des Idealismus zurück — aber wenn sie nur mit offenen Augen zusehen wollten, so müßten sie erkennen, daß diese Sünden am sittlichen Idealismus der Völker ihr Verderben sind, das sich wie Gewitter Gottes über ihren Häuptern zusammenzieht! Das Blut der Boeren schreit zum Himmel vor den Ohren der wilden Neger in Afrika gegen das christliche England und Europa; aber die Diplomaten stopfen sich englische Baumwolle in die Ohren!"

Und war es nicht allein die Socialdemokratie, die in der Presse und dem Parlament gegen die politische Verwilderung des weltmachtpolitischen Wikingertums schärfste Anklage erhob? Und waren es nicht gerade die Konservativen, die die Socialdemokraten darob als Chinesen verunglimpften? —

Leutenot und agrarische Humanität. Der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung" wird aus Pillkallen folgender Fall, der sich in einer nahen Ortschaft abspielte, mitgeteilt, für den das Blatt auch die Verantwortung tragen wird: Ein Gutsbesitzer hatte Ende Januar eine Gärtnerfamilie aus R. geholt. Da er dieselbe bald aber wieder los sein wollte, spielte er eignen Richter, ließ die geringen Sachen der Familie und diese selbst auf Schlitten laden, durch seine Söhne und Knechte vor die frühere Wohnung fahren und einfach absetzen, nachdem die Auszügler erst durch nicht näher anzugebende Vorkommnisse zum Umzug willig gemacht waren. Das Beziehen der alten Wohnung wurde den Leuten verwehrt und während der Mann behördlichen Schutz nachsuchte, irrte die Frau mit drei Kindern in jüngerem Alter in Schnee und Eis umher, da niemand die armen Leute bei sich aufnehmen wollte. Erst am Spätabend gelang dem Gemeindevorsteher die Unterbringung der Leute in einer Nachbarortschaft auf Kosten des durch den eingeleiteten Civilstrafprozeß festzustellenden Verpflichteten.

Greifswald, 18. Febr. (Privat-Telegramm.) Der Reichstags-Abg. Graf v. Bismarck-Bohlen ist heute morgen am Herzschlag verstorben.

Graf Bismarck-Bohlen wurde im Wahlkreis Greifswald 1898 mit 8876 gegen 4210 Stimmen der Freisinnigen Vereinigung und 2501 socialdemokratische Stimmen gewählt.

Aus Meiningen. Im Landtag gab es am Freitag einen großen Tag. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation der socialdemokratischen Fraktion, welche außerordentlichen Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenke angesichts des Elends des größten Teils der Spielwaren-Arbeiter im meininger Oberlande. Abgeordneter A. Hofmann begründete die Interpellation in einstündiger, auch vom Regierungstisch aus als höchst sachlich bezeichneter Rede. Er streifte dabei alle in Betracht kommenden Verhältnisse: Die schlechten Löhne, die überaus lange Arbeitszeit, die Gesundheitsschädlichkeit der meisten Teilberufe und die infolgedessen enorm hohe Erkrankungs und Sterblichkeitsziffer, die Kinderarbeit, die Schwierigkeit für die Holzschnitzer, Schnitzholz zu angemessenem Preise zu erhalten, das Fehlen guter Wege und Eisenbahnen im Hinterlande. — Die Regierung anerkannte die geschilderte Notlage des überwiegenden Teils der Bevölkerung des meininger Oberlands, bedauerte jedoch, keine Mittel zu besitzen und keine Wege zu kennen, welche hier Abhilfe schaffen könnten. Im übrigen aber unterscheide sich die anerkannt traurige Lage der Bevölkerung des meininger Oberlands in nichts von derjenigen des arbeitenden Volks in sonstigen Teilen des meininger Lands im allgemeinen. Teilweise sei das Volk selbst schuld an seinem Elend, da zu frühe Heiraten, Leichtsinn und Neigung zur Genußsucht (bei Löhnen von wöchentlich fünf Mark an! D. B.) vielfach die Ursache der bestehenden Mißverhältnisse bildeten. Unsren Genossen war es sonach leicht, diese billige Begründung und angenommene Selbstverständlichkeit des Elends unter den Spielwarenarbeitern auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Genosse Hofmann betonte in seinem Schlußworte, daß es eigentümlich berühren müsse, daß Deutschland und damit auch Meiningen glaube nötig zu haben, soviel Elend durch ungezählte Soldaten, Kanonen und Panzerschiffe beschützen zu müssen; man möchte lieber die für diese Dinge geopferten Milliarden verwenden für Werke des Friedens und der Kultur.

Zweierlei Socialpolitik.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" charakterisieren den Gegensatz zwischen der gegenwärtigen Socialpolitik in Frankreich und derjenigen Deutschlands also:

„In Frankreich hat soeben der socialdemokratische Handelsminister Millerand auf eine Anfrage in der Kammer erklärt, daß das von der Regierung eingebrachte Gesetz zur Erweiterung der Schiedsgerichte, in welchen Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl sitzen, auch auf die Staatsbetriebe, die Staats-Eisenbahnen Anwendung finden soll. Das könnten nette Zustände werden, wenn dazu folgerichtig auf die französischen Staatsbahnen die lex Millerand vom obligatorischen Streik Anwendung finden wird. Seitens der deutschen Eisenbahn-Verwaltungen sind die socialdemokratischen Versuche, die Eisenbahnarbeiter zu organisieren, mit aller Energie bisher erfolgreich bekämpft worden. Die preußische Staatsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die Eisenbahn-Angestellten der Gewerbe-Ordnung nicht unterstehen und nicht das Koalitionsrecht nach §§ 152/153 besitzen. Verbände und Vereine werden nur insoweit geduldet, dann aber auch wohlwollend gefördert, als die vorgesetzte Eisenbahnbehörde Kontrolle über sie und Einfluß auf sie hat."

Was die „wohlwollende Förderung" bedeutet, zeigt das Vorgehen der bayrischen Eisenbahnbehörde gegen den dortigen Verband der Eisenbahner, der gewagt hatte, von bitterer Not und materieller Bedrängnis eines Teils seiner Mitglieder zu sprechen. Der Verband wurde unter Androhung der Auflösung zur Zurücknahme seiner „Hetzereien" genötigt; und das ist noch ein Verband von Centrums Gnaden! —

Ausland.

Schweiz.

Bern, 16. Februar. (Eig. Ber.) Immer wieder der Spitzelbaron v. Richthofen, dessen Affaire nachgerade zu einer Tragikomödie geworden ist. Wie aus Genf gemeldet wird, verweigert der mit der berühmten Abgebrühtheit preußischer Junker in reichem Maße ausgestattete Baron dem neuernannten türkischen Generalkonsul Haidar Raschid Bey die Uebergabe der Geschäfte, indem er ihn einmal nicht anerkannte und sodann erklärte, daß ihm die türkische Regierung für Bureaumiete usw. 8000 Fr. schulde, die er erst haben wolle, ehe er seinem Nachfolger Platz mache. Der Bey brachte dann die nötigen Legitimationspapiere von dem türkischen Gesandten Manir Bey in Paris bei, aber den Spitzelbaron rührte auch diese Legitimation nicht. Nun endlich hat sich der Bundesrat aufgerafft und eingegriffen. Er verständigte die Kantonsregierungen davon, daß der Spitzelbaron sich als Generalkonsul geriere, obschon er das eidgenössische Exequatur nicht erhalten habe und daß daher die von demselben ausgestellten Legalisationen für die schweizerischen Behörden wertlos seien. Ferner ließ der Bundesrat dem Spitzelbaron durch die Genfer Kantonsregierung eröffnen, daß er sofort ausgewiesen werden würde, wenn er sich beikommen lassen sollte, sich noch weiter die Funktionen eines türkischen Generalkonsuls oder eines türkischen Konsulatsverwesers anzumaßen. So wird dann wohl der Haidar Raschid Bey zu seinen Funktionen gelangen, aber das eidgenössische Exequatur hat er bisher so wenig, wie der Richthofen es hatte oder der türkische Gesandte Manir Bey es hat. Diese Umstände wären dafür günstig, daß der Bundesrat der ganzen, mit unübertrefflicher Frechheit in der Schweiz etablierten türkischen Spitzelwirtschaft ein Ende bereitete, umsomehr, als der Bey ja ganz aufrichtig erklärte, er werde weiter spitzeln, allerdings nur gegen die türkischen Anarchisten und nicht auch gegen die türkischen Liberalen. Sind an sich „türkische Anarchisten" eine ganz neue Species, so hat ein türkischer Diplomat in der Schweiz auch gegen solche nicht zu spitzeln, sondern sich seinen ehrlichen Konsulatsgeschäften allein und ausschließlich zu widmen.

Was wird aber aus dem preußischen Spitzelbaron werden, wenn er bei den Türken abgewirtschaftet hat? Wird der so brauchbare Junker sich am Ende dem lieben Vaterland anbieten, damit es ihn gegen die Socialdemokratie loslasse? Auf jeden Fall empfiehlt es sich, den Mann fernerhin nicht aus den Augen zu verlieren.

Frankreich.

Das Gesetz betreffend die Gewerbegerichte. Währenddem im deutschen Reichstage die Gewerbegerichts-Kommission sich damit herumquält, an dem Gesetz einige wenige Verbesserungen vorzunehmen, immer ängstlich, daß auch ja nicht zu viel geschehe, hat die französische Deputiertenkammer innerhalb weniger Tage an dem dortigen Gesetz eine Reihe ganz wesentlicher Verbesserungen vorgenommen. Wir haben schon an andrer Stelle mitgeteilt, daß nach dem Beschluß der Kammer in Zukunft auch den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zustehen soll. Von großer Wichtigkeit ist ferner die auch bei uns geforderte Unterstellung der kaufmännischen Angestellten unter das Gesetz; auch diese Neuerung ist von der Kammer angenommen worden. Ebenso sollen in Zukunft die Arbeiter und Angestellten in den Staatsbetrieben, sowie die der Provinzial- und Kommunalbetriebe, ihre Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsvertrag resultieren, vor dem Gewerbegericht zum Austrag bringen. Der Minister Millerand erklärte sich ausdrücklich mit dieser Neuerung einverstanden, ausgenommen wissen will er nur die eigentlichen Staatsbeamten. Schließlich wurde die ganze Novelle mit 536 gegen nur 2 Stimmen angenommen. — Der Fortschritt, der durch die Abänderungen erreicht ist, ist kein geringer; leider hat nun erst der zu socialen Reformen weit weniger geneigte Senat noch darüber zu befinden. —

Der Sieg Allemanes. Der „Vossischen Zeitung" wird aus Paris telegraphiert: Bei der Wahl zur Kammer im 11. Pariser Arrondissement wurde nach heftigstem Wahlkampfe, der alle Gemüter in Paris erregte, der Socialist Allemane mit 4255 Stimmen gegen den bekannten algerischen Antisemitenführer Max Régis, auf den 3347 entfielen, gewählt. Der Ausfall der Wahl beschäftigt heute alle Blätter. Die nationalistischen Wortführer in der Presse erklären sich nicht für besiegt. Sie finden, es sei keine Niederlage, wenn ein in Paris unbekannter verleumdeter Algerier, gegen den alle Regierungskräfte angekämpft hätten, in einem Pariser Stadtkreise über 3000 Stimmen auf sich habe vereinigen können. Die republikanische Presse jubelt, daß Paris das antisemitische Gift aus seinem Körper ausgestoßen habe. Nach der Wahl wurden Anhänger Allemanes und Régis' wiederholt handgemein, doch verhinderte die äußerst schneidig eingreifende Polizei schlimmere Ausschreitungen. —

Spanien.

Demission des Kabinetts. Man nimmt an, daß in einem für Mittwoch angesetzten Ministerrat das Kabinett beschließen wird, seine Entlassung zu geben. Wie aus guter Quelle verlautet, werde Silvela mit der Neubildung des Ministeriums betraut werden.

Alle Personen, welche in den letzten Tagen festgenommen worden waren, sind wieder freigelassen worden. —

Rußland.

Zollkrieg zwischen Rußland und Amerika. Der „Frankf. Zeitung" wird aus Petersburg gemeldet: Die am 27. Februar in Kraft tretende Zollerhöhung im Umfange von 80 Proz. auf nordamerikanische Industrie-Erzeugnisse erstreckt sich auf Gußeisen-Fabrikate aller Art, Eisenstahl-Fabrikate, Eisenstahl-Kesselarbeit, auf Strickmaschinen, Werkzeugmaschinen 2c. In hiesigen kommerziellen Kreisen sieht man in dieser Verfügung des Finanzministers Witte die Antwort auf den Ausgleichzoll, womit der russische Zucker in Nordamerika belegt wird. Für die amerikanische Eisenindustrie dürfte die Zollerhöhung schwere Verluste zur Folge haben, da sie mit Rußland ein bedeutendes Geschäft macht. Für die deutsche Eisenindustrie ist die Maßregel des russischen Finanzministers von größter Wichtigkeit, da Amerika mit Deutschland auf dem russischen Absatzmarkt nicht mehr wird konkurrieren können.

Ein Reuter-Telegramm aus Washington meldet hierzu: Man glaubt, daß eine schwere Krise in den Handelsbeziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten ausgebrochen ist. Das russische Dekret werde den Erfolg haben, daß die Zölle für amerikanische Maschinen und metallurgische Produkte um 50 Proz. erhöht werden. Man fürchtet, daß eine solche Erhöhung die Ausfuhr dieser Produkte nach Rußland verhindern werde, die sich im Jahre 1900 auf 30 Millionen Dollars belaufen habe. —

Eine wahre Verhaftungs-Epidemie ist in der letzten Zeit in Rußland ausgebrochen. Petersburg, Riga, Wilna, Warschau, Lodz, Minsk, Homel und eine Reihe kleinerer Orte, wo die Arbeiterbewegung existiert, sind von der Epidemie heimgesucht worden. Ob das der zarischen Regierung helfen wird? Alljährlich werden viele Hunderte aus den Reihen der Kämpfer herausgerissen, aber sofort stehen neue Kämpfer auf ihrem Platz. In Warschau scheint man sogar schon Vorbereitungen zur Verhinderung der Maidemonstration zu treffen. So hat der Oberpolizeimeister von Warschau eine Bekanntmachung veröffentlicht, wonach alle Ansammlungen auf den Straßen, Plätzen usw. unter Strafe bis zu 3 Monaten Gefängnis oder bis zu 500 Rubel Geldstrafe verboten sind. Aber auch an komischen Momenten fehlt es nicht. So kam nach Witebsk ein armer Teufel mit einem Phonographen. Ein jüdischer Arbeiter, der sich unter seinen Besuchern befand, sang vor dem Phonographen einige revolutionäre Lieder und da leider die Phonographen so eingerichtet sind, daß sie nicht nur staatserhaltende, sondern auch umstürzlerische Lieder nachsingen, so hat auch dieser Phonograph die Kampfeslieder pünktlich wiedergegeben. Die Arbeiter erfuhren bald davon und strömten in großen Massen herbei, ihre Kampfeslieder anzuhören. Das Ende vom Lied war aber, daß die Obrigkeit nach einiger Zeit davon erfuhr und den Phonographenbesitzer samt seinem Phonographen ins Gefängnis steckte. Der arme Teufel mußte aber bald herausgelassen werden, denn er hatte mit dem Socialismus absolut nichts gemein. Nur die umstürzlerische Platte wurde konfisziert, die als „thatsächliches Material" bei der bevorstehenden Untersuchung dienen soll.

Bulgarien.

Bei den Kammer-Stichwahlen am Sonntag siegten drei unabhängige Petrowisten und zwei Stambulowisten.

Bei den gestrigen hauptstädtischen Gemeindewahlen siegte die Liste der Regierung gegen die vereinigte zankowistisch-karawelistische Liste. —

Der Boeren-Krieg.

Auf die Verfolgung De Wets

setzt man in London wieder einmal sehr optimistische Hoffnungen. Die Londoner Blätter drücken sich sehr optimistisch über die Lage in Südafrika aus und stellen die Gefangennahme De Wets für die nächsten Tage in sichere Aussicht. „Daily Mail" glaubt, daß De Wet den Engländern nicht mehr entgehen kann. Dasselbe Blatt veröffentlicht ein Telegramm seines Special-Korrespondenten, worin dieser aus nichtamtlicher Quelle erfahren haben will, de Wets Uebergabe könne jeden Augenblick erfolgen.

Einstweilen hat man de Wet freilich noch nicht.

Das „Reutersche Bureau" meldet aus De Aar: De Wet und Steijn überschritten gestern vormittag mit zwei- bis dreitausend Mann und zwei Geschützen die Eisenbahn nördlich von Hout Kraal. Die Granaten der Engländer zerstreuten den Feind, welcher seine Geschütze nicht ins Gefecht brachte. Ein gepanzerter Zug eröffnete ein Feuer mit Marinegeschützen. Es gelang den Engländern, den ganzen Convoi De Wets zu nehmen, einschließlich hunderttausend Patronen, zahlreichen Schießvorrats und eines Schnellfeuer-Geschützes. Die Verluste auf englischer Seite betrugen drei Verwundete.

Wie es heißt, sind in dem Gefecht am 15. d. M. auf seiten der Boeren 65 Mann gefallen oder verwundet worden.

Die Pest.

Kapstadt, 18. Februar. (B. H.) Die Besatzung sämtlicher Dampfer, welche in den Hafen der Tafelbai einlaufen, werden einer ärztlichen Untersuchung unterworfen, jedoch nicht unter Quarantaine gestellt!! Gestern wurde ein neuer Pestfall konstatiert. Die eingebornen Hafenarbeiter haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Die Eingeborenen in den übrigen Berufszweigen verlangen Lohnerhöhung und drohen ebenfalls mit dem Ausstand.

Australien verweigert weitere Truppensendungen.

Aus Melbourne wird gemeldet: Die Regierung von Neu Südwales und die von Süd-Australien haben den Vorschlag Chamberlains, weitere Truppen nach Südafrika zu entsenden, **abgelehnt.**

Partei-Nachrichten.

Die erste englische Labour Representation Conference (Arbeitervertreter-Konferenz) wurde vor kurzem in Manchester abgehalten. Anwesend waren 88 Delegierte, welche zusammen 465 000 organisierte Arbeiter vertraten. Unter den englischen Socialisten besteht seit langem das Bestreben, Socialisten bezw. doch wirkliche Arbeitervertreter in das Parlament zu bekommen, Abgeordnete also, die nicht mit

Unterstützung der Liberalen gewählt und auf deren Programm verpflichtet sind. Zur Herbeiführung solcher Wahlen wurde die „Labour Representation Liga“ gegründet, der sich auch Gewerkschaften anschlossen. Auf der oben bezeichneten Konferenz waren 41 Gewerkschaften mit 353 070 Mitgliedern, drei socialistische Organisationen mit zusammen 22 861 Mitgliedern und sieben Gewerkschaftsräte mit 91 000 Mitgliedern vertreten. Bei den letzten allgemeinen Wahlen im Oktober 1900 hat das Komitee 15 Kandidaturen unterstützt, zwei sind bekanntlich nur durchgekommen, nämlich Keir Hardie und Richard Bell. Die Konferenz nahm u. a. eine Resolution an, welche sich gegen den südafrikanischen Krieg und die Vernichtung der Republiken ausspricht. Ferner wurde beschlossen, daß die durch die Liga aufgestellten und gewählten Abgeordneten sich zu dem Princip des Klassenkampfs zu bekennen haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Um einen interessanten Prozeß** ist die Oeffentlichkeit gebracht worden. Den Eisenbahnern in Magdeburg war seiner Zeit von der Direktion verboten worden, dem Eisenbahner-Verbande anzugehören. Die „Magdeburgische Volksstimme“, hatte die Eisenbahner aufgefordert, sich dadurch nicht anfechten zu lassen, sondern ruhig Mitglieder des Verbands zu bleiben.

Darauf wurde gegen den verantwortlichen Redacteur Genossen Nitsch ein Strafverfahren eingeleitet auf Grund von § 110 R.-Str.-G.-B. Er sollte zum Ungehorsam gegen eine rechtsgültige Verordnung aufgefordert haben.

Es wäre ein famoser Prozeß geworden. Eine fiskalische Betriebsverwaltung verbietet ihren Arbeitern die Wahrnehmung ihres reichsgesetzlich garantierten Koalitionsrechts und eine solche Anordnung sollte als „rechtsgültige Verordnung“ unter den Schutz des Strafgesetzbuchs gestellt werden! Es sollte jemand prozessiert werden, weil er Arbeiter auffordert, sich an der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte nicht hindern zu lassen!

Der Staatsanwalt hat sich noch rechtzeitig besonnen und hat das Verfahren gegen Genossen Nitsch wieder eingestellt.

— **Zu 100 M. Geldstrafe** wurde seiner Zeit Genosse Rühle, der verantwortliche Redacteur der „Chemnitzer Volksstimme“ verurteilt, weil er bei der Kritik der Handlungen eines Gemeindevorstands, die er im übrigen als wahr nachweisen konnte, in der Form zu weit gegangen war. Seine Berufung gegen das Urteil wurde vom Landgericht verworfen.

Gewerkschaftliches.

Die Stagnation der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine

wird trefflich illustriert durch die Berichte der Bezirksleiter des „Gewerksvereins der Klempner und Metallarbeiter“. Der „Gewerkvereinsbote“ giebt aus denselben u. a. folgende Stichproben zum besten:

Der Bezirksleiter für Niederschlesien schreibt:

„Meiner Pflicht nachkommen will ich auch dieses Mal, trotzdem ich eine eigentliche Thätigkeit, wenn ich die für den Ortsverein Hirschberg ausschließe, in meinem Bericht nicht anführen kann.“

Resultat der Agitation eines ganzen Vierteljahres = 0!

Der Bezirksleiter für Oberschlesien schreibt:

„Aus dem letzten Vierteljahr läßt sich leider nicht viel berichten .... Wie es scheint, haben alle Kollegen den Winterschlaf angetreten, jedoch glaube ich, mit dem kommenden Frühjahr wird den noch nicht organisierten Kollegen doch endlich einmal ein Licht aufgehen.“

Resultat der Agitation des ganzen Vierteljahrs = 0!

Der Bezirksleiter für Brandenburg schreibt:

„Die Mitgliederzahl in den Vereinen der Provinz hat sich wenig geändert, 286 gegen 287 im vorigen Quartal.“

Resultat der Agitation des ganzen Vierteljahrs = Verlust eines Mitglieds!

Der Bezirksleiter von Schleswig-Holstein schreibt:

„Für dieses Vierteljahr wird mein Bericht jedenfalls der schlechteste sein, der Ihnen eingesandt wird. Von meiner Thätigkeit ist so gut wie nichts zu berichten, da in diese Zeit unsre beste Arbeitsperiode fällt. Soviel an mir gelegen, habe ich im Verein Flensburg für unsre Organisation gewirkt und hatte auch die Freude, daß wir durch die thätige Mitarbeit der Mitglieder einige neue Genossen aufnehmen konnten. Der Verein wird jetzt immer bekannter und hoffe ich, daß wir allmählich zu einer friedlichen Macht anwachsen werden. Schon jetzt beginnen die Herren Socialdemokraten mit uns zu rechnen, trotzdem uns dieselben früher jede Leistungsfähigkeit abgesprochen haben.“

Der Bezirksleiter für Sachsen schreibt:

„In meiner Thätigkeit als Bezirksleiter habe ich nicht besonders viel zu berichten ... Fühlung zu nehmen in Orten, wo noch kein Verein unsres Berufs besteht, ist mir auch bis jetzt noch nicht gelungen. In Neustadt, wo sich der Radeberger Verein schon aller möglichen Mühe unterzogen, ist leider auch noch nichts zu stande gekommen, es hält auch dort sehr schwer, indem sich die Arbeiter der Ansicht hingeben, daß die Socialdemokratie die alleinige Beglückerin des arbeitenden Volks sei, aber wir werden uns deswegen noch nicht abschrecken lassen und wird hoffentlich auch dieses Feld noch zu unsren Gunsten bearbeitet werden.“

Ein Resultat ist also auch aus diesem Bericht nicht zu ersehen.

Der Bezirksleiter von Sachsen, mittlerer Teil, hat, wie es scheint, seine Vereine fleißiger besucht. Ein Resultat ist aus seinem Berichte aber auch nicht zu ersehen.

Der Betriebsleiter für Sachsen und Thüringen schreibt:

„Mein Bericht erstreckt sich über das 3. und 4. Quartal 1900. So groß der Zeitraum ist, so wenig habe ich mitzuteilen. Ein Neuling auf dem mir in Hirschberg anvertrauten Posten, muß ich mir, da beratendes Material oder dergleichen für dieses Fach meines Wissens nicht existiert, erst selbst den Weg suchen, welcher zum erwünschten Ziel führt. Meine direkte Thätigkeit beschränkt sich auf eine nicht allzu große Korrespondenz, zum Teil mit Berufsgenossen in Städten wie Braunschweig, Hildesheim, Halle usw. Ich dachte auf diesem Wege Anknüpfungspunkte für unsre Sache zu finden, jedoch war all mein Mühen bis jetzt vergebens.

Der Bezirksleiter für Westfalen, westlicher Teil ist zufrieden, wenn sein Bezirk in zwei Monaten um 32 Mitglieder zunimmt und im dritten Monat wieder abnimmt, und wenn das Stiftungsfest zwar keinen agitatorischen Erfolg hat, aber einen guten Eindruck auf die Behörden macht! Wir meinen, ein guter Eindruck auf die Arbeiter wäre erwähnenswerter gewesen.

Der Bezirksleiter für Hessen und Frankfurt schreibt:

„Da ich es unterlassen hatte, im vorigen Quartal einen Bericht einzusenden, so sei denn hier seit Beginn meiner Ernennung zum Bezirksleiter alles zusammengefaßt. Da ja bekanntlich nur der Ortsverein Frankfurt a. M. in meinem Bezirk besteht, so kann ich von demselben auch gerade nichts Günstiges berichten. Derselbe wurde mit 8 Mitgliedern gegründet und war bis zur Tagung des Delegiertentags auf 11 gestiegen.“

Der Agitationsleiter weiß dann noch zu berichten, daß sein ganzer Bezirk inzwischen auf 12 Mitglieder angewachsen ist!

Der letzte Bericht ist derjenige für das Großherzogtum Baden. Demselben entnehmen wir:

„.... Der Mitgliederstand blieb in meinem Bezirk fast in gleicher Höhe. Für die neueingetretenen mußten wieder mehrere gestrichen werden, wegen zu großen Rückständen. Was die Agitation in Karlsruhe selbst betrifft, so muß ich mir sagen, daß die Agitation nicht besser betrieben werden kann; sowohl von seiten des hiesigen Ausschusses, als auch von meiner Wenigkeit. So wurden am 3. November an sämtliche hiesigen Klempnergeschäfte, Agitationskarten verbreitet mit der Einladung zur Versammlung. Leider erschien nicht ein einziger, der sich zur Aufnahme bereit erklärte. Ich schließe nun meinen Bericht mit der Hoffnung, daß mein nächster Bericht etwas besser ausfällt, das heißt, daß ich in den bestehenden Vereinen eine andre Mitgliederzahl verzeichnen kann und noch einen Verein mehr zu meinem Bezirk zählen darf.“

Das ist also das Resultat der Arbeit eines ganzen Gewerkvereins in einem ganzen Vierteljahr und zwar im günstigsten Agitationsvierteljahr. Die Hoffnung des braven Badenser wird sich nicht erfüllen. Die Gewerkvereine des Herrn Hirsch haben auf eine Zukunft nicht zu rechnen, sind sie doch sogar schon von den viel jüngeren „Christlichen Gewerkvereinen“ längst überflügelt. Lassen wir also dem Herrn Anwalt das harmlose Vergnügen, auf den Festbanketten davon zu reden, daß das neue Jahrhundert den Gewerkvereinen gehöre.

Berlin und Umgegend.

Zwischen der Direktion des Münchener Brauhauses und der Agitations-Kommission der Brauereiarbeiter wurde folgende Abmachung getroffen: Die unterzeichnete Direktion hatte heute mit der Agitations-Kommission der Brauereiarbeiter folgendes Abkommen getroffen: Die Direktion des Münchener Brauhaus Act.-Ges. erkennt den Arbeits-Nachweis der ringfreien Brauereien an und wird Vakanzen durch diesen Arbeits-Nachweis besetzen mit Ausnahme der Braukführerstelle und der Bierfahrer.

Münchener Brauhaus Act.-Ges.
Max Saurenhaus. Löchel.
Für die Agitations-Kommission:
Preuß. R. Neumann. R. Schüler.

Hiermit ist die Angelegenheit für beide Teile erledigt. Die in der Sonntagsversammlung der Brauereiarbeiter gefaßten Beschlüsse haben (vergl. Versammlungsbericht), soweit das Münchener Brauhaus in Betracht kommt, damit ihre Geltung verloren.

Der Streik der Treibriemenarbeiter, Sattler, Weber und Hilfsarbeiter bei der Firma A. Schwartz u. Co. dauert unverändert fort. Herr Czaika hat es abgelehnt, die Vermittelung des Einigungsamts anzunehmen, wozu er durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts aufgefordert war. Er hat erklärt, unter keinen Umständen jemand von seinen ausständigen Arbeitern wieder einzustellen. Ob der liebenswürdige Herr hiermit Recht behalten wird, muß die Zukunft lehren. Die Streikenden halten fest zusammen, es ist noch nicht ein einziger untreu geworden und werden es auch weiterhin nicht werden. Und mit den paar Arbeitswilligen, die sich Herrn Czaika zur Verfügung gestellt haben, wird er wohl nicht weit kommen. Auf keinen Fall kann er seinen Betrieb damit auf die Dauer aufrecht erhalten. Wir haben also die begründete Hoffnung, daß Herr Czaika bald zu andrer Einsicht kommen wird und dann zufrieden ist, wenn recht viele von seinen alten Arbeitern wieder bei ihm anfangen wollen.

Die Zustände in dieser Fabrik sind wahrlich nicht dazu angethan, viele Arbeiter hierzu zu verlocken. Vor allen Dingen ist es die Behandlung seitens des sogenannten Werkführers, eines Bruders des Chefs, der aber keine Fachkenntnis besitzt; er ist gelernter Buchdrucker. Dieser Herr behandelt die Arbeiter in einer Art und Weise, die schon öfters zu begründeten Klagen Anlaß gegeben hat.

Dann sind es die Löhne, die derart sind, daß es einem Familienvater oft nicht möglich ist, den kärglichsten Lebensunterhalt zu bestreiten, sind doch z. B. bei den Webern Löhne von 5 oder 7 M. keine Seltenheit.

Alles dies wird dazu beitragen, daß die Arbeiter der Firma Schwartz u. Co. sich nicht zu sehr nach diesem Dorado zurücksehnen werden. An die Arbeiter dieser Branche allerorts richten wir aber das dringende Ersuchen, Arbeit dort nicht anzunehmen und den Zuzug nach Kräften fernzuhalten.

Der Verein der Wäsche- und Krawattenbranche Berlins giebt seit Beginn dieses Jahres monatliche Vereinsmitteilungen heraus. Aus denselben entnehmen wir, daß der jetzt noch lokal begrenzte Verein Ende 1899 erst 204 Mitglieder zählte, während er am 31. Dezember 1900 auf 637 Mitglieder gestiegen war. Der Verein hat einen Arbeitsnachweis errichtet, der im Jahre 1900 122 Stellen vermittelte. Einnahme und Ausgabe des Jahrs 1900 balancierten mit 3544,95 M. Im vergangenen Jahre sind die Altplätterinnen und -Wäscherinnen dem Verein beigetreten.

„Freie Vereinigung der Stuccateure Berlins und Umgegend“ — so nennt sich eine neue, mit Hilfe des Unternehmertums gegründete Arbeiterorganisation. Anfang dieses Jahres wurden von den Unternehmern 32 Stuccateure aufs Pflaster geworfen, weil sie sich die Accordarbeit nicht wieder aufzwingen lassen wollten. Es handelte sich für die Unternehmer aber um mehr, sie gehen darauf aus, die Organisation der Stuccateure zu vernichten. Die Ausgesperrten haben sich nicht zwingen lassen, unter dem System der Accordarbeit wieder anzufangen, leider aber haben sich Stuccateure, die bei andren Firmen in Arbeit standen, durch ihre derzeitigen Arbeitgeber dazu drängen lassen, die Ausgesperrten zu ersetzen. Nunmehr ist auch hinter verschlossenen Thüren der oben bezeichnete Verein gegründet worden, der ganz auf der „Harmonie der Interessen“ aufgebaut ist. Demgegenüber fordern wir die Kollegen auf, dem „Centralverband der Stuccateure Deutschlands“ beizutreten, der allein im stande ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Laut Versammlungsbeschluß erhöht sich der Beitrag zu unsrem Streikfonds vom 4. März ab auf 50 Pf. pro Woche. Es wird den Kollegen anempfohlen, auf allen Bauten Delegierte zu wählen, die eine ständige Bücher- und Kartenkontrolle vorzunehmen und der Lohnkommission bezw. dem Vertrauensmann über etwaige Vorkommnisse Bericht zu erstatten haben. Also nochmals, Kollegen, schließt Euch der Organisation an und der Schlag der Unternehmer wird an Eurer Einigkeit abprallen.

Achtung, Bauanschläger! Die Firmen Franke, Admiralstraße 18d, und Düsterdeck, Weberstraße 6, sind wegen Nichtbewilligung des im vorigen Jahre vereinbarten Lohntarifs gesperrt. Beschwerden in Bezug auf Tarifangelegenheiten sind an den Arbeitsnachweis (bei Opatz) zu richten, in dringenden Fällen an L. Rosenkranz, Linienstr. 101, vorn 1 Tr.

Die 21er Kommission.

Als Arbeitsvermittler der Bandagisten wurde in einer gut besuchten Versammlung derselben Louis Mantrich, Kleine Andreasstr. 14 III, gewählt.

Deutsches Reich.

Der Kohlenkönig Cäsar Wollheim hat in Breslau eine Schiffswerft, wo er seine Kohlenfahrzeuge bauen läßt. Die Schiffbauer Breslaus hatten beschlossen, die Accordarbeit in Breslau nicht zur Einführung kommen zu lassen. Als die Firma Wollheim an ihre Arbeiter dies Verlangen stellte, verweigerten sie dies, worauf 24 Schiffbauer ausgesperrt wurden.

Zur Glasarbeiter-Bewegung. Aus Nienburg a. W. wird unterm 18. Februar berichtet: Der „Nienb. Harke“ zufolge sind in der Glasfabrik Königshütte 10 Arbeiter entlassen worden. Infolgedessen fand gestern eine Versammlung der Glasarbeiter statt, in der mit überwiegender Majorität beschlossen wurde, in den Ausstand zu treten. Es sollen sich 250—300 Arbeiter dem Streik angeschlossen haben. — Damit scheint der weitere Kampf in der Glasindustrie unvermeidlich geworden zu sein.

Die Arbeiter der Schuhfabrik von Cotta u. Co. in Offenbach a. M. haben nunmehr doch anfangs dieser Woche noch ihre Forderung auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit durchgesetzt. Hierauf eingeleitete Verhandlungen am Sonnabend voriger Woche führten am Montag zu dem Resultat, daß der Fabrikant die Forderungen vom 15. März ab bewilligte, womit sich die Arbeiter einverstanden erklärten.

Ausland.

Ein Streik mit politischem Hintergrunde ist der des Orchesters, Chors und technischen Personals des Czechischen Nationaltheaters in Prag. Die Czechenpartei berief, wie der „Voss. Ztg.“ berichtet wird, am Sonntag eine große Volksversammlung ein, die von tausend Personen aus allen Bevölkerungsklassen besucht war und sehr stürmisch verlief. Die Theaterleitung wurde beschuldigt, das nationale Kunstinstitut zu ruinieren und das Personal der Not preiszugeben; die Ehre der czechischen Kunst sei vor dem Ausland bloßgestellt. Die Redner verlangten für die ausländischen Musiker, Sänger und Arbeiter materielle und moralische Unterstützung vom Landtage, von der czechischen Gemeindevertretung der Stadt Prag und von den nationalen Vereinen. Die Politik spielt in dieser Angelegenheit insofern eine Rolle, als das Nationaltheater seit dem Vorjahre von einem jungczechischen Konsortium geleitet wird und der jungczechische Abgeordnete Dr. Herold Intendant ist; daher die Opposition der nationalczechischen Arbeiter und Orchestermitglieder. Das Deutsche Nationaltheater wurde von der Leitung des czechischen Theaters um Aushilfe ersucht, lehnte eine solche jedoch ab.

Die bedauernswerten Zusammenstöße zwischen Militär und Streikenden in Chalon sur Saône sind bereits telegraphisch gemeldet worden. Sie haben ihre Ursache in den Gewohnheiten der französischen Arbeiter, bei Ausständen große Straßenkundgebungen zu veranstalten. Die ausständigen Metallarbeiter hatten sich vor die Thore der gesperrten Fabriken begeben, um der Direktion ihre Forderungen zu unterbreiten. Der Direktor lehnte es ab, Antwort zu erteilen. Die Arbeiter zogen ab nach andren Betrieben. Dort schlossen sich weitere Arbeiter an; an der Spitze führten sie eine rote Fahne und sie sangen revolutionäre Lieder. Der Präfekt hatte bereits große Massen Soldaten und Gendarmen beordert, die den Manifestanten den Durchzug versperrten. Es kam zu ernsten Zusammenstößen; etwa 50 Personen wurden verhaftet und nach dem Gefängnis geschleppt. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt über 2000.

China.

Zum Streit um die Köpfe.

Aus Peking wird vom Sonnabend gemeldet: Vor der Zusammenkunft, die die Gesandten heute vormittag hatten, wurde ihnen eine Botschaft der chinesischen Bevollmächtigten ausgehändigt, die den Inhalt eines kaiserlichen Edikts wiedergiebt, welches in Wirklichkeit die letzten die Verurteilungen betreffenden Depeschen wiederholt. Tschuang hat danach Selbstmord zu begehen, Yühsien soll hingerichtet werden. Beide Urteile sollen in Gegenwart eines hohen Regierungsbeamten vollstreckt werden, um die Fremden zufrieden zu stellen. Bevor der Kaiser das Todesurteil ausspricht, Lischanyn eingeleitet werden. Tungfuhsiang wird seines wird eine Untersuchung in den Prozessen gegen Tschihsin und Rangs entkleidet, andere Strafen folgen. Yingnien und Tschaoschutschiao werden eingekerkert. Die nach dem Tode an Familien der Gestorbenen verliehenen Ehren werden annulliert. Man glaubt, daß die Gesandten dieses Edikt nicht als genügend betrachten, weil es nur eine Wiederholung des letzten Vorschlags ist.

Die militärische Besetzung Petschilis.

Ueber die Einrichtung der Verteidigungswerke für die Gesandtschaften in Peking melden die „Times“: Der Plan erfordert die Sprengung der Stadtmauer am Wasserthor, die Niederreißung der Hatamen und Chienentürme und die Zerstörung ihrer Zugangsmauern, ferner die Schaffung eines klaren Terrains von 150 bis 400 Yards um das gesamte Gesandtschaftsareal herum. Die Errichtung von Wällen und Glacis mit Wassergräben und Stacheldraht und mit Belagerungsgeschützen und Maxims und Kasernen für 2000 Mann und Vorräten, um eine dreimonatige Belagerung auszuhalten; alle öffentlichen Gebäude zwischen den Gesandtschaften und den kaiserlichen Mauern sind niederzureißen, während 11 000 Mann fremde Truppen die Verbindung zwischen der See und Peking aufrecht erhalten, so daß kein Chinese von der See aus nach Peking ohne Kenntnis der fremden Truppen reisen kann.

* * *

Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Tientsin vom 17. Februar: In Hankau sind infolge Explosion eines Lokomotivkessels 3 Deutsche schwer verletzt worden.

Letzte Meldungen.

Berlin, 18. Februar. (W. T. B.) General-Feldmarschall Graf Waldersee meldet am 16. aus Peking: General v. Kettler hat von Paotingfu Expeditionen unter Oberst **Hoffmeister** auf Taomakuan (85 Kilometer nordwestlich von Paotingfu am Khouho) gesandt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

China im englischen Parlament.

London, 18. Februar. (W. T. B.) Unterhaus. Im weiteren Verlauf der Adreßdebatte nimmt der Unterstaatssekretär **Cranborne** seine am Freitag abgebrochene Rede wieder auf und sagt, die englischen Interessen in China seien in hervorragendem Maße Handelsinteressen, aber die jüngste Krise habe es notwendig gemacht, daß die Rücksicht auf die **Bestrafung der Frevler** allen andren Rücksichten vorangehen müsse. Die britische Regierung betrachte den Selbstmord nicht als eine Alternative für die Todesstrafe. Was die Frage der **Entschädigung** betreffe, so sei der britische Vertreter angewiesen, die Entschädigungs-Forderungen zu sammeln und zu klassifizieren zum Zwecke der Festsetzung der Höhe der zu fordernden Entschädigung. Die Regierung halte sich vor Augen, es sei ratsam, den chinesischen Handel nicht zu **lähmen** durch zu **weitgehende Forderungen.** Die Regierung sei vollkommen unterrichtet von der Beleuchtung der kommerziellen Reform in China und erwäge, was in dieser Beziehung zu thun sei. Der Unterstaatssekretär bespricht sodann die Angelegenheit der **Tientsin-Shankhaikwan-Bahn** und sagt: Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben der britischen Regierung Grund zu sehr großer Besorgnis gegeben. Die Bahn war von den **Russen,** soweit uns bekannt ist, mit gültiger Ermächtigung besetzt worden und die Russen übernahmen in ihre Obhut einen großen Bestand der britischen Bahngesellschaft gehörigen Eisenbahnmaterials. Bei der Erwägung, welche Schritte erforderlich seien, hatte die Regierung zwei Gesichtspunkte vor Augen: nämlich die Rückerstattung der Bahn und die Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen zu den Mächten. Die Regierung schlug daher den Weg freundschaftlicher Vorstellungen bei der russischen Regierung ein, welche uns in der allerbestimmtesten Weise versicherte, daß die Besetzung eine rein zeitweilige, durch militärische Erwägungen veranlaßte sei und versprach, das Bahnmaterial zurückzuerstatten. Ich muß sagen, daß wir bei allen Verhandlungen mit der russischen Regierung in dieser Angelegenheit in der freundlichsten Weise aufgenommen wurden und keine Klage irgend welcher Art gegen die russische Regierung oder den russischen Kaiser haben.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.) Mehrere **Arbeiter,** welche sich am Sonnabend an den **Kundgebungen** in Châlons-sur-Saône beteiligt hatten, wurden zu **Gefängnisstrafen** von 1 bis 6 Monaten verurteilt. Gegenwärtig herrscht sowohl in Châlons, wie in Monceau-les-Mines Ruhe.

Brüssel, 18. Februar. (W. T. B.) Wie sich herausstellt, war der dem deutschen Gesandten Dr. **Leyds gestohlene Koffer** von dessen Tochter aus dem Haag abgesandt und enthielt Wäsche, Kleidungsstücke und Schmucksachen. Der Koffer ist inzwischen in einem Kanal wieder aufgefischt worden; von dem Inhalt waren nur noch Taschentücher und ein Kästchen mit der Aufschrift „Pretoria“ vorhanden.

Rom, 18. Februar. (W. H.) Hier hat sich der Maler Freiherr **v. Pidoll** erschossen.

Verantwortl. Redacteur: Wilhelm Schröder in Wilmersdorf. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 18. Februar 1901, 11 Uhr.

Die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel **Polizeiverwaltung in Berlin,** Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf.

Abg. **v. Eynern** (natl.)

wünscht, daß in künftigen Etats die Beiträge der einzelnen Gemeinden zu königlichen Polizeiverwaltungen specialisiert aufgeführt werden, damit man sehen könne, wie viel die einzelnen Gemeinden im Verhältnis zur Gemeinde Berlin durch die Polizei belastet sind.

Abg. **Nölle**

verlangt **Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnen** zur Verhütung von Unfällen und eine Regelung des Automobil- und Radfahrverkehrs im Interesse der die Straßenbahnen benützenden Passanten. Er bittet den Minister, auf die möglichste Ausdehnung des Systems der Hoch- und Untergrundbahnen hinzuwirken.

Minister Freiherr **von Rheinbaben**

sagt dem Abg. v. Eynern die Erfüllung seines Wunsches zu. Der Bau von Hoch- und Unterpflasterbahnen stelle sich zur Entlastung der Straßenbahnen in immer steigenderem Maße als notwendig heraus.

Abg. **Reichardt** (natl.)

bittet um Vermehrung des Polizeidienstes auf den Straßen Berlins im Interesse der besseren Regelung des Verkehrs.

Abg. **Brömel** (frs. Vg.)

erörtert die Berliner Schutzmannschaftsverhältnisse. Er beschwert sich darüber, daß die Schutzleute noch nicht höflich genug gegen das Publikum seien, viele Schutzleute schnauzten die Leute an. Die Schutzleute seien auch zu stark überlastet, ihre Dienststunden müßten verringert werden.

Minister Frhr. **v. Rheinbaben**

giebt zu, daß die Regelung des Verkehrs zu wünschen übrig läßt, namentlich gegenüber Paris und London. Beide Städte hätten aber keine Straßenbahnen im Centrum der Stadt und die Londoner und Pariser Kutscher führen besser als die Berliner. Die Beschwerden des Abg. Brömel über die Unfähigkeit der Berliner Schutzleute seien wohl nicht begründet, dagegen sei die Ueberlastung der Schutzleute Thatsache.

Abg. **Kreitling** (frs. Vp.):

Die Berliner Stadtverwaltung ist bemüht, die Hauptstraßen dadurch zu entlasten, daß sie den Verkehr in die Nebenstraßen zu lenken sucht. Er bitte den Minister, die Stadt darin zu unterstützen. Daß die Schutzleute in Berlin oft unhöflich sind, ist Thatsache, das liegt vielleicht daran, daß sie selbst sehr hart gerüffelt werden. Redner befürwortet höhere Gehälter und Besserung der Pensionsverhältnisse für die Schutzleute.

Abg. Dr. **Arendt** (frk.):

tadelt die geringe Höhe des Wohnungsgeld-Zuschusses — 540 M. — für die Berliner Kriminalkommissare. Eine Dezentralisation der Polizei würde die Sicherheit in Berlin bedeutend erhöhen. Die Kriminalkommissare dürften nicht Bureaumenschen werden.

Abg. **Goldschmidt** (frs. Vp.):

Der Prozeß Thiel hat bewiesen, daß dieser Kriminalkommissar auf den Weg des Verbrechens gedrängt worden ist, weil er aus den Schulden der „schönen Lieutenantszeit" nicht herausgekommen ist. Es muß deshalb gefordert werden, daß die Qualifikation zum Kriminalkommissar nicht von der Eigenschaft, Reservelieutenant zu sein, abhängig gemacht wird. Die Prämienwirtschaft muß beseitigt werden, denn sie dient nur zur Förderung des Streberthums. Der Beamte kann gar nicht wagen, seine Schulden zu offenbaren, denn er muß fürchten, seine Stellung zu verlieren. Die Regierung sollte erwägen, ob es nicht möglich ist, die Kriminalkommissare so zu stellen, wie die höheren Subalternbeamten in den Ministerien. Ihre Verantwortung ist ja viel größer, als die dieser Subalternbeamten.

Abg. **Brömel** (frs. Vg.):

So wie die Stellung des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer sich verbessert hat, so muß auch die Stellung des unteren Beamten zu seinem Vorgesetzten sich heben, der Verkehrston muß höflicher werden.

Abg. **v. Kardorff** (freik.)

wirft die Frage auf, ob sich die Beschleunigung des Verkehrs durch die elektrischen Straßenbahnen lohnt und ob sie die Hunderte von Menschenleben aufwiegt, die jährlich durch die elektrische Straßenbahn ihr Leben verlieren. Die Beschleunigung des Verkehrs ließe sich auch durch rasche Omnibusse erzielen.

Minister **v. Rheinbaben**

verteidigt seinen Erlaß über die Berliner Kriminalkommissare. Die Bezüge der Schutzleute seien um 90 M. erhöht und außerdem stände ein Fonds zur Unterstützung derjenigen Kriminalkommissare bereit, die ohne ihr Verschulden in Schulden gerieten. Die Feststellungen im **Prozeß Sternberg seien der schwerste Schlag gegen das Ansehen der Kriminalpolizei gewesen, das ganze Beamtentum sei kompromittiert worden,** und diesem Ansehen sei er schuldig gewesen, jenen Erlaß zu geben. Schwer habe er darunter gelitten, daß diese beiden Vorkommnisse der ganzen Organisation zur Last gelegt worden wären. Es sei seine Pflicht gewesen, die räudigen Schafe zu eliminieren. — Die von dem Abg. v. Kardorff angeregte Frage ist sehr ernst. Die Gesamtzahl der Unglücksfälle am Straßenbahn-Verkehr betrug 1899: **2641,** 1900: **2652,** ist also nur ganz wenig gestiegen. Dagegen hat sich die Art der Unfälle verschoben. Unfälle beim Auf- und Absteigen machten 1899: 58 Proz. aller Unfälle aus. 1900 gingen sie auf 44 Prozent zurück, weil infolge des schnellen Fahrens der elektrischen Bahnen der Unfug des Auf- und Absteigens in voller Fahrt nachgelassen hat. Dagegen hat die Zahl der überfahrenen Straßenpassanten außerordentlich zugenommen und zwar von 466 auf 561; ebenso sind die Unfälle, die durch Zusammenstöße entstanden sind, sehr gestiegen. Das bedauerlichste ist aber, daß die schweren Unfälle sich vermehrt haben. Getötet wurden 1899: 15 Personen, und 1900: 26 Personen, schwer verletzt 1899: 106, 1900: 134 Personen. Zum Teil erklärt sich das Steigen der Unfallziffer daraus, daß das Publikum sich noch nicht an den elektrischen Betrieb gewöhnt hat. Die Behörden haben natürlich die Pflicht, alles zu thun, um die schwere Gefahr nach Möglichkeit einzuschränken. Die Polizeibehörde hat gemeinschaftlich mit der Eisenbahndirektion beständig dafür gesorgt, die Betriebsmittel der Straßenbahn zu verbessern. Vor allen Dingen sind die Bremsen verbessert worden. Die Betriebsmittel werden ständig kontrolliert. Die Straßenbahn-Verwaltung ist verpflichtet worden, auf allen Bahnhöfen besondere Kontrollbeamte anzustellen. Der Betriebsdienst der Fahrer wird besonders überwacht. Ein Fahrer wird zunächst praktisch durch einen Lehrfahrer unterrichtet, dann muß er zwei Examen bestehen und auch dann wird ihm ein besetzter Wagen nur unter Begleitung eines erfahrenen Fahrers anvertraut. Weitere technische und polizeiliche Maßregeln sind in der Vorbereitung. Technisch wichtig ist die Erfindung einer Schutzvorrichtung zwischen Treppe und Rädern und zwischen dem Motorwagen und dem Anhängewagen. Das wichtigste zum Schutz der Menschenleben ist eine Fangvorrichtung am Vorderperron. Leider ist es noch nicht gelungen, ein einwandfreies System zu erfinden. Statt den Menschen zu fangen, fallen die Apparate auf ihn herauf und verursachen so selbst schwere Unfälle. Wir haben gemeinsam mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten eingehende Versuche vorgenommen und stundenlang auf den Bahnhöfen der Straßenbahngesellschaft mit einer Puppe experimentiert. Der Gesellschaft ist aufgegeben, einstweilen die Schutzvorrichtung an bestimmten Wagen anzubringen und zu erproben. Notwendig ist es weiter, die Geschwindigkeit der elektrischen Wagen einzuschränken, besonders in den Außenbezirken, wo die Kinder auf den Straßen spielen. Bisher war die Fahrgeschwindigkeit für die ganze Linie einheitlich geregelt. Das ist falsch. Für jede einzelne Straße soll jetzt die Fahrgeschwindigkeit festgestellt werden. Wir erwarten hierüber Vorschläge von der Gesellschaft, die mit der Ausarbeitung eines neuen Fahrplans beschäftigt ist. Wie soll diese Geschwindigkeit nun kontrolliert werden? Die die Fahrgeschwindigkeit selbständig registrierenden Apparate haben sich bei der Eisenbahn nicht bewährt. Bei den Straßenbahnen würden sie sich wegen des Schwankens der Wagen noch weniger bewähren. Es ist aber möglich, einfachere Apparate zu erfinden, die Glockenzeichen geben, daß die bestimmte Geschwindigkeit überschritten wird. Dadurch wird der Fahrer aufmerksam gemacht, aber auch das Publikum, das die Fahrer dann wegen Ueberschreitung der Geschwindigkeit zur Anzeige bringen kann. Auf dem Wege der **Polizeiverordnung** soll zunächst ein **Verbot erlassen** werden, das das **Auf- und Absteigen in rascher Fahrt verbietet,** weiter sollen polizeiliche Vorschriften über das Anziehen der Bremse erlassen werden. An den verkehrsreichen Strecken sind Schutzmannsposten aufgestellt worden, um das Publikum vor den elektrischen Wagen zu schützen. Der Dienst funktioniert noch nicht ganz, aber es ist doch schon besser geworden. Schon oft habe ich mit Freude bemerkt, daß Schutzleute Frauen und Kinder über die Straße geleiteten. Weiter sollen die überlasteten Straßen, vor allem die Leipzigerstraße dadurch entlastet werde, daß einzelne Linien durch Nebenstraßen gelegt werden. Hierüber sind die Verhandlungen noch im Gange. Der Polizeipräsident hat weiter eine Vorlage ausgearbeitet, **um den Last- und Fuhrverkehr in der Leipzigerstraße auf bestimmte Stunden zu beschränken.** Der Magistrat hat im Interesse der Ladeninhaber hiergegen Bedenken erhoben, die noch nicht beseitigt sind. Ich halte es aber durchaus für angezeigt, den Lastwagen-Verkehr in der Leipzigerstraße auf bestimmte Stunden zu verlegen.

Abg. **Goldschmidt** (frs. Vp.):

Wir hatten die Absicht, die Frage der Unfälle im Berliner Straßenverkehr beim Eisenbahn-Etat zur Sprache zu bringen, da wir glauben, daß die Begünstigung der Großen Straßenbahn-Gesellschaft durch den Minister ihr jene rücksichtslose Sicherheit gegeben hat, der die Unfälle mit zuzuschreiben sind. Wir behalten uns vor, wenn uns der Eisenbahnminister gegenüber steht, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Damit schließt die Debatte.

Der Titel wird bewilligt, ebenso die folgenden.

Abg. **Kopsch** (frs. Vp.)

drückt den Wunsch aus, daß die Wohlfahrtspolizei in die Hände der städtischen Behörden gelegt werde.

Abg. Dr. **Langerhans** (frs. Vp.):

Die Errichtung eines Gesundheitsamts für Berlin hat sich als notwendig herausgestellt. Die Stadt gehe jetzt an die Errichtung desselben und er bitte den Minister um Wohlwollen seitens der Regierung.

Abg. **Sänger** (frs. Vp.)

bemängelt es, daß die Polizeikommissare in den großen Provinzialstädten wie Frankfurt a. M. schlechter besoldet werden, als die Polizeikommissare und -Lieutenants in Berlin.

Auch die Wohnungsverhältnisse in Frankfurt seien teuer und schlecht. Den Beamten müssen Ortszulagen gewährt werden. Der Minister sollte durch eine andre Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses Remedur eintreten lassen. Die schlechte Besoldung der Beamten hat zur Folge, daß sich viel minderwertige Elemente in die Schutzmannschaft eindrängen. Redner bemängelt des weiteren die Ueberwachung auch der harmlosesten Festlichkeiten und Vorträge durch die Polizei. Dadurch gehe viel Arbeitskraft, die nützlicheren und besseren Zwecken zu gute kommen könnte, verloren. Eine besonders große Parteilichkeit entwickele die Polizei in Frankfurt a. M. bei der Genehmigung von Verlängerungen der Polizeistunde. Man nehme sich an Offenbach und Mainz ein Beispiel, wo die Polizeistunde vollständig aufgehoben sei. Der Staat gehe dort auch nicht zu Grunde deshalb und die Unmäßigkeit nehme dort auch nicht zu. Diese Parteilichkeit fördere nur die Socialdemokratie, und wenn bei den nächsten Wahlen in Frankfurt a. M. die socialdemokratischen Stimmen wieder wachsen, so trage die Polizei die Hauptschuld daran. (Beifall links.)

Minister Freihert **v. Rheinbaben**

erwidert, diejenigen, die sich beschwert fühlen, mögen den Instanzenweg einschlagen. Sind die Beschwerden berechtigt, dann werde ich Remedur eintreten lassen. Ich glaube aber dem Hause einen Gefallen zu thun, wenn ich auf Einzelheiten nicht eingehe.

Abg. **Brömel** (freis. Vgg.)

beantragt, für eine Erhöhung des Wohnungsgeld-Zuschusses und des Stellenzulage-Fonds für die Wachtmeister und Mannschaften der Schutzmannschaft zu sorgen.

Abg. **Gamp** (fk.)

beantragt, für die Oberwachtmeister und Gendarmen Dienstwohnungen nebst Stallung herzustellen oder zu mieten und ihren Stellenzulage-Fonds wesentlich zu erhöhen.

Minister **v. Rheinbaben:**

Der Minister des Innern, der kein Wohlwollen für die Gendarmen hätte, würde sein Amt schlecht verstehen. **Es giebt wohl keine Beamtenkategorie, die die Autorität des Staats in so verdienstvoller Weise vertritt, wie der Gendarm.** (Heiterkeit links.) Diese Beamtenkategorie in ihrer Integrität und ihrer fast beispiellosen Pflichttreue zu erhalten, muß eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung sein. Wir thun deshalb auch das mögliche. Auch die Bewilligung der Stellenzulagen wollen wir wohlwollend prüfen.

Ein Kommissar der Finanzverwaltung hat Bedenken gegen die Stellenzulagen.

Die Beratung wird auf Montagabend 1/2 8 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/4 Uhr.

Unterm neuesten Kurs.

Januar.

3. **Berlin.** Der Töpfer David wegen Beleidigung eines Töpfermeisters 300 M. Geldstrafe. — Die Sattler Beyer und Gündel je 50 M. und Reisel 75 M. Geldstrafe wegen Nötigung.
„ **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Haupt wegen Majestätsbeleidigung 6 Monate Gefängnis.
„ **Halberstadt.** 3 Monate Gefängnis Genosse Mathies-Elbingerode wegen Beleidigung eines Steinbruchbesitzers.
4. **Stettin.** Wegen 2 Beleidigungen Genosse Faber 300 M. Geldstrafe.
7. **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Wabersky, Hamburg, wegen Richterbeleidigung 50 M. Geldstrafe. — Und Genosse Dittmann, Bremerhafen, wegen Beleidigung eines Polizeibeamten 300 M. Geldstrafe — dito Genosse Stücklen-Altenburg wegen Beleidigung der Altenburger Staatsregierung 14 Tage Gefängnis.
8. **Berlin.** Genosse John wegen Beleidigung eines Polizeibeamten 4 Monate Gefängnis.
9. **Offenbach.** 3 Monate Gefängnis Genosse Zielowski, Frankfurt a. M., wegen Beleidigung eines Stationsvorstehers.
12. **Magdeburg.** Wegen Beleidigung eines Staatsanwalts Genosse Haupt 1 Monat Gefängnis.
14. **Finstertwalde.** Genosse Jahn-Berlin 14 Tage Gefängnis wegen Beleidigung eines Bürgermeisters.
16. **Göttingen.** 6 Metallarbeiter aus Osterode je 1 Woche Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
17. **Berlin.** Der Tischler Köhler wegen Nötigung 50 Mark Geldstrafe.
18. **Dessau.** 300 M. Geldstrafe Genosse Günther wegen Beleidigung von Mitgliedern des Kriegervereins.
19. **Leipzig.** Wegen Beleidigung eines Streikbrechers der Töpfer Riemer 40 M. Geldstrafe.
„ **Hildesheim.** Zwei Bauarbeiter aus Peine wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung je 4 Monate Gefängnis.
21. **Brandenburg a. H.** Genosse Thiele 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Redacteurs.
22. **Solingen.** Schriftsetzer Weidezahl-Wald wegen Verrufserklärung 1 Woche Gefängnis.
22. **Brandenburg.** 4 Wochen Gefängnis Genosse Thiele wegen Beleidigung eines Fabrikanten.
„ **Hannover.** Wegen Zeugnisverweigerung Genosse Thielhorn 100 Mark Geldstrafe.
23. **Breslau.** Genosse Kaul 10 Mark Geldstrafe und Genosse Neukirch 1 Monat Gefängnis wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten.
24. **Erfurt.** 3 Wochen Haft Genosse Gillen wegen Beleidigung eines Fabrikanten.
25. **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Hennig, früher Königsberg, 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Geistlichen. — Desgleichen Genosse Wolf-Bochum wegen Beleidigung 9 Monate Gefängnis.
26. **Hamburg.** Drei Werftarbeiter 3 bezw. 2 Monate resp. 2 Wochen Gefängnis wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung begangen an Streikbrechern.
„ **Bielefeld.** Genosse Zenker 3 Wochen Gefängnis wegen Beleidigung eines Polizeibeamten.
31. **Kiel.** In der Berufungsinstanz Genosse Lütjens wegen zwei Beleidigungen 200 M. Geldstrafe.
„ **Lübeck.** Zwei Bauarbeiter je 4 Monate Gefängnis wegen Sachbeschädigung.

Insgesamt wurde erkannt auf 4 Jahre und 8 Wochen Gefängnis- und 1975 M. Geldstrafe.

Berlin, den 8. Februar 1901.

Der Parteivorstand.

Mordprozeß Neumann.

Erster Tag.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begannen gestern unter starkem Andrang des Publikums die Verhandlungen gegen den vermeintlichen Mörder der 78 Jahre alten ehemaligen Lehrerin Fräulein Medenwaldt. Auf der Anklagebank hatten Platz zu nehmen: 1. Der Arbeiter Paul Georg Neumann, geboren zu Danzig am 18. März 1873, evangelisch, bestraft im Jahre 1897 wegen versuchten schweren Diebstahls und Führung falschen Namens mit einem Jahre Gefängnis und einer Woche Haft, ferner am 16. August 1900 wegen wiederholten schweren Diebstals mit 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust; 2. der Arbeiter Emil Bober, 1872 zu Bittersdorf, Kreis Pleschen geboren, vorbestraft 1894 wegen versuchten schweren Diebstahls mit drei Wochen Gefängnis und am 16. August 1900 wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei mit zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Neumann steht unter der Anklage des Mords und schweren Raubs, Bober unter der Anklage der Begünstigung.

Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichts-Direktor Rösler, die Anklage vertritt Staatsanwalt Reiß, die Verteidigung führen die Rechtsanwalte Dr. Schwindt und Dr. Mendel für Neumann, Rechtsanwalt Wronker und Referendar Ruhm für Bober.

Die frühere Lehrerin Emilie Medenwaldt wohnte anfangs 1900 im Hause Birkenstr. 42, erstes Stockwerk, linke Hälfte. Am 11. April 1900 fand man die Greisin tot in ihrer Wohnung auf. Der Kopf lag in einer großen Blutlache. Die Röcke waren bis über die Waden hochgezogen. Blutspritzen fanden sich in großer Anzahl an den verschiedensten Stellen des Zimmers, ferner auf dem Sopha, auf einer daselbst liegenden Bettdecke, an den auf dem Sophatisch liegenden Papieren, endlich in großer Zahl an dem zwischen den Fenstern stehenden Spiegel, an den Fenstergardinen und der Fensterwand. Aus dem Schreibtisch waren alle Schubfächer herausgezogen und zum Teil verkehrt aufgestellt, das Vertikospind stand offen, und in beiden Möbelstücken war der Inhalt von oben bis unten durchwühlt. Dieser, aus Papieren, Zeitungen und Büchern bestehend, war in der größten Unordnung auf dem Fußboden umhergestreut. Zwischen den Papieren versteckt fand man noch in einem Umschlage zwei Hundertmarkscheine, ferner in der untersten von drei in einander gesteckten Düten ein Zwanzigmarkstück. Solche Düten in den verschiedensten Farben wurden aufgerissen und leer auf dem Fußboden vorgefunden. Es wird angenommen, daß auch in diesen Düten Geld vorhanden war, denn die alte Frau pflegte ihre Spargroschen in dieser Weise aufzubewahren. Ferner wurden 9 blutbesleckte Brotbeutel sowie altes Zeitungspapier vorgefunden, auf dem Schreibtisch und dem Klavier lag je ein leeres Portemonnaie. Die Schränke im Nebenzimmer standen offen, doch hingen die Kleider in bester Ordnung darin. Die Leiche der offenbar Ermordeten zeigte am Gesicht, an der Stirn, am Ohr, an der Nase, der Oberlippe, den Händen usw., sehr zahlreiche Verletzungen, von denen ein Teil ersichtlich auf Schläge mit einem Hammer zurückzuführen, ein andrer Teil auf die Einwirkung eines Messers zurückzuführen war. Wann der Mord verübt worden, ist mit voller Sicherheit nicht festzustellen. Da aber die Ermordete am Dienstag, den 10. April, um 7 1/2 Uhr morgens dem kleinen Mädchen, welches ihr täglich die Backware brachte, diese noch abgenommen und ihr noch einen Brief mit einem Ostergruß an ihre Schwester zur Besorgung mit gegeben hatte, da ferner demselben kleinen Mädchen, als es zur Besorgung der Nachmittagsgänge um 1 1/2 Uhr wiederkam trotz vielfachen Klingens nicht mehr geöffnet wurde und am folgenden Morgen, 11. April, der Frühstücksbeutel an die Flurthür gehängt werden mußte, weil wiederum nicht geöffnet wurde, so ist anzunehmen, daß der Mord um die Mittagszeit des 10. April ausgeführt worden ist. Damit stimmen die Wahrnehmungen zweier Hausbewohnerinnen überein, welche zwischen 12 1/2 und 12 3/4 Uhr aus einem unteren Stockwerk ein gedämpftes klägliches Aufschreien gehört haben wollen.

Neumann steht nun unter der schweren Beschuldigung, die Blutthat verübt zu haben und zwar unter Begünstigung durch den Angekl. Bober, bei welchem einige Gegenstände gefunden worden sind, die der Ermordeten gehört haben sollen.

Der Hauptangeklagte,

der seine eignen Kleider trägt, ist von mittelgroßer schmächtiger Figur mit glattgescheiteltem Haupthaar und kleinem, aufwärts gehenden blonden Schnurrbart. Er hat keine sogenannte Verbrecherphysiognomie, sondern macht in seiner zierlichen Gestalt einen recht harmlosen Eindruck. Das letztere gilt auch von dem zweiten Angeklagten.

Die Zahl der aufgerufenen Zeugen beträgt 104.

Als Sachverständige sind Sanitätsrat Dr. Mittenzweig, Gerichtsphysikus Dr. Störmer, Gerichtschemiker Dr. Jeserich, Uhrmacher Emil Kramm und Goldarbeiter Johannes Hothorn

zur Stelle. In der Loge wohnt Landgerichts-Präsident Braun der Verhandlung bei.

Bei der ersten allgemeinen Befragung giebt Angeklagter Bober zu, daß er, abgesehen von der zweijährigen Zuchthausstrafe kürzlich in der Sache Dude und Genossen wegen Münzverbrechens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und diese Strafe in eine Zusatz-Zuchthausstrafe umgewandelt worden ist. Der Angeklagte Neumann, der gleichfalls in der Sache Dude angeklagt war, ist damals freigesprochen worden.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich Neumann der Ermordung der früheren Lehrerin Medenwaldt schuldig bekenne, antwortet dieser mit lauter Stimme: Nein!

Der Vorsitzende läßt zunächst das am 16. August v. J. gegen die beiden Angeklagten ergangene Urteil verlesen und ersucht die Geschworenen, recht genau aufzumerken, da die Art und Weise, in welcher der Angekl. Neumann die betreffenden Diebstähle ausgeführt hat, als wesentliches Belastungsmoment in dieser Anklagesache verwertet wird. Er ist damals zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er in der Zeit vom 12. Januar bis 15. Mai in zehn Fällen Einbrüche bei allein stehenden Damen, meistens Lehrerinnen, verübt hat. Diese Einbrüche fanden gewöhnlich Vormittags statt.

Die Anklagebehörde weist auf die Gleichartigkeit der bei diesen Einbrüchen beobachteten begleitenden Umstände mit dem Medenwaldtschen Fall hin und daß die Hälfte der begangenen Diebstähle in Moabit ausgeführt worden sind. — Rechtsanwalt Dr. Mendel weist darauf hin, daß die Verteidigung aus letztem Umstand zu entgegengesetztem Schluß komme. Diese Diebstähle in Moabit fallen zeitlich nach dem Mord und nach Ansicht der Verteidigung würde der Angeklagte, wenn er der Mörder wäre, sich gehütet haben, noch in Moabit zu „arbeiten". — Auf Vorhalt des Vorsitzenden giebt Angeklagter Neumann zu, daß er bei seiner Verhaftung versucht habe, einen Zettel zu verschlucken. Auf demselben haben die Namen zahlreicher einzelstehender Lehrerinnen gestanden, die er sich aus dem Adreßbuch herausgezogen habe. Die Diebstähle habe er in der Zeit von 9—12 Uhr vormittags, aber nie später, vorgenommen, weil er annehmen konnte, daß die Lehrerinnen innerhalb dieser Zeit in der Schule weilten.

Weiteres Verdachtsmoment ist die Behauptung, daß Neumann zweimal unter verdächtigen Umständen in der Birkenstraße gesehen worden ist. Etwa 14 Tage vor der That soll er einmal bei der Medenwaldt geklingelt haben und die dort weilende Zeugin Seeger soll, als sie beim Oeffnen einen fremden Mann vor der Thür stehen sah, ihm schleunigst zehn Pfennig gereicht und die Thür zugeschlagen haben. Der Angeklagte bestreitet, dieser Mann gewesen zu sein.

Das Haus Birkenstr. 42 bildet das Eckhaus zur Bredowstraße. Am Tage der That soll er in dem benachbarten Hause der Bredowstraße gesehen worden sein. Er soll dort geklingelt und nach einer Nähmaschine gefragt haben. Er wird von den betreffenden Personen, die ihm geöffnet hatten, mit aller Sicherheit wieder erkannt, bestreitet aber auch hier entschieden, der betreffende Mann gewesen zu sein. Rechtsanwalt Dr. Mendel behauptet, daß die lokale Zusammengehörigkeit der beiden Häuser in der Anklage nicht zutreffend beschrieben worden sei und giebt seinerseits eine Beschreibung der örtlichen Verhältnisse. — Präs.: Angeklagter Neumann, trifft dies zu? — Vert.: Das kann der Angeklagte ja nicht wissen. (Heiterkeit, in welche auch der Angeklagte einstimmt.) — Präs.: Lassen Sie nur den Angeklagten allein antworten!

Ein sehr schweres belastendes Moment ist, daß verschiedene Gegenstände bei Bober vorgefunden sind, die nach der Bekundung der Zeugin Seeger Eigentum der Medenwaldt gewesen sind. Neumann hat in dem Diebstahlsprozeß zugegeben, daß er die meisten der gestohlenen Gegenstände zu Bober gebracht hat. Bober hat über den Erwerb dieser Gegenstände Angaben gemacht, die von der Anklage als falsch angenommen werden. Wird bewiesen, daß diese Gegenstände der Medenwaldt gehörten und daß sie von Neumann dorthin gebracht worden, so ergiebt sich als Schlußfolgerung, daß Neumann der Thäter sein müßte. Gefunden wurden bei der Bober sechs Gegenstände: ein Holzkästchen mit Beschlag, ein Siegelring mit grünem Stein, ein Damenring mit blauem Stein, ein Ring mit Similistein, ein Portemonnaie und eine Visitenkartentasche. — Der Angeklagte giebt nur zu, einen Ring mit grünem Stein einmal an Bober geschenkt zu haben, dieser stamme aber nicht von der Medenwaldt her, sondern von einem Einbruch bei der Lehrerin Wormann. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er bei seinen ersten Vernehmungen von dem Ring überhaupt nichts wissen wollte und erst nachträglich, nachdem Bober ausgesagt, daß er den Ring von Neumann erhalten, mit seiner heute wiederholten Erklärung hervorgetreten sei. Bober hat, wie der Vorsitzende bei dieser Gelegenheit erwähnt, durch seine Arbeitskarte nachgewiesen, daß er an dem Morde nicht beteiligt gewesen sein kann.

Staatsanwalt Reitz betont, daß der Angeklagte zugegebenermaßen seine Einbrüche nicht bloß bei Lehrerinnen, sondern auch bei anderen alleinstehenden Frauen verübt hat. Es werden noch andere Fälle zur Aburteilung gelangen, die noch nicht Gegenstand gerichtlicher Verhandlung geworden sind; in diesen Fällen hat der Angeklagte Einbrüche bei Personen versucht, die nicht Lehrerinnen waren. — Der Angeklagte erwidert, daß er sich die Adressen von Lehrerinnen, Buchhalterinnen und solcher weiblicher Personen aufgeschrieben habe, von denen er annehmen konnte, daß sie vormittags nicht zu Hause waren. Er sei niemals im Hause Birkenstraße 42 oder Bredowstraße gewesen, um nach Nähmaschinen zu fragen, er sei immer nur nach den Adressen gegangen, die er sich aufgeschrieben habe. Zur Zeit des Mords sei er halsleidend gewesen und erinnere sich, daß seine Mutter ihm gesagt habe: an den Säulen stehe schon wieder die Bekanntmachung von einem Morde. Wo er sich am 10. April befunden, könne er nicht mehr angeben, jedenfalls müsse sich der Zeuge Abel, der ihn am 10. April mit aller Bestimmtheit im Hause Bredowstraße gesehen haben will, irren. Der Angeklagte hatte anfänglich versucht, sein Alibi durch die Behauptung nachzuweisen, daß er am 10. April zu Hause bettlägerig war, diese Behauptung ist aber von der Mutter und der Schwester des Angeklagten nicht bestätigt worden. Bezüglich des krokodilledernen Portemonnaies, welches bei Bober vorgefunden wurde und nach der Behauptung der Zeugin Seeger Eigentum der Medenwaldt gewesen ist, erklärt Neumann, daß Bober es nicht von ihm erhalten habe. Angeklagter Bober behauptet auf Befragen, daß er dies Portemonnaie „schon 5 Jahre" in eignem Gebrauch gehabt habe. Ein Geschworner macht darauf aufmerksam, daß das Portemonnaie keineswegs so aussehe. Angeklagter Bober: Ich habe es bloß Sonntags getragen! (Heiterkeit.) — Bezüglich des Rings mit grünem Stein beibt der Angeklagte Neumann dabei, daß er glaube, ihn bei der Wormann gestohlen zu haben; er habe ihn schon vor Weihnachten 1899 an Bober gegeben.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung stellte der Vorsitzende fest, daß die Lehrerin Wormann behauptet hat, daß sie den Ring mit grünem Stein, den Neumann bei ihr gestohlen haben will, nie besessen hat. Ferner wird festgestellt, daß die Adresse der Medenwaldt wohl im Wohnungsanzeiger vom Jahre 1899, aber nicht in dem vom Jahre 1900 aufgeführt ist. Auf Anregung des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, muß der Angeklagte über seinen bisherigen Lebenslauf Angaben machen. Danach ist sein Vater Postunterbeamter in Danzig gewesen. Derselbe hat durch Selbstmord geendet, als der Angeklagte 9 Jahre alt war. Man brachte den Knaben in das Militär-Waisenhaus zu Potsdam, wo er verblieb, bis er zum Postdienst überging. Da er das Unglück hatte, einen Armbruch zu erleiden, so wurde dadurch nicht nur seine Anstellung verhindert, sondern es erfolgte seine Entlassung. Nun wandte er sich dem Telephondienst zu, wobei er mit Kabellegen beschäftigt wurde. In den letzten Jahren hat er dadurch seinen Unterhalt zu verschaffen versucht, daß er Aufträge für elektrische Anlagen, Klingeln usw. einholte. Im Herbst 1899 will er durch Arbeitslosigkeit in Not geraten sein und dadurch auf den Gedanken gekommen sein, bei alleinwohnenden Damen Einbruchsdiebstähle auszuführen. Damit ist die Vernehmung des Angeklagten Neumann beendet.

Hieran reiht sich die

Vernehmung des Angeklagten Bober.

Er ist beschuldigt, dem Angekl. Neumann nach Begehung der Strafthat wissentlich Beistand geleistet zu haben, um ihm die Früchte seines Verbrechens zu sichern oder ihn der Bestrafung zu entziehen. Die Begünstigung wird darin gefunden, daß er geleugnet hatte, die bei ihm beschlagnahmten verdächtigen Sachen von Neumann erhalten zu haben. Er behauptet, daß er einen Ring mit blauem Stein, der bei ihm vorgefunden worden, im Sommer 1899 von der als Zeugin geladenen Bertha Görisch geschenkt erhalten habe. Der Ring habe erst einen roten Stein gehabt, diesen habe er eines Tags verloren und auf seinen Wunsch habe ihm dann Frl. Görisch einen blauen Stein einsetzen lassen. Dieser Ring könne unmöglich aus dem Medenwaldtschen Morde herrühren. Die Görisch hat dagegen behauptet, daß der Ring, den sie dem Angeklagten geschenkt, unecht gewesen sei, während der hier in Frage stehende echt ist und der Görisch auch nicht auf den Finger paßt, auf dem sie den verschenkten Ring zu tragen pflegte. Ein Zeuge Schulz hat direkt bestritten, daß der verschenkte Ring mit dem beschlagnahmten Ring identisch sei. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er bei seinen verschiedenen Vernehmungen über den Ring die widersprechendsten Angaben gemacht habe. — Den in Frage stehenden Siegelring mit grünem Stein will er schon vor Weihnachten von Neumann erhalten haben; dieser habe geäußert, daß er den Ring von seiner Mutter geschenkt erhalten habe. Bei seiner ersten Vernehmung hatte Bober behauptet, daß er diesen Ring von einer außerhalb wohnenden Frau zum Geschenk erhalten habe, diese Behauptung ist aber sofort von der betreffenden Frau als unwahr bezeichnet worden. Der Angeklagte hat noch weitere unwahre Angaben über den Erwerb dieses Rings gemacht, bis er dann mit dem Zugeständnis herausrückte, daß er ihn von Neumann gekauft habe. Was die bei ihm beschlagnahmte Visitenkarten-Tasche betrifft, so will er diese schon 14 Jahre besitzen. Er behauptet, daß er seiner Zeit in einem Lederwarengeschäft in der Ritterstraße als Laufbursche thätig war und diese Tasche von dem damaligen Buchhalter geschenkt erhalten habe. Letzterer hat dies in seinen Vernehmungen entschieden bestritten und gesagt: wenn er dem Angeklagten überhaupt eine Visitenkarten-Tasche geschenkt habe, dann wäre es sicher eine minderwertige gewesen; die in der Tasche enthaltene Stickerei sei auch kein altes, sondern ein neueres Muster. Zwei Mädchen, die mit dem Angeklagten in Verkehr gestanden, haben nie eine solche Visitenkarten-Tasche bei dem Angeklagten gesehen, dagegen will sie die Zeugin Seeger bei der Ermordeten gesehen haben. Was den vorgefundenen Ring mit dem Similistein betrifft, der auch Eigentum der Medenwaldt gewesen sein soll, so behauptete der Angeklagte, daß er denselben eines Tags in einem Geschäft der Großen Frankfurterstraße gekauft habe; diese Behauptung ist von mehreren vernommenen Zeugen nicht direkt bestätigt worden, wenn sie auch bei dem Angeklagten einen ähnlichen Similiring gesehen haben, dagegen hat bisher ein Zeuge geradezu bestritten, daß dieser Ring mit dem hier fraglichen identisch sei. Das Holzkästchen will der Angeklagte vor Weihnachten 1899 in der Koppenstraße gekauft haben; diese Behauptung ist von mehreren vernommenen Zeugen nicht widerlegt aber auch nicht direkt bestätigt worden. Ein ähnliches, oder wie eine Zeugin ausgesagt hat, „täuschend" ähnliches Kästchen soll der Angeklagte besessen haben, dagegen soll das Kästchen die ganz bestimmten Merkmale desjenigen zeigen, das im Besitz der Medenwaldt gewesen sein soll.

Präs. (zum Angeklagten Neumann): Sie haben ursprünglich nichts davon gesagt, daß der Ring mit grünem Stein durch Sie in die Hände des Bober gekommen sei, sie haben es sogar bestritten und erst später haben Sie es zugegeben. Das ist doch auffällig. — Angekl.: Herr Präsident, ich habe keine Bücher geführt über die Gegenstände, die ich gestohlen habe. — Präs.: Der Angeklagte Bober hat noch mancherlei angegeben, was darauf hindeutet, daß Sie einen gewaltthätigen Charakter haben. So ist in Ihrer Wohnung ein Schlagring und ein mit Patronen geladener Revolver vorgefunden worden. Wozu hielten Sie sich diese Dinge? — Angekl.: Aus Liebhaberei. — Präs.: Sie sollen auch dem Bober davon erzählt haben, daß Sie bei einem Diebstahl durch eine Frau überrascht worden seien und daß Sie die Frau über den Haufen gehauen haben würden, wenn diese sie nicht laufen gelassen hätte. — Angeklagte Neumann: Das lügt Bober, der mich nur hineinlegen will, weil er auf mein Geständnis hin wegen Hehlerei verurteilt worden ist. Als wir beide in das Untersuchungsgefängnis abgeführt wurden, hat er schon gesagt, er würde mich hineinlegen so tief wie möglich. Er hat mich ja auch in die Falschmünzer-Geschichte hineingezogen und dort bin ich freigesprochen worden. — Präs.: Nach Bobers Aussage sollen Sie auch einmal ihm einen Revolver gezeigt und gesagt haben: Ihnen sei alles gleich, es komme wie es wolle, ins Gefängnis gingen Sie nicht. — Angekl. Neumann: Ich habe ihm nur den Revolver gezeigt. — Präs.: Was wollten Sie denn mit dem Revolver? — Angekl.: Man kann doch eine Waffensammlung haben. — Präs.: Dieser eine Revolver war also Ihre Waffensammlung? — Angekl.: Mehr anzuschaffen erlaubten mir meine Mittel nicht. — Präs.: Ihre eigene Mutter muß Ihnen doch nicht allzuviel zugetraut haben. Nach Bobers Bekundung soll Ihre Mutter gesagt haben: Sie sollten lieber arbeiten und nicht so viel bummeln, Sie würden sich noch schließlich ins Zuchthaus bringen, wenn Sie sich nicht vorher eine Kugel durch den Kopf jagen würden. — Angekl. schweigt. — Präs.: Charakteristisch ist ferner folgendes: Als am Tage nach der That Bober mit Ihnen an einer Anschlagsäule vorbeikam und die Bekanntmachung über den Mord las, hat er zu Ihnen gesagt: „Neuman, den Mord hast Du wohl begangen?" — Angekl. Neumann: Worauf ich ihm sofort erwiderte: „Du bist wohl verrückt." — Präs.: Bober hat aber geantwortet: „Dir traue ich es zu." — Bober erklärt hierzu, daß er dies nur „mehr zum Spaß" gesagt habe. — Angekl. Neumann verweist darauf, daß Bober mit seinen belastenden Bekundungen erst nach seiner Verurteilung wegen Hehlerei hervorgetreten sei und diese Belastungen ein Ausfluß seines Rachegefühls seien. Bober bestreitet dies. Dem gegenüber stellen die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Mendel aus den Akten fest, daß Bober gegen seine Verurteilung wegen Hehlerei den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens — allerdings vergeblich — gemacht und ihn damit begründet habe, daß ihn Neumann fälschlich bezichtigt habe. Bober scheine also sehr animos gegen den Angeklagten Neumann zu sein. — Rechtsanwalt Mendel behält sich vor, etwa 10 Zeugen darüber zu benennen, die bekunden würden, daß die alte Medenwald, die eine sehr wunderliche alte Dame war, keineswegs so leichtsinnig im Oeffnen ihrer Thür war, wie von mancher Seite behauptet werde. Im Gegenteil sei sie außerordentlich mißtrauisch gewesen, es sei nicht anzunehmen, daß sie einen fremden Mann in ihre Wohnung gelassen hätte, viel näher liege es, daß die That von jemand verübt sein könne, der Zutritt zu den Wohnräumen der Frau hatte. Dieser Auffassung hatte auch die Staatsanwaltschaft gehuldigt, als es sich darum handelte, den gegen die Angehörigen der Familie Gluth erhobenen unbegründeten Verdacht zu stützen. Frl. Medenwaldt sei besonders ängstlich gewesen, nachdem die Kaiserin von Oestreich ermordet worden war. — Nachdem der Vorsitzende dem Angeklagten Neumann noch vorgehalten, daß es doch auffallend sei, daß er sich seiner Zeit sofort in 10 Fällen des schweren Diebstahls schuldig bekannt und gegen die 6jährige Zuchthausstrafe Einspruch nicht erhoben habe, wird die Verhandlung auf Dienstag, 9½ Uhr, vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Armen- und Waisenpflege sollen die Frauen jetzt auch in Rixdorf und Britz herangezogen werden. Eine Versammlung der Gemeinde-Waisenräte beider Ortschaften, welche unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Barchewitz stattfand, faßte den Beschluß, unter Hinweis auf die an andren Orten, besonders in Berlin, gemachten guten Erfahrungen, den Rixdorfer Magistrat aufzufordern, Frauen zu den unbesoldeten Kommunalämtern heranzuziehen und mit der Anstellung von Waisenpflegerinnen den Anfang zu machen.

Die Doktorpromotion einer Amerikanerin wurde heute in der Aula der Berliner Universität vollzogen. Es handelt sich um Miß Caroline T. Stewart. Zum ersten Mal traten bei der Promotion Damen an der Berliner Universität als Opponenten auf; es waren die Kandidatinnen Frl. Jane Scherzer und Frl. Mary Montpomery, sowie Frau Dr. Herter. Miß Caroline T. Stewart ist die erste Ausländerin, welche in Berlin den Doktorgrad erworben hat.

Im Verein der Frauen und Mädchen Schönebergs wird Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Klubhause, Hauptstraße 5/6, Herr Dr. Friedeberg über Blutungen und ihre Bedeutung für die menschliche Gesundheit halten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 20. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Junker und Proletarier. — Die landwirtschaftlichen Einfuhrzölle. Von Parvus. — Die socialistische Krise in Frankreich: Die Socialreformen Millerands. Von Rosa Luxemburg. — Rückblick auf die Landtagswahlen in Württemberg. Von Klara Zetkin. (Fortsetzung.) — Der Konflikt in Leipzig. Von Fritz Herbert-Stettin. — Litterarische Rundschau: Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands. Un Universitaire, „L'école et l'église".

Nachruf.

Am Freitag, den 15. d. M., verstarb unser Mitglied Sportsgenosse

Paul Gersdorf

im Alter von 25 Jahren.

Sein Andenken hält in Ehren

Arbeiter-Radfahrerverein Berlin

Der Vorstand. [11/9

Statt jeder besonderen Meldung!

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber, teurer Vater, der Tischler

Lorenz Schmidt

am Freitagabend 10½ Uhr an Gehirnschlag verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde statt.

2699] **Die trauernden Kinder.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. andrer gewerblicher Arbeiter.

Verwaltung Berlin D.

Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied

Lorenz Schmidt, Tischler,

am Freitag, den 15. d. M., plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

182/4 **Die Ortsverwaltung.**

Am 17. ds. Mts. starb unser langjähriger Mitarbeiter

Hermann Arndt

im Alter von 48 Jahren am Herzschlage.

Ehre seinem Andenken.

Das Personal der Firma

Selmar Bayer.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 20. d. M., nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofs, Hermannstraße, aus statt. [2711b

Danksagung.

Allen Freunden und Genossen sage hiermit für die Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau den herzlichsten Dank. [2710b

Der trauernde Gatte **Wilhelm Merker.**

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.

Hiermit bringen wir zur Kenntnis der Beteiligten, daß die in der ordentlichen General-Versammlung vom 16. Dezember v. J. beschlossene **erste Abänderung zum revidierten Statut,** wodurch im § 57 die Worte: „Die Kündigung muß für beide Kontrahenten gleich sein und findet außer den im § 46 Abs. 3 vorliegenden Fällen immer 6 Wochen vor dem Quartalsschlusse statt" **gestrichen** werden, am 1. Februar 1901 die Genehmigung des Bezirks-Ausschusses erhalten hat. 270/17

Vorstehende Aenderung tritt mit dem Tage der Genehmigung in Kraft.

Berlin, den 18. Februar 1901.

Der Vorstand. R. Weisse, Vors.

Familien-Restaurant Wald-Straße 8.

Heute abend: **Großes**

Bockbierfest u. Fastnachtsball,

wozu ich alle werten Freunde und Bekannten freundlichst einlade. Gleichzeitig empfehle mein Lokal für Vereine, Gesellschaften u. Familienfestlichkeiten. Jeden Sonntag: **Familien-Tanzkränzchen.** — 2 Winter-Kegelbahnen noch einige Abende frei.

Karl Fischer.

Radeberger Bock

Bierhaus zum Erlanger,

Oranienstr. 113/114.

Bockorden u. Bockmützen gratis. [8372*

Masken-Garderobe

von 5649*

Carl Ernst,

Köpnickerstr. 126.

Größte Auswahl!

Billigste Preise!

Vorzeiger dieser Annonce erh. 10 Proz. Preisermäßig.

Maschinisten-Anzüge

in allen Grössen.

Anzug 3,00 und 5,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.

Carl Stier,

7852*] **Oranienstr. 166.**

Masken-Garderobe.

Größte Auswahl.

Billigste Preise. [*

Vereine Preisermäßigung.

Fr. Panknin,

Oranienstraße Nr. 178

II. Adalbertstraße 91.

Ecke Oranienstraße.

Konsum-Verein für Schöneberg und Umgegend

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Bilanz

für das 1. Geschäftsjahr vom 26. April bis 30. September 1900.

Aktiva.	Mk.	Passiva.	Mk.
Kassa-Conto	1040,14	Geschäfts-Anteil-Conto	2610,75
Waren Conto	2062,66	Spar-Anteil-Conto	1,—
Inventur-Conto	1247,45	Reservefonds-Conto	24,50
Fuhrlohn-Conto	115,65	Lieferanten-Conto	1849,65
Kaution bei der Gasanstalt	30,—	Gewinn- und Verlust-Conto	—,—
Summa:	4485,90	Summa:	4485,90

Das erste Geschäftsjahr begann mit Eintragung in das Genossenschafts-Register am 26. April 1900; die Eröffnung der 1. Verkaufsstelle erfolgte am 1. Oktober 1900; mithin ein Warenumsatz, und deshalb ein Reingewinn nicht zu verzeichnen.

Mitglieder-Bewegung:

Bestand am 26. April 1900 77
Eingetreten bis 30. September 1900 . . . . 72 = 149
Zum 1. Oktober 1900 gekündigt: 2
Bleibt Bestand: 147

Die Geschäfts-Anteile betrugen am 30. September 1900 . . . . 2610,75 Mk.
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 30. Septbr. 1900 . . 4470,— „

Schöneberg, den 1. November 1900.

Der Vorstand:

Hermann Meiling. Friedrich Masuch. Wilhelm Bäumler. Karl Wollermann. Johannes Grunwaldt.

Vorstehenden Abschluß geprüft und in Ordnung befunden:

Für den Aufsichtsrat: **Hermann Schubert. Hermann Plätrich.**

NB.: Für die 3 Monate Oktober bis Dezember 1900 ergab eine stattgehabte Inventur am 6. Januar 1901, daß 238 Mitglieder (Guthaben 3315,25 Mk.) für 13 559,52 Mk. Ware entnahmen und dadurch ein Gewinn erzielt wurde von 882,50 M.

Weiteren Bericht erhalten die Mitglieder in der am Donnerstag, den 28. Februar bei Obst stattfindenden Mitglieder-Versammlung. Die Mitglieder werden ersucht, die alten Mitgliedsbücher zum Umtausch gegen neue im Geschäftslokal Apostel Paulusstr. 27 abzugeben. — Neu-Aufnahmen werden daselbst entgegen genommen. 98/13

De Vorstand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 19. Februar.

Opernhaus. Der Mikado. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Das schwache Geschlecht. Das Pulverfaß. Der neue Vormund. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Herr Senator. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Flachsmann als Erzieher. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die beiden Leonoren. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frauen von heute. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Das Modell. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Alte Liebe rostet nicht. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Die Goldgräber von Kalifornien. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Bourbonroche. Monsieur Badin. Sein Geldbrief. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Bummelfritze. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung. Die zwölf unverbrennbaren Fakire. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Täglich „D"-Vorstellung. Rosendienstag.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde". Im Hörsaal: Dr. Schwan: Die Gletscher und ihre Thätigkeit. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 6–10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan und Gustav Kadelburg.
Mittwochabend 8 Uhr:
Rosmersholm.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Freiwild.

Central-Theater.
Mit vollständig neuer Ausstattung an an Kostümen und Dekorationen.
Zum 577. male:
Die Geisha.
Mimosa: Mia Werber.
Morgen u. folgende Tage: **Die Geisha.** Sonntagnachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: **Der Vogelhändler.** Briefchristel: Tilly Milani.
In Vorbereitung: **San Toy.** Chinesische Operette von Sidney Jones. Gastspiel Miß Mary Halton.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von Heute.
Gr. Ausstattungsposse m. Ges. u. Tanz.
Herren: Thomas, Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller.
Damen: Milton, Milani, Bojé, Mannovius.
Anfang 7½ Uhr.

Palast-Theater
früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Sensations-Februar-Programm.
8½ Uhr. Präcise! 8½ Uhr.
Kolossaler Erfolg!
Bummelfritze.
Große Posse mit Gesang in 3 Akten.
12 Riesen-Schaunummern.
Neu für Berlin:
Das Ernest-Trio, sensationelle Sport-Hochturner.
Carl Jörgensen mit seiner Galerie berühmter Männer. Unvergleichlich!
Demoiselle Marchetty, einzig dastehende Kraft-Equilibristin.
Anfang: Wochent. 7½, Sonnt. 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Apollo-Theater.
Sensationeller Erfolg!
Ada Colley.
Valentine Petit.
Pepi Glöckner.
Des Löwen Erwachen.
Komische Operette in 1 Akt von J. Brandl.
Ferner **8 Specialitäten.**
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntagnachmittags: **Zauber-Soiree.**
Ben-Ali-Bey. (Halbe Preise).

URANIA ✽ ✽
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Dienstagabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Im Hörsaal:
Dr. Schwahn: Die Gletscher und ihre Thätigkeit.

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung ✽ ✽
Anfang: Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die vier Schwestern
TUA in ihrer Neuheit Ringelrein-Ueberlanz
17 erstklassige Specialitäten 17
Hanny Luxa
die unvergleichliche Tyrolienne-Excentrique
Rosendienstag
Feldwebeltragödie in 1 Akt.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neue aktuelle Serie
lebender Photographien.
Die sensationellen Gruppen
der alten Germanen.
Der schlesische Zecher und der Teufel. Die Bernauer Bierprobe. — Der Rothenburger Meistertrunk.
Im Restaurant: Konzert einer russ. Damenkapelle.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 1. male:
Die
Goldgräber von Kalifornien.
(Mein Kumpan.)
Kalifornisches Volksschauspiel in 4 Akten von Bartley Campbell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Dr. C. Carlotta und Hugo v. Kupffer. In Scene gesetzt von Willy Lang. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr. Kinder-Vorstellung. Max und Moritz. Kleine Preise.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/67.
Heute
Dienstag, 19. Februar:
Abschieds-Vorstellung
Um 7 Uhr 30:
Eine tolle Nacht
Um ¾10 Uhr:
Auftreten der Madame
Yvette Guilbert.
Anf. ½8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Sonnabend, 23. Februar!
Vierter und letzter
Metropol-Theater-Ball.

Cirkus Busch
Dienstag, den 19. Februar 1901, abends 7½ Uhr:
Großer Gala-Sports-Abend.
Ferner: Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton B. Smith.
Heute abend ganz außerordentlich wilde und ungezogene Pferde gemeldet.
Zum Schluß: Zum 84. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Manege-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: **Die Jagd bis in die Cirkuskuppel hinauf.**
Sonntag, 17. Februar, nachmittags 4 Uhr: **„Berliner Landpartien",** wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7½ Uhr: **Die eiserne Maske.**

Passage-Panopticum
und Theater.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Neu! General Boum,
der kleinste Mann der Welt.
Eintritt einschließl. Theater **50 Pf.**

Männer! Lichtenberg. Frauen!
Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
im Lokal von **Höflich** (Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee 120.
Tages-Ordnung:
1. Der geplante Raubzug der Agrarier. 2. Freie Aussprache.
222/3* **Der Vertrauensmann.**

Achtung, Militäreffekten-Sattler!
Dienstag, den 19. Februar, abends 8½ Uhr, bei Spiegelberg, Sebastianstraße Nr. 39:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung: 156/10
Die Antwort der Fabrikanten auf unsre Forderungen und unsre weiteren Maßnahmen.
Die Lohnkommission.

Achtung! Achtung!
Brauerei-Arbeiter!
Das Münchener Brauhaus hat am heutigen Tage den Arbeitsnachweis der ringfreien Brauereien anerkannt.
Agitations-Kommission der Brauerei-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Gewerkschafts-Haus
(gr. Saal)
An der Adalbert-Brücke. **Engel-Ufer 15.** An der Adalbert-Brücke.
Sonnabend, den 23. Februar 1901:
Letzter großer Wiener Masken-Ball
der Berliner Gürtler und Bronzeure.
Um 12 Uhr: Prämiierung der 2 elegantesten **Damen-** und 2 originellsten **Herren-Masken.** — Nachdem: **Kaffee-Pause;** während derselben: **Komische Vorträge.**
Anfang 9 Uhr. [27068] **Das Komitee.**

Vereine, Fabriken!
Zu Sommerfestlichkeiten empfehle mein ca. 20 Morgen großes, an der Oberspree herrlich gelegenes Etablissement [7212*
Schloßpark Wilhelminenhof.
2 große Tanzsäle. Coulante Bedingungen. **Fr. Dolinski.**

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzl. Zahnziehen **1 M.** Plomben 1,50 M. **Teilzahl. wöchentlich 1 M. Alfred Apenburg,** Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9—7. Reparat. sofort. [*

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Heute:
Cavalleria schufticana.
Mittwoch:
Eine Soiree bei Lehmanns.

Deutsche
Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
Täglich grosse Specialitäten-Vorstellung.

Sanssouci
Heute Dienstag, 19. Febr.
Grosse Fastnachts-Ulk-Vorstellung und Ball.
(Kein Maskenball).
Prämiierung d. schönsten Dame. Dieselbe erhält eine goldene Uhr. Sämtliche Herren bilden das Prämiierungskomitee.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Passepartouts u. Vereinsbillets haben Gültigkeit.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.

Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolff, Hohenberg etc. [*
Nachher: **Tanz. W. Trapp.**

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Wogen des Lebens.
Volksstück mit Gesang in vier Akten von L. Treptow und L. Herrmann.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Mittwoch:
Der Rattenfänger von Hameln.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (größere zum Reißen). **Schlachtfedern,** wie sie v. d. Gans fallen, mit **allen Daunen M. 1,50,** füllfertiger Gänserupf M. **2.00,** bessere daunige Waare M. **2,50, 3.00,** beste schneeweiße M. **3,50,** **russische Daunen M. 3,50,** weiße **böhm. Daunen** M. **5.00,** gerissene **Federn** M. **1,50, 2.00, 3,50, Prima gerissene** M. **3.00, 2,50,** Versand gegen Nachnahme. **Gustav Lustig,** **Berlin S.,** Prinzenstraße 46a. **Erste Bettfedernfabrik** m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

Neu eröffnet!
Zum Sportshaus
Ziegenhals b. Zeuthen
Vorortstation der Görlitzer u. Stadtbahn. Idyllisch am Crossin-See beim Zeuthener See gelegen, empfiehlt sich den Vereinen. [808L*
W. Hetzsch.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie **sämtl. Artikel zur Krankenpflege.**
Eigene Werkstatt.
Lieferant [5332*
für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin C.,
30. Linien-Straße 30.

Cirkus Alb. Schumann.
Heute Dienstag, 19. Februar, abends 7½ Uhr: **Grosse Elite-Vorstellung** mit ganz exquisitem Programm, sowie
Internationale Preis-Ringkämpfe.
Heute sehr spannende Kämpfe und zwar: 1. Paar: **Pietro II** (Algier) gegen **Jeurisson** (Brüssel). 2. Paar: **Petersen** (Dänemark) gegen **Sabes II** (Bordeaux). 3. Paar: **Piquesplant** (Narbonne) gegen **Lorange** (Paris). — **Ehren-Schiedsrichter:** Herr **Professor Reinhold Begas.**
Neu! Neu! **Gastspiel der Steppenkönigin!** Neu! Neu!
Auftreten des Direktor **Alb. Schumann** mit seinen großartig dressierten Schul- und Freiheitspferden. — Zum Schluß: Das bis jetzt unerreichte Manegen- und Wasserschaustück **CHINA.** 600 Mitwirkende.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Direktion:
Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten.** **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
Dienstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr:
Versammlung
im Saal der „Urania", Wrangelstr. 10/11.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Politische Rundschau." Referent: Reichstags-Abgeordneter **Albert Südekum-Nürnberg.** 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten. — Gäste haben Zutritt. 243/5
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**
Die Zahlstelle von **Martin,** Naunynstr. 86, ist zu **Grundmann, Naunynstraße 78,** verlegt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin).
Achtung! Parkettbodenleger!
Dienstag, den 19. Februar 1901, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Fritz Zubeil.** 2. Die Arbeitszeit in der Parkettbodenleger-Branche. 3. Branchen-Angelegenheit und Verschiedenes.
Die Vertrauensleute werden ersucht, die Arbeitslosen-Zettel abzuliefern. Die Mitgliedsbücher müssen behufs Abstempelung mitgebracht werden. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Die Kommission.**

Mittwoch, den 20. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Keller, Koppenstraße 29:
Vertrauensmänner-Versammlung
sämtlicher Bezirke und Branchen.
Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Krise und ihre Einwirkung auf unser Gewerbe. 2. Werkstattdifferenzen und Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Vertrauensmännerkarte und Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Kammmacher!
Dienstag, den 19. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Gold, Große Frankfurterstraße 133:
Branchenversammlung der Kammmacher
und aller in der
Kammindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
Warum weigern sich die Kollegen so hartnäckig, der Organisation beizutreten? **Die Kommission.**

Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II. Zimmer 16, Tel. A. 7. 3348.
Am Sonnabend, den 23. Februar d. J., finden
2 Wiener Masken-Bälle
statt und zwar
in **Kellers Festsälen,** Koppenstraße 29,
und im
Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
Anfang abends 9 Uhr in beiden Sälen. Ende früh 6 Uhr.
Demaskierung 12 Uhr.
Die Tanzmusik wird bei Keller von der starken Kapelle des „Neuen Berliner Konzert-Orchesters" unter Leitung des Herrn Rudolph Tietz, im Moabiter Gesellschaftshaus von der stark besetzten Hauskapelle unter Leitung des Herrn Maiß ausgeführt.
Billets a 50 Pf. sind im Bureau, Engel-Ufer 15, in den Zahlstellen und Versammlungen, sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und Bezirksführern zu haben.
Offene Kasse findet nicht statt.
Um regen Besuch bittet
67/2 **Das Komitee.**

Achtung! Schöneberg u. Westen Berlins. Achtung!
Haus- und Geschäftsdiener, Straßenbahner, Transport- u. Kohlenarbeiter sowie Kutscher aller Branchen
Dienstag, den 19. Februar, abends 8½ Uhr:
Grosse Versammlung mit Frauen
im Klubhause (großer Saal), Hauptstraße 5—6.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Frl. Fanny Imle über: „Zweck und Ziele der Gewerkschaften und was haben die Frauen für ein Interesse daran?" 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder sowie Ausgabe der Billets zum Maskenball.
Kollegen: Der interessante Vortrag macht es Euch zur Pflicht, daß Ihr alle Mann erscheint und besonders Eure Frauen und bekannte Kollegen mitbringt. **Die Ortsverwaltung.**

Graveure, Ciseleure
(Filiale Berlin).
Dienstag, den 19. Februar 1901:
Versammlung
im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.
Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn **B. Stenz** über: Vivisektion, eine bisher totgeschwiegene hochwichtige Zeitfrage. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. [74/4] **Der Vorstand.**

Rixdorf.
Socialdemokratischer Wahlverein.
Mittwoch, den 20. Februar, abends 8½ Uhr, in Leukners Festsälen, Bergstraße 152:
Erste Vereins-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Konstituierung des Vereins, Wahl des Vorstands, und Vereinsangelegenheiten. 2. Was für Rechte haben die Arbeiter von den Arbeitgebern zu beanspruchen, und welche Pflichten haben sie ihn gegenüber zu erfüllen, unter Berücksichtigung des Arbeitsverhältnisses in partei- und genossenschaftlichen Betrieben. Referent: Reichstags-Abgeordneter **W. Klees.** — Gäste zahlen 10 Pf. Entree.
232/4 **Der provisorische Vorstand.**

Britz.
Mittwoch, den 20. Februar, abends 8½ Uhr, im Landhaus, Chausseestraße Nr. 97:
Grosse öffentliche Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Erhöhung der Kornzölle und die arbeitende Bevölkerung. Referent Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.** 205/5

Seines hohen gesundheitlichen Wertes wegen

findet Kathreiners Malzkaffee nicht nur im Volke, sondern auch in den höchsten Ständen großen Anklang. So schreibt eine **fürstliche Persönlichkeit**: „Ihr (Kathreiners) Malzkaffee bedarf absolut keines Zusatzes von Bohnenkaffee; ich trinke ihn täglich mit der größten Befriedigung."

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.

7432* Wegen **Umbau** und **Erweiterung** der **Geschäftsräume** gelangen große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!

zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf!

Einzelne fehlerhafte Exemplare
für die Hälfte des Wertes.

VAN HOUTEN'S CACAO

enthält nach den Gutachten medizinischer Autoritäten ein Maximum-Gehalt an wertvollen nahrhaften Bestandteilen, welche vom Körper gern aufgenommen und leicht verdaut werden.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. 133/9*
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.
Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.
Zahnarzt **Wolf,** Leipziger Strasse 130, (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7.

Ziehung 26. Februar u. folg. Tage.
Genehmigt durch Allerhöchsten Erlass 380000 Loose, dem unter dem **Protectorate Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.** stehenden Verein f. d. Herstellung u. Ausschmückung d.

Marienburg

Loose à 3 Mk. Porto u. Liste 30 ₰ extra.
9840 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug, im Betrage von M.

365,000

Hauptgewinne:

1 à 60,000
1 à 50,000
1 à 40,000
1 à 30,000
1 à 20,000
1 à 10,000
4 à 2500 = 10000
10 à 1000 = 10000
20 à 500 = 10000
100 à 100 = 10000
200 à 50 = 10000
1000 à 20 = 20000
8500 à 10 = 85000

Loose versend. geg. Postanweisung oder Nachnahme das General-Debit:

Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5.
Telegr.-Adr.: Glückmüller.

Wer wagt, gewinnt!
Ziehung 1. März.
Jährlich 12 Gewinn-Ziehungen mit abwechs. **Haupttreffern** in Mk. 300000, 178500, 135000, 120000, 90000, 45000 etc.
„Jedes Los ein Treffer"
biet. die aus hundert Mitgl. best. Serienlos-Gesellsch.
Monatl. Beitrag M. 5,50
Halbe Beteiligung M. 3,—.
L. Lübbers, Lübeck 13.

In ganz Deutschl. gesetzl. erlaubt — Gewinnliste nach jeder Ziehung.

Breslauer Korn

à Ltr. 60 Pf., 80 Pf., 1,00 Pf.
à Ltr. Jagd-Korn 1,50 M.

Paul Glatzel, Breslau X.
Getreide-Korn-Brennerei. [142/5*

Mecklenburg. Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote
empf. Brotfabrik Wittler, Müllerstr. 31. Niederlag. d. Plakate erkenntlich.

Charlottenburg!
Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [483L*

Kreide-Portrait.
In den stillen Monaten Februar bis April liefere ich für 3.50 M., 35×45 cm, ohne Rahmenzwang. Aehnlichkeit garantiert. Vorlage Photographie. 2574b*
C. Jensch, Atelier. Köpnickerstr. 112.

Stempel-Fabrik von [482L*
Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt"
zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an

---

Marienburger Geld-Lotterie

9840 Geldgewinne im Betrage von

365,000 Mark.

Baar ohne jeglichen Abzug zahlbar.
Die Hauptgewinne sind:

60000, 50000, 40000, 30000, 20000 M. etc.

Loose à 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden prompt

Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
Filiale NW., Wilsnacker-Strasse 63.
Ziehung schon 26. Februar cr.

Thee

Chinesische und Indische
nur neueste Ernte — Portofr. Versandt v. 5 Pfd.
pr. Pfd. 1,50, 1,75, 2,00, 2,40, 3,00 4,00. Theegrus pr. Pfd. 1,30 Mk.
— Preisliste gratis u. franco. —
A. Pennitz,
Berlin C., Rosenthalerstr. 59.

Einsegnungs-Anzüge von 12–27 Mk.

M. Schulmeister, Schneidermeister,
Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor. [*

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Ein nachweislich gut gehendes Kolonialwaren-Geschäft mit Rolle ist wegen Uebernahme väterlichen Geschäfts **billig zu verkaufen.** Zu erfragen bei Henning, Wienerstraße 52, vorn III. 2023b

Cigarrengeschäft wegen meiner Ausweisung verkäuflich. Rixdorf, Kopfstraße 61. †126*

Seifengeschäft wegen Ruhesetzung billig verkaufen. Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 238. 2575b

Milchhändler, Achtung! Zur Einrichtung von Milchgeschäften empfehle alle nötigen Gegenstände zu billigsten Preisen. Hermann Norban, Kleine Markusstraße 28. [495K*

Schlaghammer (Ochse) verkauft Götting, Utrechtstraße 2, Milchgeschäft.

Mieter finden eine umfassende Darstellung des neuen Mietrechts in dem Buche: **Die Rechte und Pflichten des Mieters.** 32 Seiten. Preis 20 Pfennige. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Colporteure. Bisher abgesetzt 60 000 Exemplare. [*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche. Remontoiruhren, Regulateure, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 51/8*

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig. Gartenstraße 148, I. links. [†141*

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 52/12*

Laubenbau! Gebrauchte und neue Latten, Leisten, Kantholz, Bretter, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer, billig. Kottbuser Damm 22. [2606b*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung, gebrauchte Fahrräder, stets vorrätig, direkt Fabrik Dieffenbachstraße dreiunddreißig. [482K*

Kanarienroller. Heckhähne und Weibchen verkauft Gädde, Reinickendorferstraße 54. [†64*

Kanarienroller, preisgekrönt, Heckbauer, Weibchen, Urbanstraße 70.

Betten, schöner Stand, Umstände halber, 23 Mark. Adalbertstraße 78, I rechts. [2607b*

Nähmaschinen, Singer, Adler, Bobbin, Ringschiffchen, die berühmten Dürkopp, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Dieke's Nähmaschinengeschäft, Brunnenstraße 119. 455L*

Nähmaschinen: Adler, Afrana, Ringschiff, Bobbin, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koschnitz, Wrangelstraße 118. 465L*

Nähmaschinen, Adler, Afrana, Schnellnäher, Ringschiff, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung Krieg, Skalitzerstraße 136. 2233b

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Nähmaschinengeschäft Wiesenstraße 29. Ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Lager sämtlicher Systeme, dauerhafte Fabrikate, fünfjährige Garantie. Besichtigung ohne Kaufzwang. Sofortige Lieferung, auch durch Postkarte. †83*

Gaskocher! Sparsysteme! 1,50, Zweilochkocher 6,—Dreilochkocher 10,— Bügelapparate billig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 2601b*

Papageien, Kanarienhähne, Zuchtweibchen, Waldvögel, Vogelbauer, Heckutensilien, Vogelfutter, Fischfutter (Daphnien). Dähn, Brunnenstraße 101, Bahnhof Gesundbrunnen. †92*

Kanarienroller, Zuchtweibchen, Heckbauer, Waldvögel, billig. Große Frankfurterstraße 13. 2397b

Kanarienhähne, Lichtschläger, Zuchtweibchen verkauft Weimarerstraße 11, IV rechts. 2670b*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/16 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 90/11*

Gardinen, auch Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Güther, Grüner Weg 80, parterre. Kein Laden. 506L*

Kanarienroller, Zuchtweibchen billig, Rotkehlchen singend, Oranienstraße 57 (Vogelhandlung). 2095b

Nähmaschine, neu, sofort spottbillig zu verkaufen. H. Krause, Schöneberg, Wartburgstr. 5/6. [2702b

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 35, kein Laden. [†140*

Vermischte Anzeigen.

50 Prozent Verdienst für leicht verkäuflichen Artikel als Haupt- oder Nebenerwerb. Prospekt gegen 10 Pf.-Marke franko. M. Winzer, Düsseldorf, Kirchfeldstraße 71. 2890b

Français Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Stieglitzerstraße 65. 2203b*

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm, Geschichtswerke und alle andren Bücher beleiht und kauft Antiquariat Kochstraße 56, Amt 4a 6944. 480L*

Photographie. 6 Visit 2 Mark 50, Kabinettgruppen 12 Stück 6 Mark 80, Schönhauser Allee 146, Hering. [†57*

Augustabad, Köpenickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 471L*

Maskenkostüme verleiht, verkauft spottbillig Meyerstraße 31. †56*

Masken verleiht billig Ferdinand Henke, Dennewitzstraße 1. 2497b*

Maskengarderobe, Herren, Damen, große Auswahl komischer Anzüge billig Räder, Rheinsbergerstraße 62. [†72*

Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. *

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Wernaus Festsäle, Schwedterstraße 23/24. Zur Fastnacht-Feier Dienstag, den 19. d. Mts., Eisbeinessen verbunden mit Familien-Tanzkränzchen. Freunde und Bekannte lade ergebenst ein. Gleichzeitig empfehle meine Säle zu Versammlungen, Hochzeiten, Festlichkeiten jeder Art. 2 Kegelbahnen, die besten im Norden, zur gefälligen Benutzung bestens empfohlen. Wernau. †57*

Kunststopferei von Frau Kotosko, Steinmetzstraße 48.

Saal für Vereine und kleine Festlichkeiten. Schäffer, Graunstraße 16. [*

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Inselstraße 10. [2068*

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Langhans, Lichtenbergerstraße 21. *

Vereinszimmer frei. Kramm, Scheringstraße 10. †64*

Vereinszimmer und Saal noch einige Tage frei. Golo, Große Frankfurterstraße 133. †41*

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. 444K*

Vereinszimmer mit Piano empfiehlt E. Hinze, Blumenstraße 35a.

Vereinszimmer frei, auch als Zahlstelle, Stephanstraße 31. [†86*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, gewissenhafter Rechtsbeistand Andreasstraße dreiunddreißig. [2705b*

Elektrotechnik-Abendkurse Alte Jakobstraße 24, Jaklon. 2700b*

Junger Mann mit 300 Mark gesucht. Teilhaber, dauerndes Geschäft. Sch., Postamt 26. 2697b

Die Beleidigung, die ich Ende Januar der Frau M. Schneider, Reichenbergerstraße, zugefügt habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe als eine anständige, ehrenwerte Frau. Fritz Manke. 2703b

Vermietungen.

Wohnungen.

Vorort, Königs-Wusterhausen, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Klosett sofort oder später billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Amtsgarten 2. [1404b

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn. Plessner, Markusstraße 20, parterre. [†112*

Möblierte Schlafstelle, separat, zu vermieten Schulstraße 59, vorn III. links. [†34*

Möblierte Schlafstelle an einen Herrn bei einzelnen Leuten, Vogeler, Wienerstraße 18, Seitenflügel III.

Zimmer.

Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Forsterstraße 54, Quergebäude III, bei Witwe Rosenthal.

Gut möbliertes Zimmer Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, vorn 4, Stande.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Tüchtige Schneiderin wünscht noch Beschäftigung. Fräulein Lambrecht, Bernauerstraße 75, I. [†63*

Wasch-, Reinmachestellen nimmt an Willert, Admiralstraße 22, IV.

Stellenangebote.

Töpferlehrling verlangt Bock, Prenzlauer Allee 226, Quergeb. IV.

Tüchtigen Packer verlangt die Goldleistenfabrik Lottumstraße 5.

Stadtreisender für Cigarren gesucht. Meldungen zwischen 3—5 Uhr im Cigarrengeschäft Beuthstraße 1. [*

Tüchtige Farbigmacher verlangt Waldemarstraße 15. [†18

50 geübte Rockarbeiterinnen und Maschinennäherinnen verlangt Rau, Mainzerstraße 19. †148

Binden- und Vorarbeiterin verlangt Bauer, Straußbergerstraße 18.

Mamsells auf schwarze Jacketts, 2—4 Mark Arbeitslohn, verlangt Mertens, Lausitzerplatz 12a.

Mamsells auf Jacketts verlangt Reichenbergerstraße 116, II. [2696b

Mamsells auf bessere Jacketts Fruchtstraße 62, II. 2661b

Mamsells auf Jacketts und Paletots verlangt. Schulze, Curvystraße 23, I. 2693b

Mamsells auf gute Jacketts verlangt. Breslauerstraße 30, parterre.

Karton-Arbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst bei Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7. [2608b*

Für unsre Zeitungs-Expedition suchen wir sofort einen

2. Expedienten,

der auch mit Bureauarbeiten vertraut ist und schon in Zeitungs-Expeditionen thätig war. Offerten mit Gehaltsansprüchen sind an den Vorsitzenden der Preßkommission der ‚Volksstimme', Herrn **M. Bernhard, Nordendstraße 15, Frankfurt a. M.,** zu richten.

Achtung, Tapezierer!

Der Streik bei der Firma **Töpke** dauert unverändert fort.
Zuzug ist fernzuhalten. [177/7*
Die Verbandsleitung.

Achtung! Stuccateure!

Bei den Firmen **Jäckel, Herrwich, Hänska** haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten.
178/7 **Die Lohnkommission.**

Achtung! Drechsler!

In der Möbeldrechslerei von
H. Schmidt, Blumenstr. 30,
haben sämtliche Drechsler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten. 77/6
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Sattler!

Wegen **Lohndifferenzen** haben die Kollegen der
Militäreffekten-Fabrik von Wunderlichs Nachfl.,
Karlsbad 15, die Arbeit eingestellt.
Zuzug fernzuhalten. 156/11
Die Lohnkommission.

Verantwortlicher Redacteur: **Wilhelm Schröder** in Wilmersdorf. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Sociales.

Kostenvorschuß beim Innungs-Schiedsgericht. Die Tischler-Zwangsinnung in Zwickau hatte in das neue Statut für das Innungs-Schiedsgericht die Bestimmung aufgenommen, daß bei der Klageerhebung vor diesem Gericht ein Kostenvorschuß bis zur Höhe von 3 Mark hinterlegt werden müsse. Der Gesellenausschuß hatte zwar gegen diese ungesetzliche Vorschrift protestiert und sie abgelehnt, der Stadtrat zu Zwickau als Aufsichtsbehörde hatte aber auf Grund des § 95 der Gewerbe-Ordnung die mangelnde Zustimmung des Gesellenausschusses „ergänzt".

Der Gesellenausschuß führte deshalb Beschwerde bei der Kreishauptmannschaft. Diese Behörde entschied dann, daß die betreffende Vorschrift als ungesetzlich aus dem Statut zu streichen ist. In der Entscheidung der Kreishauptmannschaft heißt es:

„Nach den Vorschriften des Reichsgesetzes, betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890, welche in Ermangelung andrer Bestimmungen auf die Innungs-Schiedsgerichte analog anzuwenden sind, kann ein Kostenvorschuß nur im Falle des § 344 (jetzt 379) der Civilprozeßordnung gefordert werden. Von diesem Fall abgesehen, befinden sich irgendwelche Bestimmungen, nach welchen ein Kostenvorschuß beim Gewerbegericht erhoben werden könnte, in dem fraglichen Gesetz nicht, während andrerseits die Kosten- und Gebührenfrage daselbst eingehend, zum Teil unter Aufnahme und fast wörtlicher Wiederholung von Bestimmungen des Gerichtskosten-Gesetzes nach der Novelle vom 29. Juni 1881, zum Teil unter Hinweis auf einzelne Paragraphen dieses Gesetzes, welche ausdrücklich für anwendbar erklärt sind und unter denen sich § 81 desselben nicht befindet, geregelt ist. Hiernach ist aber anzunehmen, daß der Gesetzgeber mit der vorerwähnten Ausnahme die Erhebung eines Kostenvorschusses beim Gewerbegericht und damit beim Innungs-Schiedsgericht überhaupt nicht gewollt hat. Auch kann die Erhebung eines solchen im Statut bezw. Nebenstatut nicht vorgeschrieben werden. Dasselbe würde dann eben eine Aenderung der betreffenden Vorschriften des Gesetzes vom 29. Juli 1890 enthalten."

Der Vorgang ist wieder einmal einer von vielen schon vorliegenden Beweisen, daß Innungen ganz besonders geneigt sind, den Arbeitern ihre Rechte zu kürzen und daß sie dabei oft eine grobe Unkenntnis der Gesetze verraten. Indem man Einrichtungen wie Krankenkassen, gewerbliche Schiedsgerichte und dergleichen den Innungen auslieferte, schuf man eine Quelle fortwährender kleinlicher Reibereien und Nörgeleien zum Schaden der Arbeiter. Wie wertlos das den Arbeitern im Gesellenausschuß eingeräumte Mitwirkungsrecht ist, das erleuchtet dieser Fall wieder, indem er die Aufmerksamkeit auf den § 95 der Gewerbe-Ordnung lenkt. Die Art, wie die Zwickauer Behörde ihr Ergänzungsrecht ausgeübt hat, war ja in diesem Falle unschädlich, weil es sich um einen direkt ungesetzlichen Beschluß handelte, der von der Oberaufsichtsbehörde aufgehoben werden mußte. Aber wenn die „Ergänzung" schon in einem solchen Falle ausgesprochen wird, kann man dann erwarten, daß sie in irgend einem andern Falle versagt werden würde, wo es sich nicht um Ungesetzlichkeiten, sondern nur um gesetzlich zulässige Benachteiligungen der Arbeiter handelt?

Die Gratisspeisung bedürftiger Schulkinder auf Kosten der Stadt ist in Christiania seit dem Jahre 1896 eingeführt. Nach dem jetzt vorliegenden Bericht vom Jahre 1899 haben in diesem Jahre von den 24 264 Volksschülern 7799, also fast ein Drittel, von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht. An diese wurden 847 507 Portionen Essen ausgeteilt, was der Stadt eine Ausgabe von 52,62 Kronen pro Kopf verursachte. Außerdem wurden noch 45 946 Portionen gegen Bezahlung geliefert.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Den Genossen zur Mitteilung, daß das Lokal von Dubrow, Machnowerstr. 40, gesperrt ist. Das Lokal wurde den Gewerkschaften zu einer Protestversammlung gegen die Streikklausel verweigert. Die Lokalkommission von Zehlendorf.

Treptow-Baumschulenweg. Der Socialdemokratische Wahlverein hält am Mittwochabend 8½ Uhr im Lokal des Herrn Michler, Marienthaler- und Ernststraße-Ecke eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. Vortrag über „Vivisektion". Referent Herr Hermann Stenz.

Kommunales.

Für die Rückerstattung der Waisenpflegekosten hatte der Magistrat im vorigen Jahre neue Kostensätze aufgestellt. Dabei hatten sich für die Waisenhäuser in Rummelsburg und in Berlin sowie für die hiesige und die auswärtige Waisenkostpflege Beträge ergeben, die über die bisher geforderten sehr erheblich hinausgingen. Nach den neuen Sätzen erhöhten sich die Waisenpflegekosten pro Kind und Jahr z. B. in dem Waisenhause zu Rummelsburg von 597,60 Mark auf 828,00 Mark, in dem Waisenhause zu Berlin von 385,20 Mark auf 824,40 Mark. Die Erhöhung war indes nicht dadurch zu stande gekommen, daß die Selbstkosten der Verpflegung in neuerer Zeit um so viel gestiegen waren. Man hatte nur mit einem Mal bei der Berechnung der Kosten andre Grundsätze als bisher befolgt. Vor allem hatte man jetzt auch den Wert der Grundstücke und der Gebäude miteingerechnet und sogar die im Laufe der Zeit eingetretene Steigerung des Bodenwerts berücksichtigt. Bei dieser seltsamen Art der Berechnung von „Selbstkosten" bekam man in dem Waisenhause zu Berlin (Alte Jakobstraße) allein für die Wohnung den Betrag von 400 (vierhundert!) Mark pro Kind und Jahr heraus! Das Grundstück dieser Anstalt hat der Stadt überhaupt nichts gekostet, sondern ist ihr in den 70er Jahren durch eine Stiftung zugefallen. Aber in der Alten Jakobstraße ist der Bodenwert seitdem bedeutend gestiegen, mithin hält sich der Berliner Magistrat für berechtigt, schon für die bloße Beherbergung der Kinder einen Betrag anzusetzen, den in Berlin eine ganze Proletarierfamilie nicht für die Wohnung auszugeben pflegt. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte dieses Verfahren nicht gebilligt. Der von ihr zur Prüfung der Magistratsvorlage eingesetzte Ausschuß war zu dem Ergebnis gelangt, daß die früheren Kostensätze weiter beizubehalten seien. Nachdem dann dem Ausschuß die Vorlage zu nochmaliger Beratung zurückgegeben worden war, hat er jetzt wiederum, und zwar einstimmig, beschlossen, der Versammlung die Ablehnung der vom Magistrat aufgestellten neuen Kostensätze zu empfehlen. Gleichzeitig schlägt der Ausschuß vor, den Magistrat um Aufhebung eines einheitlichen Kostensatzes für die Zwangserziehungskinder und eines einheitlichen Kostensatzes für alle andern Waisenkinder (gleichgültig, ob sie in geschlossenen Anstalten oder in offener Kostpflege erzogen werden) zu ersuchen. Der Ausschuß hat sich daher von der Erwägung leiten lassen, daß die Kinder bezw. die erstattungspflichtigen Angehörigen nicht darunter leiden dürfen, daß die Erziehung zufällig nicht in der billigeren Kostpflege, sondern in der Anstalt erfolgt.

Lokales.

Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Der „Berliner Asylverein für Obdachlose" hat im Jahre 1900 in seinem Männerasyl 249 195 Personen, im Frauenasyl 45 877 Personen beherbergt, während im Vorjahre 1899 das Männerasyl 237 027, das Frauenasyl 37 684 Personen aufgenommen hatte. Auffällig ist besonders die starke Steigerung der Frequenz im Frauenasyl. Der Jahresbericht für 1900, dem wir die Zahlen entnehmen, äußert sich nicht über die vermutlichen Ursachen dieser Frequenzsteigerung. Wenn man aber erwägt, daß unter den 45 877 (bezw. im Vorjahre 37 684) im Frauenasyl beherbergten Personen sich 36 063 (29 329) Frauen, 6661 (7151) unverheiratete Mädchen, 3133 (1204) Kinder und 439 (90) Säuglinge befanden, daß also besonders die Zahl der mit ihren Kindern das Obdach aufsuchenden Mütter sehr bedeutend gestiegen ist, dann muß man zu der Annahme gelangen, daß diese Erscheinung mit der im vorigen Jahre eingetretenen Verschärfung der Wohnungsnot in Zusammenhang zu bringen ist. Das Frauenasyl hat den außerordentlichen Andrang zeitweise nicht bewältigen können; in gewissen Ausnahmefällen hat aus Gründen der Humanität sogar der Warteraum als Schlafraum hergegeben werden müssen. Die Verwaltung hält nach den Erfahrungen des letzten Jahres die Erweiterung des Frauenasyls für eine nicht zu umgehende Notwendigkeit. Das Männerasyl ist bereits vor 4 Jahren auf mehr als das Doppelte erweitert worden.

Die Handwerkskammer in Berlin und die Aufsichtsbehörden haben die in ihren Verwaltungsbezirk befindlichen Innungen, bei denen bisher ein Gesellenausschuß — nach § 97 des Handwerkergesetzes — nicht eingesetzt war, aufgefordert, dies unverzüglich zu thun, widrigenfalls den Innungen das Prüfungsrecht über ihre Lehrlinge entzogen werden würde.

Die neuen Bestimmungen des Gesetzes, die die Wahl eines Gesellenausschusses verlangen, sind bereits seit dem 1. Januar v. J. in Kraft, ohne daß, nach dieser Anweisung zu urteilen, die Innungen allgemein sich den neuen Anforderungen angepaßt haben. Wenn es sich um Arbeiterorganisationen handelte, würden wir schwerlich eine so große Nachsicht der Behörden konstatieren können. Die Mitteilung überrascht um so mehr, als nach der Gewerbe-Ordnung der Gesellenausschuß der Handwerkskammer von den Gesellenausschüssen der Innungen gewählt wird. Haben die Innungen die Wahl der Gesellenausschüsse noch nicht erledigt, dann ist seiner Zeit nur von den bestehenden Gesellenausschüssen das Wahlrecht ausgeübt worden und in Berufen, wo die Innung keine Gesellenausschüsse bestellt hat, sind die Arbeiter um ihr Wahlrecht betrogen. Daß die Lodderei in der Innung Trumpf ist, weiß ein jeder; aber daß die Aufsichtsbehörde dem Konzessionen macht, scheint doch sehr unnötig und schädlich.

Zu dem Urheberrecht und Verlagsrecht, daß seiner Zeit den Reichstag beschäftigte, hat eine große öffentliche Journalisten- und Schriftsteller-Versammlung am Sonntag in dem Festsaal des Hotels „Vier Jahreszeiten" Stellung genommen. Es wurde einstimmig eine Resolution beschlossen, in der u. a. gefordert wird, 1. daß die erlaubte vollständige oder teilweise Wiedergabe von Schriftwerken (im Sinne des Gesetzes) von vermischten Nachrichten thatsächlichen Inhalts und von Tagesneuigkeiten in Zeitungen oder Zeitschriften, sofern sie einem bereits veröffentlichten Schriftwerke oder andren Zeitungen und Zeitschriften entnommen sind, nur unter deutlicher Angabe der benutzten Quelle erfolgen darf, 2. daß unbeschadet der Abdrucksfreiheit von vermischten Nachrichten thatsächlichen Inhalts, von Tagesneuigkeiten und Artikeln, die nicht mit einem Vorbehalt der Rechte versehen worden sind, dem Verfasser der Anspruch auf die übliche Vergütung zusteht, wenn sie von der Zeitung, der sie der Verfasser mitgeteilt hat, innerhalb einer Woche gebracht werden.

An Influenza sind in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar, nach den jetzt vollständig vorliegenden Meldungen, 20 Personen gestorben, während in den vorhergehenden drei Wochen (rückwärts gezählt) 16, 14, 8 Influenza-Sterbefälle gemeldet worden waren. Die aus diesen Zahlen ersichtliche Zunahme der Influenza-Sterblichkeit scheint indes in der Woche vom 3.—9. Februar, nach den bisher eingegangenen Meldungen zu urteilen, bereits wieder einer Abnahme Platz gemacht zu haben. Im ganzen Monat Januar starben 57 Personen an Influenza, im Januar vorigen Jahrs dagegen 47 Personen.

Das Herrenrecht im Reiche Podbielskis. Das Herrenrecht, nämlich den Anspruch auf den Titel „Herr" seitens ihrer Vorgesetzten machen die Post-Unterbeamten schon seit langer Zeit vergebens geltend. Welche Anschauungen noch in dieser Beziehung in manchen Kreisen herrschen, beweist ein Vorkommnis, von welchem der „Deutsche Postbote" Kunde giebt. Einem Postschaffner N. war ein Paket abhanden gekommen, er meldet es vorschriftsmäßig bei dem zuständigen Beamten, dieser nimmt die Meldung zu Protokoll, sendet letzteres dem Vorsteher des Postamts, erhält es aber wegen eines Formfehlers zurück. Der Formfehler bestand darin, daß in seinem Protokoll von dem „Herrn" Postschaffner N. gesprochen wurde. Der gestrenge Herr Vorsteher hatte die Bezeichnung „Herr" ausgestrichen und dazu bemerkt, Postschaffnern käme der Titel „Herr" nicht zu. Ob Herr v. Podbielski einen Mann mit solchen Anschauungen für geeignet hält, das Amt eines Vorstehers den Untergebenen gegenüber zu versehen?

Zu dem Freiligrath-Abend der Arbeiter-Bildungsschule hatte sich am Sonntagabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein überaus zahlreiches Publikum eingefunden, das sämtliche Darbietungen mit dem lebhaftesten Beifall aufnahm. Herr Dr. Rudolf Steiner verstand es in seinem Festvortrag, in den in großen Zügen entworfenen Abriß des Lebensganges des Dichters mit scharfen Strichen das dichterische Portrait desselben hineinzuzeichnen. Freiligrath, ursprünglich der poetische Schilderer exotischer Stoffe, in der Glut der Farbengebung mit Böcklin vergleichbar, mußte erst im Laufe seiner Entwicklung seine große Mission entdecken, der flammende Freiheitssänger der social Geknechteten zu werden. Die drei größten deutschen Lyriker des 19. Jahrhunderts könne man kurz dadurch charakterisieren, daß man Lenau als den Dichter der Wehmut, Heine als den Dichter des Uebermuts, Freiligrath als den Dichter des Heldenmuts bezeichne. Und wenn Freiligrath am Ende seines Lebens einmal geäußert habe, daß seine revolutionären Gedichte keine agitatorische Bedeutung mehr besäßen, so habe er sich damit in einem großen Irrtum befunden: seine wuchtigen, lodernden Kampfgesänge begeisterten auch heute noch die Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit. Selbst dann, wenn dem ringenden Proletariat der heißersehnte Tag der Befreiung endlich heraufgestiegen sei, werde der Name Freiligraths unter den Freiheitsdichtern noch in goldenen Lettern strahlen. Die Hörer zollten den begeisternden Worten des Redners begeisterten Beifall.

Reichen Genuß boten auch die folgenden Nummern des gut gewählten Programms. Die Piecen der durch die Herren Dombreck (Violino), Schäfer (Viola), Schulz-Fürstenberg (Violon-Cello) und Friedrichs (Klavier) ungemein exakt ausgeführten Kammermusik sowohl als die Gesangsnummern des Herrn Friedrichs und die Recitation des Herrn Moest fanden den verdienten Applaus. Herr Schulz-Fürstenberg erfreute durch die wundervoll gespielte Zugabe der Träumerei von Schumann. Auch Herr Moest mußte sich zu Zugaben verstehen. Wenn Herr Friedrichs, der einen geschmeidigen tenoral gefärbten Baryton besitzt, seinen sonst recht geschmackvollen Vortrag durch stärkeres Nuancieren noch etwas dramatischer zu beleben versuchen würde, so würde er dadurch entschieden noch gewinnen. Herr Moest seinerseits würde den Stimmungsgehalt der Dichtungen noch besser ausschöpfen, wenn er die treffliche, sinngemäße Deklamation durch wärmere poetische Stimmungsmalerei unterstützte. Vielleicht läge ein Wegfall der kleineren Pausen bei künftigen ähnlichen Veranstaltungen — drei größere Pausen dürften wohl genügen — im Interesse des Publikums sowohl wie der Vortragenden.

Der größte Luftballon. Von einem Aeronauten, Herrn Charles Dupuy, wird uns geschrieben: In der gestrigen Nummer des „Vorwärts" finde ich eine Notiz, welche besagt, daß der im vorigen Jahre hier in Friedenau aufgestiegene Ballon, von 9000 Kubikmeter Inhalt, bisher der größte freifliegende Ballon gewesen sei. Das stimmt nicht.

Der im Jahre 1868 in London zur Weltausstellung aufgelassene Giffardsche Fesselballon hat im Juni 1869 von Paris aus eine Freifahrt mit 9 Personen gemacht, darunter die Gebrüder Tissandier und W. de Fourvielle. Dieser Ballon hatte den Namen „Nordpol" und einen Inhalt von 12 000 Kubikmeter. Ob dieser Ballon noch mehr Freifahrten gemacht hat, ist mir nicht bekannt.

Der 1878 in der Pariser Weltausstellung aufgelassene, von Henry Giffard gebaute Ballon hatte einen Inhalt von 25 000 Kubikmeter. Er hat allerdings keine Freifahrt machen können, da er als Fesselballon im Sturmwind zerriß.

Kriminalkommissar Thiel hat auf die Einlegung des Rechtsmittels der Revision Verzicht geleistet und bereits gestern die ihm zuerkannte dreijährige Zuchthausstrafe angetreten.

Auswanderer-Elend. Am Sonnabendabend war eine bisher unbekannte Frau in Begleitung eines zweijährigen Mädchens, mutmaßlich eine Russin, die sich auf der Heimreise aus Amerika befand, mit einem Zuge auf dem hiesigen Lehrter Bahnhofe eingetroffen. Während sie im Wartesaal saß, um die Weiterreise abzuwarten, brach sie plötzlich besinnungslos zusammen. Auf das Geschrei des Kinds wurde die Bahnhofspolizei benachrichtigt, die einen Arzt hinzuzog. Die Untersuchung ergab, daß die Frau vor Entkräftung und Erschöpfung umgesunken war. Ein Krankenwagen brachte sie nach der Charité, wo sie noch nicht vernehmungsfähig geworden ist. Für das Kind wurde in derselben Weise gesorgt. In der Umgebung der Frau soll sich ein Mann befunden haben, über dessen Verbleib aber nichts bekannt ist. Genaues wird erst durch die Vernehmung der Frau festzustellen sein.

Bei einem Einbruch ertappt wurden Montagmorgen um 4½ Uhr drei Einbrecher. In einem Schaukasten bewahrt der Schneidermeister Pix vor dem Hause Jerusalemerstr. 8 Jagdröcke auf; auf diese war es abgesehen. Als die Holzfüllung des Kastens bereits erbrochen und die Glasscheibe eingeschlagen war, erschien ein Schutzmann des 39. Polizeireviers auf der Bildfläche. Bei seinem Anblick suchten die Diebe zu entfliehen, zwei entkamen auch, doch der dritte wurde ergriffen und als der 28 Jahre alte bestrafte „Arbeiter" B. festgestellt.

Die Untersuchung gegen den Einbrecher Pfuhl, der vor mehreren Monaten in das Schützenhaus in Nowawes eingedrungen war und den ihn überraschenden Gastwirt durch zwei Revolverschüsse schwer verletzte, hat eine unerwartete Wendung genommen. Pfuhl ist, wie nun zweifellos feststeht, einer ganzen Reihe von Strafthaten schuldig, wiewohl er sich kaum neun Monate auf freien Füßen befand. Anfang April vorigen Jahres hatte er eine siebenjährige Zuchthausstrafe von Einbruchsdiebstählen und Sittlichkeits-Attentaten abgebüßt. Sofort nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt nahm er seine verbrecherische Thätigkeit wieder auf. Pfuhl verschaffte sich zunächst ein Freiquartier in Strausberg. Er drang in die im Winter unbewohnte Villa eines Berliner Kaufmanns, in der er „logierte" und sich an den Vorräten des Weinkellers gütlich that. Nach und nach schleppte er aus der Villa heraus, was er nur zu transportieren vermochte und „verschärfte" diese Sachen in der Umgebung Berlins. Dann begab sich der Verbrecher auf die Wanderschaft. Indem er anscheinend absichtlich die Reichshauptstadt mied, nahm er seinen Weg über die südlichen Vororte nach dem Westen, in den verschiedenen Dörfern die Spuren seiner verbrecherischen Thätigkeit zurücklassend. In Zossen führte er bei einem Bauern-Gutsbesitzer einen größeren Einbruch aus. Ein kurze Zeit darauf bei Beelitz ausgeführtes Sittlichkeits-Verbrechen an einem kleinen Mädchen, bei welchem das Kind gewürgt wurde und ein zweites derartiges Attentat bei Potsdam dürfte zweifellos ebenfalls das Conto Pfuhls belasten. Ebenso dürfte er einen Einbruch in einer Villa bei Stolpe verübt haben, während ein später begangenes Attentat auf den Besitzer derselben, Geh. Regierungsrat Dr. Isenbarth, wahrscheinlich von andren Verbrechern begangen ist. Da sich die Revolveraffaire in Nowawes als ein Mordversuch charakterisiert, so dürfte Pfuhl, gegen den die Untersuchung übrigens noch lange nicht abgeschlossen ist, diesmal für lange Zeit unschädlich gemacht werden.

Der Tollwut erlegen ist in der Nacht zum Sonntag der sechs Jahre alte Sohn Paul des Korbmachers Richter aus Lauken i. Schl., der infolge verspäteten Eingreifens erst am Freitag der Tollwut-Schutzstation mit dem 12jährigen Knaben Karl Wolny zusammen überwiesen wurde. Der letztere lebte am Sonntag noch.

Nach einer Operation gestorben ist in der Nacht zum Sonntag der 60 Jahre alte Monteur August Hennig aus der Schulzendorferstraße 28. Bei einer elektrischen Anlage war er am Sonnabendnachmittag auf einem Neubau der Steinmetzstraße in Kolonie Grunewald abgestürzt und schwerverletzt in einem Koppschen Wagen nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht. Infolge Schädelbruchs mußte sofort ein ärztlicher Eingriff erfolgen; der Tod trat an Gehirnblutung in der Nacht ein.

Messerstiche anstatt Geld erhielt in der Nacht zum Sonntage um 1 Uhr — gerade an ihrem 35. Geburtstage — die Waschfrau Apollonia Reicher aus der Memelerstraße 63. Sie besorgt die Wäsche für mehrere in dem Hause wohnende Mädchen (Prostituierte) und hatte an die unverehelichte Ida Hans noch eine Forderung von 1,80 M. Dies Mädchen traf sie vor der Hausthüre und mahnte es an die Schuld. Während dann die Waschfrau über den Hof ging, wurde sie von zwei Begleitern des Mädchens — Zuhältern — gestellt. Bei einer Rauferei erhielt sie zwei Messerstiche in die rechte Halsseite von einem jungen Burschen. Dann entflohen beide.

Todschlag? Eine unmenschliche That wurde an dem 28 Jahre alten Arbeiter Friedrich Holtz verübt, der in dem Vorort Pankow, Brehmestr. 5, wohnte und in Berlin beschäftigt war. Als er am Sonnabendabend seinen Wochenlohn empfangen hatte, unternahm er mit Bekannten eine Bierreise, trennte sich aber schließlich von ihnen und betrat allein ein Pankower Wirtshaus. Dort kam er in Streit und wurde von den Gegnern auf der Straße verfolgt und angefallen. Nachdem er einen Messerstich in den linken Schenkel und einen in den Unterleib erhalten hatte, warf man ihn in den Schnee und ließ ihn liegen. Am Sonntagmorgen um 4 Uhr fanden ihn Leute an der Prinzen-Allee in seinem Blute liegen. Auf eine Anzeige bei der Behörde erhielt H., der noch lebte, einen Notverband und wurde ohne Besinnung nach einem Berliner Krankenhause gebracht. Dort starb er alsbald infolge des starken Blutverlustes: eine Schlagader war ihm durchstochen. Die Thäter sind bis jetzt unbekannt.

Durch Messerstiche schwer verletzt wurde in der Nacht zum Montag um 12 Uhr der Pförtner Johann Brüggemann aus der Hollmannstr. 8, der am Eingang zum Café Flora in der Berlinerstraße zu Charlottenburg seinen Dienst versieht. Zwei junge Burschen, die aus einem benachbarten Tanzlokal her zu kommen schienen und sich in angeregter Stimmung befanden, traten mit der Frage an B. heran, „was er dort zu stehen habe". Dann wollten sie das Café betreten. Brüggemann, der aus ihrem Benehmen schließen konnte, daß sie sich nicht ruhig verhalten würden, verwehrte ihnen den Eintritt, als sie ihm mit Faust und Messer vor dem Gesicht umherfuchtelten. B. stieß abwehrend den einen zudringlichen Menschen zurück, als in demselben Augenblick beide mit ihren Messern über ihn herfielen. Im Umsehen wurde ihm die linke Wange von der Nase bis an den Hals aufgeschlitzt und noch ein zweiter Schnitt quer über den ersten von der Nase bis ans Ohr und noch ein Stich in den Hinterkopf beigebracht. Später ergab sich noch, daß der Pförtner-Ueberzieher an acht Stellen durch Schnitte zerfetzt war, die aber nicht bis auf den Körper durchgedrungen waren. Auf das Hilfegeschrei des Ueberfallenen nahmen die Messerhelden Reißaus, wurden aber von Civilpersonen verfolgt und ergriffen. Der verwundete Pförtner wurde nach der Rettungswache gebracht, wo zu seinem Verbande 20 Nadeln

erforderlich waren. Die beiden Messerstecher entpuppten sich auf der Polizei als die Schmiedegesellen Wilhelm Lanschke und Oskar Sznieß aus Schöneberg, Tempelhofer-Ufer 7 und blieben in Haft.

Wegen Notzucht sind zwei Metallarbeiter, welche in einer Berliner Maschinenfabrik beschäftigt waren, am vorigen Sonntag verhaftet worden. Beide trafen am Abend nach einem Ausflug, den sie unternommen hatten, in der Nähe des Bahnhofs von Hohen-Neuendorf ein dort im Dienst stehendes Mädchen. Sie belästigten es zunächst mit unsittlichen Anträgen, und als sie eine scharfe Abweisung erfuhren, verfolgten sie ihr Opfer bis zu einer menschenleeren Straße, wo der eine das Mädchen überfiel und es trotz heftigster Gegenwehr vergewaltigte. Nach vollbrachter That entfloh er mit seinem Begleiter nach dem Bahnhof; als sie indes merkten, daß das Mädchen ihnen folgte, liefen sie nach dem Bahnhof Stolpe. Bevor sie aber von hier aus ihr Vorhaben, schleunigst nach Berlin zurückzukehren, zur Ausführung bringen konnten, erschien der inzwischen benachrichtigte Gendarm F. aus Hohen-Neuendorf, der beide Unholde verhaftete.

In einem Hotel erschossen hat sich ein junger Landwirt, der am Sonnabend aus Dresden hier eingetroffen war und sich als der 21 Jahre alte Landwirt Fritz Legler in einem Gasthofe im Osten in das Fremdenbuch eingezeichnet hatte. Noch am Sonntag erschien er in der zum Hotel gehörenden Wirtschaft und äußerte dort, daß er um 2 Uhr nachmittags fortgehen wolle. Als man ihn aber um 4 Uhr nachmittags noch nicht bemerkt hatte, ließ der Wirt die zu seinem Zimmer führende verschlossene Thür durch einen Schlosser öffnen. Legler lag tot im Bett, das Deckbett über den Kopf gezogen; er hatte sich aus einem Revolver einen Schuß in die rechte Schläfe gejagt. Auf dem Tische hatte er einen für den Hotelbesitzer bestimmten Zettel zurückgelassen, der die Worte enthielt: „Da ich weder Stand, noch Beruf habe, bin ich meines Lebens überdrüssig. Meine Mutter habe ich von meinem Vorhaben benachrichtigt.“ In seiner Tasche steckte ein Schein über einen eingeschriebenen Brief an die Mutter, die als Witwe in Dresden lebt.

Großstadt-Elend. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Februar cr. 134 obdachlose Familien mit 326 Personen und 60 Einzelpersonen. Am 1. Januar waren daselbst untergebracht 181 Familien mit 547 Personen und 39 Einzelpersonen. — Im Laufe des Monats Januar wurde das städtische Obdach außer den obdachlosen Familien noch von 72 810 nächtlich Obdachlosen und zwar von 67 474 Männern und 5336 Frauen als Zufluchtstätte aufgesucht. Von diesen Personen wurden 57 dem Krankenhause im Friedrichshain, 48 dem Krankenhause Moabit, 31 der Charité, 6 der Anstalt für Epileptische „Wuhlgarten“, 32 der Geschlechtskranken-Station und 542 der Polizei überwiesen.

Der Orgelvortrag des Musikdirektors Otto Dienel in der Marienkirche am Mittwoch, den 20. Februar, mittags 12 Uhr, bietet Orgelpositionen von Bach, Rheinberger und Dienel, Streichquartette von Haydn und Beethoven, und mehrere Arien, die ausgeführt werden von Frl. Asta Caspari, Frau Alma Pankenin-Aderhold, Fräulein Marie Hundeshagen und den Herren Konzertmeister Herm. Gerlach, Hans Strey, W. Schneider, Fr. Grosse, Ad. Bolte und Musikdirektor Dienel. Der Eintritt ist frei.

Ringkämpfe im Cirkus Schumann. Wiederum mußten zwei Ringkämpfe infolge der vorgeschrittenen Zeit unentschieden bleiben. Weder Bervet (Belgien) konnte Sabes II (Bordeaux), noch Pietro II (Algier), Poiré (Südfrankreich) innerhalb der vorgeschriebenen 15 Minuten werfen. Der Franzose Piaue Blaut konnte seinen Gegner in 8 Minuten besiegen. Piaue Blaut ist ein Koloß, dem schwerlich ein Ringer widerstehen kann.

Der am Sonnabend nicht zur Entscheidung gelangte Ringkampf zwischen Pietro II (Algier) und Poiré (Südfrankreich) wurde auf Beschluß des Schiedsrichter-Kollegiums Sonntagvormittag fortgesetzt und endete mit einem Siege des kleinen Pietro II in 22 Minuten. In den am Abend stattgefundenen Kämpfen gelang es Pietro la Belge über Bronken (Holland) in 11 Minuten und Jeurisson (Belgien) über Sabes II (Bordeaux) in ½ Minute und Pique Blaut über Röpel (Danzig) in 9 Minuten zu siegen.

Feuerbericht. In der Nacht zum Montag kam Grunewaldstraße 98 ein größerer Laden- und Wohnungsbrand zum Ausbruch. Das Feuer entstand in Abwesenheit des Geschäftsinhabers in seinem Cigarrenladen und verursachte hier wie auch im angrenzenden Wohnzimmer erheblichen Schaden. Zu gleicher Zeit brannte Steglitzerstraße 67 ein Hühnerstall. Ein Alarm nach dem Stettiner Güterbahnhof betraf einen Preßkohlenbrand. Schaldecke und Balkenlage hatten Kurstr. 11, Elisabethufer 1 und Bautzenerstr. 3 Feuer gefangen. Außerdem wurde die Wehr infolge kleiner Wohnungsbrände nach Schwartzkopffstr. 7, Charitéstr. 9, Perlebergerstr. 52 und Borsigstraße 7 gerufen. In allen diesen Fällen konnte die Gefahr leicht beseitigt werden.

Aus den Nachbarorten.

Der Magistrat von Charlottenburg tritt in den neuen Stadthaushaltsetat mit einer Reihe von Anträgen zur Hebung des Schulwesens hervor. So will der Magistrat, daß an den höheren Lehranstalten die Freistellen von 10 auf 15 Proz. erhöht werden, daß ferner 840 M. bereit gestellt werden, um den Schülern und Schülerinnen der ersten Klassen der Gemeindeschulen einen einmaligen Besuch einer dramatischen Vorstellung zu ermöglichen, und daß weiterhin 1200 Mk. angesetzt werden zur Herrichtung einer Eisbahn für Gemeindeschüler.

Der Bau einer Volksbadeanstalt in Schöneberg ist nunmehr definitiv in Aussicht genommen worden. Die Anstalt wird auf einem Teil des Wartburgplatzes errichtet, der außerdem mit Schmuckanlagen versehen werden wird.

Lichtenberg. Der überaus glänzende Wahlsieg unsrer Parteigenossen in Lichtenberg bei der Neuwahl der Gemeindeverordneten am 13. d. M., in der es uns gelang, die gesamten acht Mandate der dritten Wählerklasse mit überaus großer Stimmenmehrheit zu gewinnen, scheint in Regierungskreisen arg verschnupft zu haben. Während der Minister des Innern, Herr v. Rheinbaben, der in den letzten Tagen im preußischen Landtage das „Nichtbestätigungsrecht“ der Regierung betreffend die Anstellung von Kommunalbeamten so schneidig vertrat, im Sommer des vorigen Jahrs die Auflösung und Neubildung der Gemeindevertretung von Lichtenberg angeordnet hatte, gelang es dem hier dominierenden Freisinn, die Wahlen der Gemeindeverordneten bis jetzt zu verschleppen. Nunmehr publiziert die Regierung durch den Kreislandrat Herrn v. Treskow eine Verordnung, daß der kollegiale Gemeindevorstand und die Gemeindebeamten bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode bezw. Ihrer Anstellungszeit in ihren Aemtern bleiben dürfen.

Daß diese Verfügung der Regierung hier am Orte großes Aufsehen erregt, ist begreiflich. Ebenso entsteht die Frage, wird es durch diesen Zickzackkurs möglich sein, die Socialdemokratie aus dem Gemeindevorstand fernzuhalten? Immer wieder neue Sorgen der armen Regierung.

Gerichts-Zeitung.

Aus der Thätigkeit des Herrn v. Oppen. Im Lokal der Schultheißbrauerei zu Nieder-Schöneweide fand am 22. Januar 1900 eine Versammlung für Männer und Frauen statt, in der Reichstags-Abgeordneter Fr. Zubeil über das Thema referierte: Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der Vertretung im Gemeinderat? Herr Amtsvorsteher v. Oppen hat nun für den Versammlungstag die auf 1 Uhr nachts festgesetzte Polizeistunde für jenes Lokal auf 10 Uhr abends zurückgesetzt. Der Oekonom Herzberg und die Schultheißbrauerei-Aktien-Gesellschaft als Besitzerin des Lokals klagten deshalb gegen v. Oppen im Verwaltungs-Streitverfahren, indem sie bestritten, daß der Amtsvorsteher berechtigt sei, die Polizeistunde beliebig zu verkürzen. v. Oppen erwiderte, die ortspolizeiliche Erlaubnis, das Lokal allgemein bis 1 Uhr nachts offen zu halten, sei nur eine Erweiterung der vom Oberpräsidenten auf 10 Uhr festgesetzten Polizeistunde, die er, der Amtsvorsteher, jederzeit widerrufen dürfe. Im übrigen habe er auch mit Ruhestörungen rechnen müssen. Besonders wenn die Versammlung aufzulösen gewesen wäre, hätten solche leicht vorkommen können, und er könne dagegen mit den ihm nur zur Verfügung stehenden vier Beamten nichts ausrichten. — Der Kreisausschuß zu Teltow wies die Kläger ab und erklärte die angefochtene Verfügung des Amtsvorstehers für berechtigt. Aus der wunderbaren Begründung dieses Urteils sei folgendes hervorgehoben: Allerdings unterliege die Verfügung der Rechtskontrolle im Verwaltungsstreitverfahren. Es komme lediglich darauf an, ob sie objektiv polizeilicher Motive nicht entbehre. Das sei nicht der Fall, denn es seien genügend thatsächliche Voraussetzungen gegeben. Die Erfahrung lehre, daß öffentliche Versammlungen mit socialdemokratischer Tendenz vielfach von Elementen besucht würden, die an den Ausführungen der Redner nicht das geringste Interesse hätten, sondern lediglich Lärm machen und Unfug treiben wollten. Mit Rücksicht auf die Person des Referenten Zubeil sei zu erwarten gewesen, daß eine große Anzahl Personen aus dem benachbarten Berlin die billige Fahrgelegenheit benutzen und nach Niederschöneweide kommen würden. (Das war uns bisher unbekannt. (Die Red.) Je größer eine Ansammlung von Menschen, je mehr bestehe die Möglichkeit der Gefährdung des Gemeinwohls. Zumal nach reichlichem Genuß von Spirituosen, der mit einer längeren Dauer der Versammlung verbunden sei, könnten die Leidenschaften leicht entfesselt werden. Das wäre hier umsomehr zu befürchten gewesen, als auf die Anwesenheit von Frauen gerechnet wurde, die ihrer Natur nach leichter erregbar seien, wie Männer. In Betracht komme noch, daß dem Amtsvorsteher nur vier Exekutivbeamte zur Verfügung standen. Nach alledem sei die Annahme wahrscheinlich, daß eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in dem von social schlechtgestellten Volksschichten bewohnten Orte befürchtet werden konnte. — Der Bezirksausschuß in Potsdam bestätigte das Urteil des Kreisausschusses.

Der 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts, vor dem Rechtsanwalt Böhlau die Brauereigesellschaft und Herrn Herzberg vertrat, hob die Vorentscheidungen auf und erkannte auf die Klage des Oekonomen Herzberg, daß die Herabsetzung der Polizeistunde für den Versammlungsabend auf 10 Uhr für unberechtigt zu erachten sei. Senatspräsident Schallong führte zur Begründung aus: Die Vorderrichter und der Amtsvorsteher seien von den Verhältnissen der Versammlung als einer socialdemokratischen ausgegangen. Das sei aber unzulässig, denn seit dem Fall des Socialistengesetzes wären Versammlungen mit socialdemokratischer Tendenz nicht anders zu behandeln wie andre Versammlungen. Polizeiliche Momente allgemeiner Art, die das Vorgehen des Amtsvorstehers rechtfertigen könnten, seien aber nicht dargethan. Daß die Versammlung eine socialdemokratische Tendenz hatte, biete keinen begründeten Anlaß, die Polizeistunde zu kürzen. Wenn sich der Amtsvorsteher auf die geringe Anzahl von Exekutivbeamten berufe, so sei dem entgegen zu halten, daß es Sache der Polizei sei, die erforderlichen Beamten heranzuschaffen.

Die Klage der Brauerei wurde als unzulässig verworfen. Nur der Konzessionsinhaber (Herzberg) hätte klagen können.

Den verehrlichen Mitgliedern des Kreisausschusses wäre zu empfehlen, gelegentlich einmal einige socialdemokratische Versammlungen zu besuchen und das davon empfangene Bild mit dem in dem Urteil entworfenen zu vergleichen.

Der Anarchist Albrecht hatte sich am Sonnabend neuerdings wegen Vergehens gegen die §§ 130, 11, 73 des Str.-G.-B. zu verantworten. Der Angeklagte bestritt, die beleidigende Notiz im „Neuen Leben“ vor dem Erscheinen der inkriminierten Nummer gelesen zu haben. Der thatsächliche Redacteur wäre sein Gesinnungsgenosse Hornekе gewesen. Dieser als Zeuge vernommen, lehnte jede persönliche Verantwortung ab. Aus den Zeugenaussagen der vernommenen Anarchisten Dempwolf und Pawlowitsch ging denn auch thatsächlich hervor, daß Hornekе allein für die inkriminierte Notiz verantwortlich zu machen sei. Albrecht wurde auf Antrag des Staatsanwalt freigesprochen und dieser erklärte nun, sich eine Anklage gegen Hornekе vorbehalten zu wollen.

In dem Meineidsprozeß gegen Lewy hat die Verteidigung Revision eingelegt. Die Verteidigung wird gutem Vernehmen nach beantragen: die Sache zur nochmaligen Verhandlung an ein benachbartes Schwurgericht und zwar möglichst an ein solches zu verweisen, in dem der Antisemitismus nicht in so hohem Grade die öffentliche Meinung beherrscht wie in Konitz. Nach Schluß der Verhandlung am Sonnabend spielte sich, wie berichtet wird, noch eine erregte Scene vor dem Gerichtsgebäude ab. Der Lehrer Weichel überfiel den Zeugen Zimmer, den Korrespondenten der „Staatsbürger-Zeitung“ und des „Konitzer Tageblattes“, und versetzte ihm mit einem Stock einen Schlag über den Kopf. Weichel wurde zur Polizeiwache gebracht, um ihn vor weiteren Thätlichkeiten abzuhalten.

Schutz vor Schutzleuten! Oberschlesien hat zu diesem Kapitel in letzter Zeit wieder Material beigetragen. Vor wenigen Tagen meldeten wir aus Beuthen in Oberschl. eine Verurteilung zweier prügelnder Amtssergeanten — und schon am 15. d. M. mußte sich die Beuthener Strafkammer wieder mit zwei Beamten befassen, die Amtssergeanten sind und ihre Roheiten im Amte begingen. Der eine von ihnen, Anton Janz, ist wegen „Vergehens im Amte“ bereits am 16. Oktober v. J. mit Gefängnis bestraft worden. Am 2. Mai v. J. hat er mit seinem Kollegen Lauscher einen sistierten Arbeiter auf der Wache in der brutalsten Weise mißhandelt. Janz wandert jetzt auf insgesamt 1 Jahr 6 Monate ins Gefängnis, während Lauscher mit 6 Wochen Gefängnis davonkam.

Versammlungen.

Die Täschner nahmen in einer stark besuchten Versammlung, die am Sonntag im Gewerkschaftshause stattfand, den Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt entgegen. Gegen die von der Kommission empfohlene Annahme der Einigungsbedingungen machte sich eine scharfe Opposition geltend. Die Opponenten erklärten die Bewilligungen der Fabrikanten als zu gering und meinten, durch einen Streik würde man mehr erreichen. Demgegenüber sprachen diejenigen, welche die Sache ihrer Kollegen beim Einigungsamt vertreten hatten, sowie der Verbandsvorsitzende Sassenbach lebhaft für Annahme des Vergleichs, da derselbe immerhin, namentlich wenn man die gegenwärtigen Verhältnisse im Beruf berücksichtige, einen Fortschritt bedeute. Schließlich wurde durch Zettelabstimmung der Vergleich mit 198 gegen 89 Stimmen angenommen. Als Mitglieder der durch den Vergleich ins Leben gerufenen Fünfer-Kommission wurden Aßmann und Weier gewählt.

Eine öffentliche Sattlerversammlung beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Streik der Treibriemen-Arbeiter bei der Firma Schwartz u. Co. Der Streik ist durch die Behandlung der Arbeiter und durch die Entlassung eines Kollegen, der fälschlicherweise für den Verfasser einer im „Vorwärts“ erschienenen Notiz über die Firma gehalten wurde, entstanden. Nachdem die Differenzen schon einmal durch Verhandlung mit dem Chef gütlich beigelegt waren, suchte die Firma, trotz der angeblich schlechten Konjunktur, in auswärtigen Zeitungen 80 bis 85 Arbeiter. Die Neueingestellten mußten sich durch ein Schriftstück verpflichten, nicht dem Verband beizutreten und keine Versammlungen zu besuchen. Aber auch sie haben sich mit den Ausständigen solidarisch erklärt. Die Firma hat es abgelehnt, über die Sache vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu verhandeln. Nach längerer Diskussion gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der die Versammlung den Streikenden ihre volle Sympathie ausspricht und ihnen auch materielle Unterstützung zusagt.

Die Brauerei-Arbeiter Berlins verhandelten in einer stark besuchten Versammlung, die am Sonntag im Gewerkschaftshause tagte, nach einem einleitenden Referat Schülers über den Arbeitsnachweis der ringfreien Brauereien. Es wurde festgestellt, daß die ringfreien Brauereien den Arbeitsnachweis, trotz der früheren Vereinbarungen, nur zum Teil anerkennen und zumeist die notwendigen Arbeitskräfte unter der Hand einstellen. Insbesondere wurde das Verhalten der Direktion des Münchener Brauhauses kritisiert und auf die Schädigung hingewiesen, die den Brauerei-Arbeitern, zumal die Arbeitslosigkeit in letzter Zeit außerordentlich zugenommen hat, dadurch erwächst. Alle Bemühungen der Agitationskommission, eine Aenderung dieser Zustände herbeizuführen, sind bisher erfolglos geblieben. In der längeren Diskussion ergriff auch der Direktor des Münchener Brauhauses wiederholt das Wort. Er wendete sich zunächst gegen eine Bestimmung des Arbeitsnachweis-Reglements und erklärte sodann, daß er nicht selbständig handeln könne, sondern erst mit der Verwaltung bezw. dem Aufsichtsrat in dieser Sache Rücksprache nehmen müsse. Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Versammlung das Verhalten der einzelnen ringfreien Brauereien gegenüber dem Arbeitsnachweis auf das entschiedenste verurteilt und in der die Agitationskommission beauftragt wird, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen das Münchener Brauhaus und diejenigen Brauereien, welche die getroffenen Vereinbarungen nicht halten, vorzugehen, um die Anerkennung des Arbeitsnachweises zu erlangen.

Der Verein der zielbewußten Händler und Geschäftsinhaber hielt am Freitag, den 15. Februar bei Mörschel, Jüdenstraße 35, seine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden und des Kassierers schritt man zur Neuwahl des gesamten Vorstands. Gewählt wurden: Opitz als erster, Arndt als zweiter Vorsitzender; Trunsch als erster, Kirsti als zweiter Schriftführer; Lange als erster und Weber als zweiter Kassierer. Alsdann wurden noch einige interne Sachen erledigt.

Spandau. Eine vom Gewerkschaftskartell einberufene öffentliche Versammlung aller im Bauberufe beschäftigten Arbeiter hörte am Sonntag einen Vortrag von Link-Berlin über „Der Bauarbeiterschutz in Preußen“. In einer Resolution verlangte die Versammlung ein einheitliches Landes-Bauarbeiter-Schutzgesetz. Vor allem sei es notwendig, eine Baugewerbe-Inspektion zu schaffen und die Bauten-Controleure aus den Reihen der baugewerblichen Organisationen zu entnehmen. Im Unfallversicherungs-Gesetz müßte die Verpflichtung der Unfallverhütungs-Vorschriften aufgenommen werden. Sodann wurde durch Metzelthin die Jahresabrechnung des Gewerkschaftskartells erstattet. Die Einnahmen betrugen inkl. eines Bestands von 46,30 M. vom Vorjahre 498,59 M., die Ausgaben 285,23 M., so daß ein Bestand von 213,36 M. verblieb.

Deutscher Senefelder-Bund. Heute abend im Restaurant Mieges, Stralauerstraße 57: Mitglieder-Versammlung und Vorstandssitzung.

Verein selbständiger Fensterputzer. Dienstag 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung sämtlicher selbständiger Fensterputzer bei Liebherr, Wallstraße 31/32.

Vermischtes.

Eine große Gefahr bedroht das Traversthal im Neuenburger Jura. Bei Noiraigue bestehen große Cement- und Kalksteinbrüche, die tief in den Berg eindringen. Seit einigen Tagen zeigten sich Risse im Felsen, und es wurde ein donnerartiges Geräusch vernommen. Die Geologen glauben, daß der ganze Berg, über eine Million Kubikmeter, in Bewegung ist und beim Beginn des Tauwetters abstürzt. Gefährdet sind die Straße und die Eisenbahn nebst einigen Ortschaften; auch befürchtet man, daß der Fluß Areuse gestaut wird. — Menschliche Kraft vermag nichts zur Verhinderung der Katastrophe zu thun. Die Behörden können einzig dafür sorgen, die gefährdeten Menschen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

65 Bergleute verschüttet. Aus Victoria (Britisch-Columbia) meldet ein Telegramm: 27 Weiße, 29 Chinesen und 9 Japaner wurden in einer der Union Kohlenminen in Cumberland verschüttet, welche in Flammen steht. Alle Hoffnung, die Verunglückten zu retten, ist aufgegeben.

Schiffsunglück. Aus St. Johns (Neufundland) wird berichtet: Ein britischer Dampfer ist in der Trinity-Bai am 3. d. M. gestrandet; 24 Personen, die an Bord waren, sind umgekommen.

Marktpreise von Berlin am 16. Februar 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut	D.-Ctr.	15,70	15,66	Kartoffeln, neue,	D.-Ctr.	7,—	5,—
„ mittel	„	15,62	15,58	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	15,54	15,50	do. Bauch	„	1,20	1,—
*) Roggen, gut	„	14,40	14,38	Schweinefleisch	„	1,60	1,10
„ mittel	„	14,36	14,34	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	14,32	14,30	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
†) Weizenmehl, gut	„	15,40	14,70	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,00	13,90	Eier	60 Stück	5,20	3,—
„ gering	„	18,80	18,20	Karpfen	1 kg	2,20	1,—
†) Hafer, gut	„	15,90	15,30	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	15,20	14,70	Zander	„	2,50	1,20
„ gering	„	14,60	14,10	Hechte	„	2,20	1,—
Richtstroh	„	7,—	6,66	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	8,20	5,40	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	12,—	3,—
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn.
†) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 18. Februar. Der Getreidemarkt setzte zu nominell behaupteten Kursen ein, das Geschäft aber bleibt andauernd sehr gering. Die heute von den österreichisch-ungrischen Plätzen gemeldeten matteren Notierungen, sowie auch die behaupteten amerikanischen Kurse und die strengere Kälte blieben ganz ohne Einfluß. Die reichlichen, vom In- und Auslande vorliegenden Offerten konnten zu Abschlüssen kaum führen. Im weiteren Verlaufe übten die aus Liverpool eingetroffenen höheren Notierungen einen anregenden Einfluß aus, so daß bei einigem Geschäft Weizen 0,50 M. anzog und Roggen sich gut behauptete. Hafer lag fest bei guter Nachfrage des Konsums. Rüböl gab infolge von Realisationen und Angebots indischer Oelsaaten bis 90 Pf. nach.

Witterungsübersicht vom 18. Februar 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	769	OSO	1	bedeckt	—5	Haparanda	770	S	2	hlb. bed.	—16
Hamburg	770	NNO	2	bedeckt	—2	Petersburg	774	Still	—	bedeckt	—21
Berlin	769	NNO	2	bedeckt	—6	Cork	776	N	3	bedeckt	3
Frankf./M.	768	NO	4	Schnee	—7	Aberdeen	771	WNW	2	hlb. bed.	4
München	763	W	4	Schnee	—9	Paris	769	N	3	hlb. bed.	—2
Wien	766	NNW	1	Schnee	—9						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 19. Februar 1901.
Zeitweise heiteres, vielfach wolkiges Frostwetter mit leichten Schneefällen und schwachen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

N. Weimar. Zu erfahren durch Dietz, Stuttgart, Verlagsanstalt.

Berlin. Bitte, freundlichst zu wiederholen. Adressieren Sie wie vorher, aber mit der Unteradresse: Sekretariat.

Hirschberg, P. M. Nicht recht geraten.

A. C. 8. Wenden Sie sich an den „König-Wilhelm-Verein“, Bureau im Königlichen Opernhaus.

Zwei Weltende. Der Kaiser bezieht für seine Thätigkeit als solcher keinerlei Entschädigung, dagegen erhält er eine solche als König von Preußen. Die Civilliste des Königs von Preußen beträgt 15 719 296 M. jährlich.

G. P. 20. Solche Kassen sind: „Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen (Vorstand: Frau Lutz, Wilhelmstr. 21) und „Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen“ (Vorstand: W. Schlüter, Oranienstr. 168).

XXX. Bitte schreiben. Nur wichtigstes. Besten Gruß.

Verantwortlicher Redacteur: **Wilhelm Schröder** in Wilmersdorf. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.